



BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Kommunalpolitisches Forum in Tutzing:

Was die Ordnung gefährdet

Gewalt nach Alkoholkonsum, Gewalt bei Sportveranstaltungen, Gewalt durch Rechtsradikale: Die Akademie für politische Bildung Tutzing und der Bayerische Städtetag beschäftigen sich auf ihrem kommunalpolitischen Forum zwei Tage lang mit dem Thema „Freiheit und Sicherheit in Städten und Gemeinden“. Die Leitung oblag Akademie-Direktorin Prof. Dr. Ursula Münch, Josef Deimer (Altoberbürgermeister von Landshut und Ehrenvorsitzender des Bayerischen Städtetags) sowie dem ehemaligen Akademie-Direktor Professor Dr. Heinrich Oberreuter.

Die im internationalen wie nationalen Vergleich gute Sicherheitslage in Bayern – immerhin werden zwei Drittel aller Straftaten aufgeklärt – zeigt, dass das Zusammenspiel zwischen staatlicher Polizei und kommunalen Behörden bislang funktioniert. Gleichwohl sind die Herausforderungen, die Anlass zur Sorge und zur öffentlichen Diskussion geben, nicht zu übersehen.

Sichere Rechtsgrundlage

Wie Josef Deimer einleitend darstellte, fordert der Bayerische Städtetag die Schaffung einer sicheren Rechtsgrundlage für das Verbot von Alkoholkonsum im öffentlichen Raum und die Wiedereinführung einer generellen, landesweiten Sperrezeit von 2 bis 6 Uhr. Wie sich in der Praxis zeige, seien Einzelfallentscheidungen mit erheblichem Verwaltungsaufwand und rechtlichen Hürden bei der Begründung verbunden. Der Städtetag weise immer wieder darauf hin, dass ein Verkaufsverbot von Alkohol außerhalb der Ladenschlusszeiten, insbesondere an den Tankstellen, und ein klares Verbot der „Flatrate-Partys“ hilfreich sein könnten.

Im realen Stadtleben gehe es um Desintegrationsvorgänge, die in Gewalt mündend die Freiheit der Bürger gefährden, so Deimer. Dabei gehe es nicht allein um das flächendeckende Phänomen eines ungezügelter Alkoholkonsums oder um die Sicherheitslage in den Sportarenen oder auch um entartete Gastronomieszene, die

leider allzu oft auch von den Kommunen selbst begünstigt würden. Vielmehr gehe es um Auflösungsprozesse, deren Auswirkungen sich heute in verschiedener Weise zeigen, ob getrennt, kombiniert oder auch kumulativ.

Ungezügelter Egoismus

Die Tatsache, dass sich durchaus viele Bürger im Namen der persönlichen Freiheit das Recht heraus nehmen, ihren eigenen Egoismus ungezügelt auszuleben, bereitet nicht nur den Städten und Gemeinden im wahrsten Sinne des Wortes schlaflose Nächte, sondern auch dem Bayerischen Landespolizeipräsidenten Waldemar Kindler. In seinem Statement verwies er auf beunruhigende Tendenzen. Dazu zählten zunächst Alkoholmissbrauch und die nächtliche Gastronomieszene.

150 Jahre bayerische Landratsämter:

Meilenstein auf dem Weg zum modernen Rechtsstaat

Mit einem Festakt im Odeon des Bayerischen Staatsministeriums des Innern haben Kommunalminister Joachim Herrmann und der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Dr. Jakob Kreidl, vor zahlreicher Prominenz an das 150-jährige Bestehen der bayerischen Landratsämter erinnert.

Am 1. Juli 1862 wurden an Stelle der alten Landgerichte, die bis dahin sowohl für die Rechtsprechung als auch für die Verwaltung zuständig waren, die Bezirksämter als reine Verwaltungsbehörden geschaffen; diese waren die Vorläufer der heutigen Landratsämter. Zum gleichen Zeitpunkt entstanden als unterste Gerichtsinstanz die späteren Amtsgerichte (damals unter dem Namen Landgerichte) und das bayerische Notariat. Die Trennung von Justiz und Verwaltung auch auf der unteren Ebene war im damaligen Königreich Bayern ein großer Schritt hin zum modernen Rechtsstaat.

Erfolgsgeschichte

Innenminister Joachim Herrmann unterstrich die Leistungsfähigkeit der bayerischen Landratsämter: „150 Jahre bayerische Landratsämter – das ist eine Erfolgsgeschichte, auf die wir alle



Diskutierten auf dem Kommunalpolitischen Forum in Tutzing über Gewalt im öffentlichen Raum (v. l.): Waldemar Kindler, Bayerischer Landespolizeipräsident, Helmut Chase, Stadtrat Ingolstadt, Dr. Hans Schleicher, Amtschef Bayerisches Wirtschaftsministerium und Memmingens Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger.

Hier sei nachgewiesen, dass nachts, wenn der Alkoholspiegel steigt, mehr randaliert wird als zwischen 6 und 24 Uhr. Auch nähmen die Angriffe auf Polizeibeamte zu. Meist seien es Betrunkene, die auf Ordnungshüter losgehen, in jedem zehnten Fall ohne vorübergehenden Polizeieinsatz. Laut Kriminalstatistik 2011 waren nahezu 41 Prozent aller Gewalttäter bei ihrer Tat alkoholisiert. Unter den Jugendlichen lag der Grad der Alkoholisierung bei 29,2 Prozent, unter den heranwachsenden Gewalttätern sogar bei 53,1 Prozent.

Zudem stellten Fußballspiele und andere Sportveranstaltungen ein Sicherheitsproblem dar, selbst in unteren Ligen. „wo sich gegnerische Fangruppen schon einmal verabreden, um sich eins auf die Mütze zu geben“. Darüber hinaus habe man sich mit dem Problem der Drogenkriminalität auseinanderzusetzen. Im

Jahr 2011 habe die bayerische Polizei knapp 12 Kilogramm der Designerdroge Crystal sichergestellt. „Das war doppelt so viel wie noch 2010“, erklärte Kindler.

Prävention

Hans Schleicher vom bayerischen Wirtschaftsministerium warnte seinerseits vor Überregulierung und setzt auf Prävention, die Selbstverantwortung der Bürger und die Umsicht von Lokal- und Tankstellenbetreibern. Dass dies den Kommunen nicht weit genug geht, machte zunächst Helmut Chase (Referent für Sicherheit in Ingolstadt) deutlich: Das Problem sei, „dass Alkohol rund um die Uhr verfügbar ist“, weshalb nur ein absolutes Verkaufsverbot für Alkohol an Tankstellen Abhilfe schaffen könne. Memmingens Oberbürgermeister Ivo Holzinger plädierte für ein Alko-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Deutscher Städtetag:

Risiken des Fiskalpakts

Tagung von Präsidium und Hauptausschuss in Kassel

Der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung sowie die Folgen des europäischen Fiskalpakts standen im Mittelpunkt der jüngsten Tagung von Präsidium und Hauptausschuss des Deutschen Städtetages in Kassel. Dabei appellierte der Verband an Bund und Länder, die Kommunen vor künftigen neuen Belastungen durch den europäischen Fiskalpakt zu schützen. Außerdem will der kommunale Spitzenverband erreichen, dass die Kommunen in dem Gremium Sitz und Stimme erhalten, das in Deutschland über die Einhaltung der Regeln des Fiskalpakts wacht.

Wie der stellvertretende Präsident des Deutschen Städtetages, Regensburgs Oberbürgermeister Hans Schaidinger darlegte, „unterstützen die Städte den Fiskalpakt, weil Entschuldung und Haushaltsdisziplin in den Euro-Staaten absolut notwendig sind“. Das Risiko, dass in Deutschland einzelne Länder ihre Defizite in die Kommunalhaushalte auslagern, werde sich durch den Pakt jedoch erhöhen. Die Länder werden unter stärkeren Konsolidierungsdruck geraten. Dies dürfe aber nicht dazu führen, dass sie Lasten oder weitere Aufgaben auf die Kommunen verschieben. Die Länder müssten ihre finanzielle Verantwortung für ihre Kommunen anerkennen und wahrnehmen. Zudem dürfe die kommunale Haushaltsautonomie nicht eingeschränkt werden.

Eingliederungshilfe ihrem Anteil entsprechend beteiligt werden.

Modifizierter Stabilitätsrat

Das Präsidium des Deutschen Städtetages hält die Absicht für richtig, im Zuge des Fiskalpakts eine unabhängige nationale Institution einzurichten, die die Einhaltung der Regeln überwachen soll. Ein von Bund und Ländern ins Gespräch gebrachter modifizierter Stabilitätsrat sei dazu ein geeignetes Gremium. Laut Schaidinger müssen die Kommunen aber dann im Stabilitätsrat unbedingt an den Beratungen beteiligt werden. „Nur unregelmäßig als Gäste in einem Arbeitskreis dabei zu sein, wie

(Fortsetzung auf Seite 4)

Kritische Haushaltslage

Mit Blick auf die Verhandlungen von Bund und Ländern zum Fiskalpakt ergänzte Schaidinger, die Haushaltslage vieler Städte sei äußerst kritisch: „Deutliche Zeichen dafür sind die Belastung der Kommunen mit Sozialausgaben – in diesem Jahr wird eine Rekordhöhe von etwa 45 Milliarden Euro erwartet – und die in den vergangenen Jahren auf mehr als 44 Milliarden Euro explodierten kommunalen Kassenkredite.“ Deshalb sei zu begrüßen, dass die Länder derzeit versuchen, den Bund zu einer maßgeblichen Beteiligung an der Finanzierung der Eingliederungshilfe für Behinderte zu bewegen. Deren Kosten belaufen sich für Länder und Kommunen auf jährlich 12,5 Milliarden Euro. Länder und Kommunen müssten an einer Entlastung bei der



Über ein Jubiläum hat der Bürgermeister in jüngster Zeit viel nachgedacht: Seit 20 Jahren gibt es nun Handys. Und seitdem haben sich unsere Kommunikationsgewohnheiten im Alltag so grundlegend verändert wie selten zuvor. Als Beispiel nennt der Rathauschef die durchschnittlich 700 SMS, die jeder Bürger jährlich verschickt. Seite 15

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Dr. Jakob Kreidl.

stärken – mit den notwendigen Finanzmitteln und personellen Ressourcen.“

Die Doppelnatur des Landrats-

Moderne Verwaltungsmittel

Der 150. Geburtstag der Landratsämter trifft Herrmann zufolge nicht nur mit dem 160-jährigen Bestehen der Landkreise zusammen, sondern auch mit dem 40. Jahrestag der Landkreisgebietsreform. Diese habe einen tiefgreifenden Wandel gebracht und die Wirtschaftlichkeit und Effizienz der Verwaltung erheblich gesteigert. „Die Gebietsreform hat den Weg dafür geebnet, dass unsere Landkreise auf spezialisiertes Fachpersonal und moderne Verwaltungsmittel zurückgreifen können. Sie sind heute für ihre zahlreichen Kernaufgaben bes-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Sie lesen in dieser Ausgabe

CSU-Arbeitsgruppe: Kommunalpolitik der Zukunft	Seite 2
Digitalfunk wird immer teurer	2
GZ-Kolumne Gabriele Bauer: Energiewende: Eine Aufgabe für die Kommunen	3
E.ON Bayern: Kinderbibliothekspreis in Kolbermoor	3
Deutscher Landkreistag: Entlastungen und Korrekturen	3
Erhalt des Ehrenamts der Feldgeschworenen	4
GZ-Fachthemen: Kommunale Finanzpolitik	5-10
Abfall · Umwelt	11-12
Aus den bayerischen Kommunen	13-16

Arbeitsgruppe Kommune 2.0 der CSU-Zukunftskommission:

Kommunalpolitik der Zukunft

Mit Thesen zur Kommunalpolitik der Zukunft wartet ein neues Papier der CSU-Zukunftskommission auf. Darin wird von den Verfassern Oberbürgermeister Mathias Thürauf und den KPV-Mitgliedern Landrat Matthias Dießl, Bürgermeister Christoph Göbel, Stadt- und Kreisrätin Cornelia Trinkl sowie dem KPV-Landesvorsitzenden Landrat Stefan Rößle darauf hingewiesen, dass der europäische Einigungsprozess und die vielfache Stärkung der europäischen Ebene zu Lasten vor allem der Nationalstaaten „zu einem signifikanten Bedeutungsaufwuchs der Regionen“ führen und so auch eine „deutlich wichtigere Rolle kommunalen Selbstverwaltung“ bedingen.

Kommunen und Gebietskörperschaften müssten im Bekenntnis zum Subsidiaritätsprinzip gestärkt werden. Ihre Aufgaben nähmen zu und sollten möglichst frei gestaltet und bedarfsgerecht erfüllt werden können. Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke stifteten den Menschen Identität und böten ihnen Heimat. Der Ausschuss der Regionen müsse im Sinne von mehr Gestaltungsmöglichkeiten für die Kommunen weiterentwickelt werden.

Kommunale Allianzen

Als Zukunftsthemen vor Ort werden der demografische Wandel, Familienfreundlichkeit, En-

ergieversorgung, bürgerschaftliches Engagement, Gesundheitswesen, Nachhaltigkeit und Bildungsregionen genannt. Was organisatorische Fragen anbelangt, so geht es nach Ansicht der Zukunftskommission zunächst darum, die Effizienz in der kommunalen Selbstverwaltung durch verstärkte und erleichterte interkommunale Zusammenarbeit, durch Anreizsysteme (z. B. Erfolgsprämien) für freiwillige Gemeindefusionen (innerhalb von Gebietskörperschaften oder auch dieser selbst) sowie durch kommunale Allianzen zu bestimmten Aufgabenfeldern zu steigern.

Darüber hinaus sollten Verwaltungsstrukturen gestrafft und kommunale Bezirke und Bezirksregierungen einhergehend mit einer Stärkung der Bezirksebene zusammengelegt werden. Der Bezirksratspräsident sollte dabei ebenso direkt vom Volk gewählt werden wie der Landrat bei der Doppelbehörde Landratsamt. Dies stehe nicht im Widerspruch zu einer parallelen Straffung der staatlichen Organisationsebenen (Zweistufigkeit der Verwaltung), wenn Aufgaben klar den einzelnen Ebenen zugewiesen werden. Es erscheine sinnvoll, wenn staatliche Aufgaben nur noch an das Landratsamt und das zuständige Ministerium bzw. bei überregional bedeutsamen Themen nur noch bei den Bezirksregierungen und den Ministerien angesiedelt werden.

Diversifizierte Betrachtung

Bei Stadt-Umland und Stadt-Land-Beziehungen wiederum wäre laut Kommission eine diversifizierte Betrachtung von Stadt, Verdichtungsräumen und ländlichem Raum sowie die Stär-

kung regionaler interkommunaler Zusammenarbeit (z. B. interkommunale Gewerbegebiete und Steuerrecht und Einzelhandelsversorgung) wünschenswert.

Stichwort Bürgerbeteiligung und Web 2.0: Beim Punkt E-Voting und Meinungsbildung zu kommunalen Themen wird darauf verwiesen, „dass Kommunen nach eigenem Ermessen onlinebasiert Abfragen zu kommunalen Themen durchführen können“. Dabei sollten eine Mindestbeteiligung (Quorum) und eine Identifikation des Bürgers erfolgen. Die Kenntnisnahme der dazu notwendigen Informationen müsse bestätigt werden. Dadurch sei eine frühzeitige Einbindung und Beteiligung der Bürger möglich.

Weitere Anregungen sind die Informationsweitergabe durch aktive Nutzung von Online-Möglichkeiten und den herkömmlichen Medien (z. B. kommunale Zeitungen) sowie die Möglichkeit, durch Bürgerbeteiligungsmodelle bei Investitionen oder/und auch in der Daseinsvorsorge, z. B. Energieversorgung, die Bürger in Verantwortung und wirtschaftliche Beteiligung zu bringen.

Dienstleistungsphilosophie

Unter der Überschrift „Kommune im Dienste ihrer Bürger“ wird eine Stärkung der Unternehmenskultur und Dienstleistungsphilosophie ebenso empfohlen wie die betriebswirtschaftliche Steuerung der Kommune und die Konzentration auf Daseinsvorsorge in eigener Hand.

Beim Punkt Finanzierung wird

angemerkt, die Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs transparent, gerecht und solidarisch zu gestalten, das Förderwesen zu entbürokratisieren und ein schlankeres Fördersystem auf den Weg zu bringen. Hier heißt es: „Weg von stark diversifizierender Einzelfallförderung hin zur pauschalen Aufgabenförderung, dadurch Stärkung der kommunalen Eigenverantwortung bei Gewährleistung der Erfüllung zugewiesener Pflichtaufgaben“. Auch sollte das Augenmerk auf die Stärkung der Finanzhoheit der Städte, Gemeinden, Landkreise und Bezirke „durch Stärkung der Steuerhoheit“ gelegt werden. Insbesondere bei den ständig steigenden Sozialausgaben müssten die Kommunen künftig deutlich entlastet werden.

Projektbezogene Beteiligung

Um qualifizierte Mandatsträger zu gewinnen, sei schließlich auf die „Hinführung eines möglichst breiten Bevölkerungsspektrums durch projektbezogene Beteiligung“ zu achten. Auch müsse die Attraktivität kommunaler Ämter z. B. durch Arbeitgeberanreize gesteigert werden. Wichtig sei es, den Anteil sowohl der Frauen als auch der jüngeren Mandatsträger zu erhöhen. Möglicherweise könnte auch mit einer Selbstverpflichtung zu einem fairen, offenen und vertrauensvollen Umgang der Mandatsträger untereinander für eine erhöhte Bereitschaft zur Übernahme kommunaler Mandate geworben werden. **DK**

Digitalfunk wird immer teurer

Staatsregierung soll härter verhandeln

Der Kostenanstieg für die Einführung des BOS Digitalfunks bei Polizei und Rettungsdiensten scheint nicht zu bremsen. Innenstaatssekretär Gerhard Eck (CSU) teilte dem Haushaltsausschuss in einem neuen Zwischenbericht mit, die Vorausberechnungen für die etwa 945 benötigten Standorte im ganzen Land seien binnen zwei Jahren um gut 150 Millionen auf 1,07 Mrd. Euro gestiegen. Das Ministerium bleibt bemüht, die mit den kommunalen Spitzenverbänden und Krankenkassen getroffene Vereinbarung einzuhalten. Der Freistaat wird demnach 90% der Investitionskosten tragen.

Entscheidende Preistreiber sind laut Eck Mehrkosten bei Inbetriebnahme des Funknetzes, Instandhaltung der Sendemasten und beim Personalaufwand. Je nach Einzelposten schwanken die Erhöhungen zwischen 17 und 242 Prozent. Beim Start des Projekts vor rund zehn Jahren hatte man rund 600 Millionen Euro veranschlagt. Von den 945 Stationen waren bis Mai dieses Jahres 281 fertig, bei 422 hat der Bau begonnen. Besondere Schwierig-

keiten gibt es laut Ministerium in alpinen Bereichen. Einsparmöglichkeiten sieht Eck derzeit nur in Höhe von 60 Millionen. Bis Ende 2014 soll der Digitalfunk voll zur Verfügung stehen.

Ärger über Kostenexplosion

Alle Fraktionen verhehlten ihren Ärger über die Kostenexplosion nicht. Während sich Ausschussvorsitzender Georg Winter (CSU) zurückhielt, for-

Bildungspolitik bleibt umstritten

Das dreistufige Schulsystem in Bayern bleibt politisch umstritten. Staatsregierung und Koalition setzen weiter auf Grund-, Haupt- und Mittelschule als chancenreiches Sprungbrett zur Hochschule und beruflichen Qualifikation. Dieser Weg, auf dem der Freistaat im Ländervergleich einen Spitzenplatz einnehme, schaffe und sichere den Menschen in Stadt und Land, flächendeckend bedarfsgerechte Chancen, betonte Kultusminister Ludwig Spaenle in einer Regierungserklärung im Landtag. Die Opposition sieht das dreigliedrige Schulsystem als den falschen Weg und fordert die Gesamtschule vor dem Gymnasium. Auf jeden Fall müsse die Gemeinschaftsschule mit Ganztagsbetreuung besser ausgebaut werden. Einig war man sich, dass der Bildungsweg von Staat und Kommunen gemeinsam ohne Bürokratie zu gehen sei.

Bayern sei „das Bildungsland“, stellte Spaenle fest. Die Schule werde vom einzelnen Kind bestimmt. Für jeden Abschluss gebe es einen Anschluss, also eine organisierte Durchlässigkeit. Dazu gehöre der Ausbau der Ganztagsangebote, der alsbald zu 90% erreicht sei. Des weiteren die Angebote für junge Menschen mit Migrationshintergrund sowie Kinder und Jugendliche mit besonderem Förderbedarf. Das entsprechende Angebot an Lehrern und Ausbildungskräften sei bereitzustellen. Im Nachtragshaushalt 2012 stünden 1082 neue Stellen, davon 460 zur Bekämpfung von Unterrichtsausfall.

Bildungspolitik sei auch ein Stück Regional- und Strukturpolitik. Kleine, rechtlich selbständige Grundschulen mit einer Mindestgröße von insgesamt 26 Schülern in jahrgangskombinierten Klassen seien die Richtlinie: Die Mittelschule besitze mit 941 Standorten

das engmaschigste Netz der weiterführenden Schularten. Mit der neuen Strategie sei es gelungen, die Standortschließungen massiv zu verringern; von über 40 im Jahr 2008 auf heute „um die zehn“.

Bildungspolitik sei im Dialog zu gestalten. In Zusammenarbeit mit Gemeinde- und Städtetag habe es bereits zwei landesweite Gesprächsrunden mit allen Bürgermeistern von Mittelschulstandorten gegeben. Der regelmäßige Dialog mit den Kommunen und ihren Spitzenverbänden, mit Eltern- und Lehrerverbänden sowie mit den Kirchen werde fortgesetzt. Die Ganztagsangebote würden in gemeinsamer Verantwortung weiter konsequent ausgebaut.

Diese Bildungspolitik gehe an den tatsächlichen Herausforderungen vorbei, konstatierte Martin Güll (SPD). Das Konzept sei in der Tat einmalig in Deutschland, jedoch im negativen Sinn. Notwendig sei, mehr Vielfalt an Schulen zuzulassen und sie neuen organisatorischen und pädagogischen Formen zu öffnen. Dazu gehöre die Gemeinschaftsschule, die individuelles Lernen und Förderung mit mehr Gerechtigkeit verbinde. Der Mittelschule erteilte Güll eine klare Absage. Bei Ganztagschulen sei die behauptete 90-prozentige Abdeckung ein Etikettenschwindel, weil jede Betreuung vom Mittagessen bis zum Hort an den Grundschulen bis zu den offenen Ganztagsgruppen mitgezählt werde. Auch der Ausgleich zwischen großen und kleinen Schulen funktioniere nicht. Die richtige Alternative wäre auch in der Betreuung die Gemeinschaftsschule statt der Mittelschule.

Pragmatische Lösungen

Für die Freien Wähler schlug Günther Felbinger in die gleiche Kerbe. Notwendig sei eine Weiterentwicklung des dreistufigen Schulsystems im Zeichen der demografischen Entwicklung und der Kosten, die höher seien als vom Ministerium veranschlagt. Es gehe um pragmatische, gut durchdachte Lösungen. Die von Spaenle angekündigte Zusammenarbeit mit Kommunen, Eltern und Pädagogen wurde auch von Felbinger gefordert. Thomas Gehring (Grüne) empfahl, die interfraktionelle Arbeitsgruppe für Bildungsfragen müsse wieder Fahrt aufnehmen. Um die Schule vor Ort nicht nur zu erhalten, sondern zu fördern bedürfe es der Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen. Dabei dürfe es nicht nach dem Prinzip gehen, dass der Staat die Personalkosten decke und die Kommunen auf den Sachkosten sitzen bleiben. „Schluss mit der Bürokratie“ war gemeinsame Oppositionsforderung.

Georg Eisenreich (CSU) und Renate Will (FDP) stellten sich voll hinter Spaenles „Bayerischen Weg“, auch wenn es noch Verbesserungsbedarf zum Beispiel bei den Ganztagschulen gebe. Der Bund, der vor einigen Jahren aus der Mitverantwortung entlassen wurde, sollte wieder eingeschaltet werden. Es gehe vor allem um eine erfolgreiche Eigenverantwortung beim Erhalt der kleinen Grundschule auf dem Lande und um flexible Schulformen. **rm**

BayKiBiG-Novelle:

Starkes Signal

„Die Novelle des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes ist ein starkes familienpolitisches Signal: Die Gruppen in der Kinderbetreuung werden kleiner und die Eltern zugleich bei der Beitragszahlung entlastet. Insgesamt nehmen wir jährlich etwa 185 Millionen Euro zusätzlich in die Hand, um die Kinderbetreuung weiter nach vorne zu bringen“, erklärte Joachim Unterländer, familienpolitischer Sprecher der CSU-Landtagsfraktion.

Nicht zuletzt werde den Kommunen der Rücken dadurch gestärkt, dass die bisherige Deckelung der Investitionskosten bei Kindertageseinrichtungen auf zwei Drittel gestrichen und damit bis zu 30 Millionen Euro zusätzliche Mittel für diesen Bereich zur Verfügung gestellt werden. □

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG
Bürgermeister Heinrich Kiermeier
85413 Hörgerthausen
am 12.7.

ZUM 65. GEBURTSTAG
Bürgermeister Richard Schmidt
91090 Effeltrich
am 13.7.

Bürgermeister Konrad Weingart
97717 Sulzthal
am 13.7.

Bürgermeister Josef Kilgenstein
63825 Westergund
am 13.7.

Bürgermeister
Wolfgang Reichenwallner
84518 Garching a. d. Alz
am 24.7.

ZUM 60. GEBURTSTAG
Bürgermeister Bernhard Krempf
94333 Geiselhöring
am 11.7.

Bürgermeister Wolfgang Borst
97461 Hofheim i. Ufr.
am 16.7.

Bürgermeisterin Luise Goldfuß
95515 Plankenfels
am 17.7.

Landrat Hubert Hafner
89312 Günzburg
am 18.7.

Bürgermeister Hans Jäger
94554 Moos
am 20.7.

Bürgermeister Josef Schmidkonz
95695 Mähring
am 22.7.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin
Marita Kaiser
89257 Illertissen
am 12.7.

Bürgermeister Bernhard Schulze
82294 Oberschweinbach
am 23.7.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin
Simone Vogt-Keller
89287 Bellenberg
am 17.7.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Helmut Schnotz
91572 Bechhofen
am 19.7.

Bürgermeister Benedikt Bisping
91207 Lauf a. d. Pegnitz
am 24.7.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Müller
94252 Bayerisch Eisenstein
am 21.7.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Fachkonferenz der Bundes-SGK in Göttingen:

Entwicklungschancen ländlicher Räume

Ländliche Räume sind vielfältig. Neben Orten und Landstrichen mit schwierigen Rahmenbedingungen gibt es starke Räume, die sich aus eigener Kraft entwickeln. Beide müssen den unterschiedlichen Herausforderungen des demographischen Wandels begegnen. Dabei dürfen sich Kommunalpolitik und Landesentwicklung nicht in Schrumpfung und Rückbau erschöpfen. Sie müssen gleichwertige Lebensverhältnisse gewährleisten und neue Wachstumsperspektiven erschließen. Die von der Bundes-SGK veranstaltete Fachkonferenz „Entwicklungschancen ländlicher Räume“ in Göttingen stellte derartige Handlungsansätze in den Mittelpunkt.

Stephan Weil, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover und Vorsitzender der Bundes-SGK, betonte eingangs die Notwendigkeit, die Potenziale und die Vielfalt ländlicher Räume stärker in den Vordergrund zu stellen und keine Diskussion über Defizite zu führen. Ländliche Räume seien vielfältig. Neben Orten und Landstrichen mit schwierigen Rahmenbedingungen gebe es starke Räume, die sich aus eigener Kraft entwickelten. Beide müssten den unterschiedlichen Herausforderungen

des demographischen Wandels begegnen. Dabei dürften sich Kommunalpolitik und Landesentwicklung nicht in Schrumpfung und Rückbau erschöpfen. Vielmehr müssten sie gleichwertige Lebensverhältnisse gewährleisten und neue Wachstumsperspektiven erschließen. Ziel sei die Suche nach neuen Entwicklungschancen.

Bernhard Reuter, Landrat des Landkreises Göttingen und Vizepräsident des Deutschen Landkreistages stellte klar: „Die Demografische Entwicklung mit

den beiden Wirkungen Bevölkerungsrückgang und Überalterung ist keine Modeerscheinung, kein Trend, dem früher oder später eine Gegenbewegung folgt. Ganz im Gegenteil: Bevölkerungsrückgang und Überalterung verstärken sich gegenseitig. Selbst wenn es heute gelänge, die Fertilität von 1,4 Kindern pro Frau auf auskömmliche 2,1 zu steigern, würde es 70 Jahre dauern, bis sich die Bevölkerungsentwicklung stabilisiert.“

Die Bürger werden Reuter zufolge Antworten verlangen. „wie es vor Ort mit kommunalen Einrichtungen weitergeht“. Umso wichtiger sei es, den ländlichen Räumen in den Schrumpfsregionen wieder eine Perspektive zu geben. Wie dies funktionieren kann, legte Reuter in sechs Thesen dar:

1. Konzentration der Förderung auf Wachstumszentren ist volkswirtschaftlich (Fortsetzung auf Seite 4)



Das Gruppenbild zeigt alle Preisträger, die auftretenden Künstler, Moderator Thomas Ohrner ganz links), Kultusstaatssekretär Bernd Sibler (3. v.l.), E.ON Bayern-Vorstandsvorsitzenden Thomas Barth (8. v.r) und die Kinder des Kinderchors Kolbermoor.

E.ON Bayern Kinderbibliothekspreis in Kolbermoor:

Herausragendes Engagement bei der Leseförderung

In der Alten Spinnerei in Kolbermoor verlieh das Energieunternehmen E.ON Bayern zum sechsten Mal den Kinderbibliothekspreis an Bibliotheken und Büchereien in kommunaler oder kirchlicher Trägerschaft. Zehn Einrichtungen im Freistaat wurden für ihre besonderen Leistungen im Bereich der Leseförderung von Kultusstaatssekretär Bernd Sibler und dem Vorsitzenden des Vorstands der E.ON Bayern AG, Thomas Barth, mit dieser Auszeichnung gewürdigt. Die zehn Preisträger erhielten jeweils 5.000 Euro für die Neubeschaffung von Büchern und kindgerechten Medien.

Die Gewinner des Kinderbibliothekspreises sind die Gemeindebüchereien Essenbach (zusammen mit der Öffentlichen Bücherei Ahrain), Litzendorf, Neubiberg, Schierling und Zorneding, die Stadtbüchereien Bayreuth, Dillingen, Lichtenfels und Pfaffenhofen a. d. Ilm sowie die Marktbibliothek Mantel.

Unverzichtbarer Beitrag

„Sie alle leisten mit Ihrem Engagement einen unverzichtbaren Beitrag für unsere Gesellschaft“, gratulierte der Vorstandsvorsitzende der E.ON Bayern AG, Thomas Barth, den Gewinnern der Kinderbibliothekspreise. „Das Lesen im Kindes- und Jugendalter ist die Wurzel für Sprachentwicklung und damit ein wichtiger Baustein für die Zukunft junger Menschen“, betonte Barth. Deshalb habe sich das Unternehmen vor vielen Jahren entschieden, Bibliotheken und Büchereien zu fördern und sie bei deren Anstrengungen im Bereich der Leseförderung zu unterstützen. Barth dankte in diesem Zusammenhang auch den zahlreichen ehrenamtlichen Helfern, die durch ihr Eng-

agement vielerorts die Arbeit der Bibliotheken und Büchereien unterstützen.

Der bayerische Kultusstaatssekretär Bernd Sibler unterstrich die Bedeutung der Lesekompetenz als eine der grundlegenden Kulturtechniken: „Die Fähigkeit zu Lesen und darüber komplexe Sachverhalte zu erschließen ist wesentlich für kulturellen Zugang, für die Integration in die Studien- und Berufswelt und für ein vertieftes Verständnis unserer Gegenwart. Umso bedeutender ist es, dass sich die Gesellschaft in ihrer gesamten Breite immer wieder bewusst macht, wie wichtig es ist, Leseanreize über den schulischen Rahmen hinaus zu schaffen und unsere Kinder und Jugendlichen möglichst früh und nachhaltig für das Lesen zu begeistern.“

Integration neuer Medien

Die Bedeutung der Bibliotheken und Büchereien in Bayern, mit ihrem breit gefächerten Angebot an Büchern, Zeitschriften oder Hörspielen, könne hierbei nicht hoch genug geschätzt werden. Gerade die Integration neuer Medien gelinge zudem an vielen

Standorten geradezu mustergültig. „Auch hier sind unsere Bibliotheken am Puls der Zeit und führen unsere Kinder an die gesamte Bandbreite heutiger Lesquellen heran“, lobte Sibler. Der Staatssekretär begrüßte in diesem Zusammenhang ausdrücklich das Engagement der E.ON Bayern AG als einen gelungenen Beitrag zur Leseförderung in Bayern. „Die E.ON Bayern AG zeigt mit dem Kinderbibliothekspreis, dass sie bereit ist, sich bei der Lösung von Gemeinschaftsaufgaben zu engagieren. Sie setzt dabei an einer wichtigen Stelle an. Ich bin mir sicher: Unternehmen können nur von den Erfolgen intensiver Leseförderung profitieren!“

Zusätzliche Unterstützung von 50 Büchereien in den bayerischen Regionen

Unter dem Motto des Kinderbibliothekspreises „Bibliotheken fördern Lesen – wir fördern Bibliotheken“ unterstützt die E.ON Bayern AG auch in diesem Jahr 50 weitere Büchereien und Bibliotheken mit den sogenannten Leseseiten, die mit jeweils 1.000 Euro dotiert sind. Auch dieser Betrag ist zweckgebunden und dient der verbesserten Ausstattung der Bibliotheken.

Die Auswahl aller Gewinner erfolgt in enger Zusammenarbeit mit dem Sankt Michaelsbund und der Bayerischen Staatsbibliothek/Landesfachstelle für das öffentliche Bibliothekswesen.

Anderenfalls sei zu befürchten, „dass Bund und Länder Geschäfte zu unseren Lasten machen“. Mit einem Sitz im Beirat des Stabilitätsrates wolle man sich freilich keinesfalls abspen lassen, weil dort letztlich nichts entschieden wird.

Aufnahme der Kommunen

Damit zusammen hänge außerdem die Forderung der Landkreise, im Zuge der Umsetzung des Fiskalpakts nicht Gefahr zu laufen, dass die Länder ihre – dann umso weniger erlaubte – Verschuldung auf die Kommunen zu verlagern. „Die Kommunen müssen unbedingt in die entstehenden verfassungsrechtlichen Verschuldungsregelungen der Länder mit aufgenommen werden, so dass nicht das jeweilige Land seine Verschuldung an die Kommunen, zum Beispiel durch Verlagerung von Aufgaben, ‚wegdrücken‘ kann.“

Bezogen auf die Finanzsituati-

Präsidiumssitzung des Deutschen Landkreistages:

Entlastungen und Korrekturen

Auswirkungen des europäischen Fiskalpaktes auf die Kommunen, die Finanzsituation der kommunalen Krankenhäuser und der demografische Wandel bestimmten die jüngste Präsidiumssitzung des Deutschen Landkreistages im sächsischen Vogtlandkreis.

Wie Präsident Landrat Hans Jörg Duppré bemerkte, bestünden erhebliche Risiken, dass die Länder Lasten auf die Kommunen abwälzen. Er begrüßte deshalb die Diskussionsbereitschaft des Bundes, über kommunale Entlastungen zu reden. „Dadurch sinkt der Druck auf die Länderhaushalte deutlich und erleichtert es ihnen, den Kommunen ihre verfassungsrechtlich zugesagte angemessene Finanzausstattung zukommen zu lassen. Zudem würden sich in den Ländern, in denen im Wesentlichen die Landkreise die Hauptlasten dieser Sozialleistung tragen, auch direkte kommunale Entlastungen ergeben, die dringend gebraucht werden.“ Duppré zufolge „besteht die Chance, einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Abmilderung der kommunalen Finanznot zu leisten. Daher unterstützen wir diesen

Ansatz voll und ganz, wünschen uns aber, als Hauptbetroffene einbezogen zu werden.“

Grundlegende Struktur

Darüber hinaus bedürfe es aber vor allem grundlegender struktureller Korrekturen, um Einnahmen und Ausgaben besser aufeinander abzustimmen. „Seit langem wachsen die – vor allem durch den Bund im sozialen Bereich veranlassten – Ausgaben der Landkreise, während ihre Einnahmen nahezu unverändert bleiben. Darin besteht das Grundproblem, das angegangen werden muss!“ Der DLT-Präsident fordert deshalb eine Mitwirkung des Deutschen Landkreistages im Stabilitätsrat, der aufgrund des Fiskalpaktes auch über dessen innerstaatliche Umsetzung und die entsprechenden Verschuldungsregeln wache.

GZ

Kolumne
Gabriele Bauer

Liebe Leserinnen und Leser,

kein Zweifel: Die Energiewende wird tiefgreifende energiepolitische Veränderungen mit sich bringen. Bereits zum Jahr 2022 soll im Freistaat der Ausstieg aus der Atomenergie komplett abgeschlossen sein. Der durch Kernenergie erzeugte Anteil an Strom ging deutschlandweit bereits von 22,4 % in 2010 auf 17,7 % im Jahr 2011 zurück. Alternativen in der Stromerzeugung werden daher immer wichtiger. In Bayern sollen nach den Planungen der Staatsregierung insbesondere Wind- und Wasserkraft sowie neue Gaskraftwerke die entstandenen Lücken schließen. Dabei kann nicht die Nutzung regenerativer



Stadt und Stadtwerke setzen auf eine Vierfach-Strategie aus intensiviertem Einsatz der Fernwärme, Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung, Wärmedämmung im Gebäudebestand sowie den Einsatz von regenerativen Energien wie Holzvergasung in großtechnischer Anwendung und den sinnvollen Einsatz von Biomasse, Photovoltaik und Solarthermie.

Die Wärme für das Rosenheimer Fernwärmenetz wird in Kraft-Wärme-Kopplung unter Einsatz von Gas, Biogas, Holz und Müll erzeugt. Bei einem zertifizierten Primärenergiefaktor von 0,0 brauchen wir für die Beheizung der mit Fernwärme versorgten Häuser keinen zusätzlichen Einsatz von Primärenergie. Gegenüber 1990 konnten wir daher durch den seither erfolgten Fernwärme-Ausbau den CO₂-Ausstoß im Hinblick auf den gesamten Rosenheimer Energiebedarf bereits um ein Drittel senken. Ziel bis 2025 ist es, 55 % des gesamten Wärmebedarfs der Stadt durch Fernwärme zu decken. Mit der neuesten Generation an Gasmotoren erreichen wir einen Gesamtwirkungsgrad von knapp 90 %. Zum Vergleich: Moderne Kraftwerke kommen auf rund 50 %.

Energiewende: Eine Aufgabe für die Kommunen

Energien das Ziel an sich sein. Es geht darum, mit Hilfe eines ökologisch verträglichen, nachhaltigen und preislich wettbewerbsfähigen Energiemixes CO₂ zu sparen, einen Beitrag zur Klimaschutz zu leisten und ein Beispiel für andere Länder zu geben, dass eine Energiewende möglich ist.

In Rosenheim haben wir uns mit einem Energiekonzept unserer Stadtwerke auf die künftigen Herausforderungen vorbereitet. Nach diesem Konzept soll Rosenheim bis 2025 eine neutrale CO₂-Bilanz aufweisen.

In Zeiten zunehmender Netzschwankungen und absehbarer Versorgungsgaps in kalten Wintermonaten wird die gesicherte Netzstabilität zu einem wichtigen wirtschaftlichen Standortfaktor. Ziel der städtischen Energiepolitik ist es, auch die Stromlastspitzen in Rosenheim mit eigener Erzeugung sicherstellen zu können.

Die Energiewende braucht kommunale Anpassungsstrategien. Rosenheim ist vorbereitet.

Ihre Gabriele Bauer

on der kommunalen Krankenhäuser kritisierte Duppré die für 2011 vorgenommene Kürzung der Finanzmittel, die einem tatsächlich nicht entstandenen Defizit in der gesetzlichen Krankenversicherung entgegenwirken sollte. „Stattdessen haben die gesetzlichen Krankenkassen im vergangenen Jahr einen Überschuss in Milliardenhöhe erzielt. Darin sehen wir einen krassen Widerspruch!“ Die knapp 400 Krankenhäuser in Trägerschaft der Landkreise, die zumeist die Grundversorgung ihrer Bevölkerung mit stationären medizinischen Diensten sicherstellen, seien dringend auf eine verbesserte Finanzausstattung angewiesen.

Krankenhausfinanzierung

Die von den Koalitionsfraktionen beabsichtigten Verbesserungen der Krankenhausfinanzierung reichten nicht aus, teilweise führten sie zu einer erheblichen Verschärfung der wirtschaftlichen Perspektiven über das Jahr 2012 hinaus, meinte der Präsident. Insbesondere seien die vom Deutschen Bundestag beschlossenen Maßnahmen in Höhe von insgesamt 280 Mio. Euro nicht ausreichend, die Folgen der Tarifabschlüsse zu kompensieren: „Die Belastungen der Krankenhäuser liegen um das Dreifache höher, so dass durch diese zusätzlichen Kosten aufgrund der Tarifsteigerung für viele Häuser eine existenzielle Bedrohung besteht. Wir fordern daher den vollen Ausgleich der Tarifsteigerung!“

Zügige Umsetzung

Weiterhin sei erforderlich, den krankenhausspezifischen Orientierungswert zügig umzusetzen und ihn anstelle der derzeitigen Grundlohnbindung zum Maßstab für die Zuteilung von Finanzmitteln zu machen. Duppré: „Wir wenden uns aber entschieden dagegen, dass nunmehr die bisherige Grundlohnrate als Obergrenze für die Verhandlungen nur unwesentlich nach oben erweitert werden soll. Dadurch besteht die begründete Gefahr, dass es letztlich zu überhaupt keiner finanziellen Verbesserung für die Krankenhäuser kommt.“

Schließlich sei die Fortschreibung von Mehrleistungsabschlägen problematisch, auch wenn sie nunmehr vorläufig bis 2014 zeitlich begrenzt ist. „Hierdurch wird das Risiko für das steigende Krankheitsrisiko der Bevölkerung auf die Krankenhäuser verlagert.“ Bei der ambulanten medizinischen Versorgung sei es mit dem Vertragsarztrechtsänderungsgesetz gelungen, dass die Krankenkassen dieses Morbiditätsrisiko tragen. Nun wolle man bei der stationären Versorgung den entgegengesetzten Schritt gehen, wofür kein sachlicher Grund bestehe.

Dauerhafter Dialog

Mit Blick auf seine Demografiestrategie forderte Hans Jörg Duppré den Bund auf, mit Landkreisen und Gemeinden in einen dauerhaften Dialog einzutreten und dafür zu sorgen, dass Anpassungsprozesse vor Ort wirksam unterstützt werden. „Wichtig ist, dass konkrete Ergebnisse und deren politische Umsetzung insbesondere in den zentralen Themenfeldern der wirtschaftlichen Entwicklung, der interkommunalen Zusammenarbeit, des Breitbandausbaus, der medizinischen Versorgung und der Verkehrsinfrastruktur in der Fläche erreicht werden.“

Rahmenbedingungen

Generell hingen die Erfolgsaussichten kommunalen Agierens erheblich von den durch Landes- und Bundespolitik gesetzten Rahmenbedingungen ab. Als Negativbeispiel nannte der Präsident das Urteil des Bundesfinanzhofes aus dem vergangenen Jahr, das die Umsatzsteuerpflicht für die öffentliche Hand erheblich ausgeweitet habe und dazu führe, dass die gesamte interkommunale Zusammenarbeit unter dem Verdacht der Steuerpflichtigkeit stehe. „Keiner bezweifelt, dass die Zusammenarbeit von Kommunen einer der wesentlichen Bestandteile eines erfolgreichen Umgangs mit demografischen Prozessen ist, was ja auch von vielen Modellprojekten und Förderprogrammen des Bundes aufgegriffen, teilweise sogar zwingend als Vor-

aussetzung vorgeschrieben wird. Dazu gehört dann aber auch, interkommunale Kooperationen an anderer Stelle nicht zu behindern. Deshalb muss der Bund unbedingt zügig eine gesetzliche Klarstellung treffen, weil sonst mit der drohenden Umsatzsteuerpflichtigkeit ein erhebliches Hemmnis für die kommunenübergreifende Problemlösung besteht und diese droht, in einer Sackgasse zu landen“, so Duppré.

Sonderinvestitionsprogramm

Ein zentrales Problem bei der Bewältigung des demografischen Wandels sei weiterhin, dass die erforderlichen Anpassungen fast ohne Ausnahme zusätzliche finanzielle Aufwendungen erforderten, womit die Kommunen gerade in den strukturschwachen Gebieten überfordert seien. „Neben den bestehenden Förderinstrumenten muss daher ein zeitlich und räumlich begrenztes ‚Sonderinvestitionsprogramm Ländlicher Raum‘ zur Unterstützung von Gebieten mit besonderen demografischen Herausforderungen aufgelegt werden, um gezielt entsprechende Entwicklungs- und Anpassungsprozesse in besonders gravierend betroffenen Gebieten zusätzlich zu befördern“, schlug Duppré vor.

„Politik aus einem Guss“

Schließlich sprach der DLT-Präsident vor dem Hintergrund der Umsetzung und weiteren Konkretisierung der Demografiestrategie des Bundes mit der beabsichtigten neu einzurichtenden Bund-Länder-Koordinierung in Wirtschafts- und Infrastrukturfragen einen weiteren wichtigen Punkt an. „Dies unterstützen wir mit allem Nachdruck! Wir müssen schleunigst alle an einem Strang ziehen, so dass wir auch in Anbetracht der vielfältigen Instrumente und Maßnahmen zu einem ebenenübergreifenden Politikansatz aus einem Guss gelangen, der dem ländlichen Raum hilft und Entwicklungsprozesse wirksam unterstützt. Die dementsprechende Moderation sollte das Bundeskanzleramt wahrnehmen.“ DK

CSU-Landtagsfraktion:

Erhalt des Ehrenamts der Feldgeschworenen

Keine Zulassung öffentlich bestellter Vermessungsingenieure

„Die CSU-Landtagsfraktion wird das Jahrhunderte alte Ehrenamt der Feldgeschworenen in Bayern erhalten“, betonte Ingrid Heckner, Vorsitzende des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes im Bayerischen Landtag. „Wir wollen keine öffentlich bestellten Vermessungsingenieure zulassen“, sagte Heckner.

„Der Bayerische Weg im Vermessungswesen hat sich bewährt. Denn die bayerische Vermessungsverwaltung führt nur hoheitliche Aufgaben aus und konkurriert nicht mit dem freien Beruf. Die Zulassung von öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren würde nur wenige Vermessungsingenieure begünstigen, nicht jedoch den ganzen Berufsstand“, so Heckner.

Gebührenstruktur

Die CSU-Politikerin erläuterte, dass die Gebühren für Katastervermessungen im bundesweiten Vergleich in Bayern regelmäßig am günstigsten sind. Hintergrund: Die Gebühren orientieren sich derzeit am Bodenrichtwert (niedriger Quadratmeterpreis = niedrige Gebühr und umgekehrt). In der Bayerischen Vermessungsverwaltung gleichen sich niedrige Einnahmen im ländlichen Raum mit den höheren Einnahmen in den Ballungsräumen aus. Bei Einführung von öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren müssten generell und zusätzlich im ländlichen Raum die Gebühren deutlich erhöht werden, um für diese Vermessungsingenieure attraktive Gebührenstrukturen zu schaffen.

„Hierdurch würden Bürger, Wirtschaft und Kommunen durch Kostensteigerungen belastet“, so Heckner. „Ansonsten würden öffentlich bestellte Ver-

messungsingenieure nur in hochpreisigen Regionen tätig werden. Aufträge in niedrigpreisigen Regionen verblieben bei der Bayerischen Vermessungsverwaltung.“

Schnittstellenfreiheit

Der Gesamtprozess der Katastervermessung bei der Bayerischen Vermessungsverwaltung sei durchgängig schnittstellenfrei (gleiches IT-System für Vermessung im Außendienst und Führung des Liegenschaftskatasters); mit der Einführung von öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren würde eine Schnittstelle zwischen diesen Ingenieuren und dem Vermessungsamt entstehen; der Gesamtprozess würde aufwändiger und damit unwirtschaftlicher. „Entgegen der Bestrebungen zum Bürokratieabbau müssten zahlreiche neue Vorschriften erlassen und Steuerungsinstrumente geschaffen werden. Die Grundversorgung des Freistaates Bayern mit hoheitlichen Vermessungsdienstleistungen von homogener Qualität in der Fläche könnte langfristig nicht aufrechterhalten werden. Das Jahrhunderte alte Ehrenamt der Feldgeschworenen würde mit der Einführung von öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren in die Bedeutungslosigkeit absinken, wie in Hessen und Rheinland-Pfalz geschehen. Dies wollen wir nicht“, betonte die CSU-Politikerin. □

Risiken des...

(Fortsetzung von Seite 1)

das heute der Fall ist, reicht nicht aus.“ Der Fiskalpakt umfasse – anders als die deutsche Schuldenbremse – auch die Defizite der Sozialversicherungen und der Kommunen. Deshalb müssten die Kommunen mitreden können, um es um mögliche Konsequenzen aus zu hohen Defiziten gehe.

Große Zweifel

Große Zweifel hegt der Deutsche Städtetag an der rechtzeitigen Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Kinderbetreuung. Trotz großer Ausbaustrengungen sind nach den Ausführungen von Verbandspräsident Christian Ude viele Städte noch weit davon entfernt, den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung für unter Dreijährige erfüllen zu können, der am 1. August 2013 in Kraft tritt. Der Deutsche Städtetag fordert vor diesem Hintergrund vor allem die Länder, aber auch den Bund auf, die noch fehlenden Finanzmittel bereitzustellen. Der Bund sei hier nun ebenfalls gefordert, weil nach Angaben der Länder 30.000 Plätze mehr notwendig sind als lange Zeit angenommen. Bund und Länder stehen aus Sicht der Städte außerdem mit in der Pflicht, mögliche Klagen und Schadenersatzansprüche zum 1. August 2013 zu vermeiden.

Wie der Münchner Oberbürgermeister bemerkte, „haben wir große Zweifel, dass der Rechtsanspruch im Sommer 2013 durchgängig zu erfüllen ist. Es müssen jetzt endlich alle Länder ihre Kommunen mit den nötigen Finanzmitteln für den Ausbau der Kinderbetreuung ausstatten. Die Länder sind dafür verant-

wortlich, die vom Bund bereit gestellten vier Milliarden Euro vollständig an ihre Kommunen weiterzugeben und die restlichen Mittel selbst zu tragen.“

Darüber hinaus muss Ude zufolge der Bund nun seine Summe sowohl bei den Investitionskosten als auch den Betriebskosten anteilig erhöhen. Denn der Bedarf an Plätzen sei nach Angaben der Länder gegenüber den Annahmen aus dem Jahr 2007 von 750.000 auf 780.000 Plätze gestiegen. Neben Finanzmitteln fehlten in den Städten und Ballungsgebieten außerdem geeignete Grundstücke und vor allem Erzieherinnen und Erzieher.

Rechtsanspruch

Die Situation sei in vielen Städten deshalb so schwierig, weil der Rechtsanspruch mit einer bundesweit angenommenen Versorgung von 39 Prozent der unter Dreijährigen nicht erfüllt werden könne. Der Präsident: „In zahlreichen größeren und großen Städten werden voraussichtlich etwa 50, zum Teil sogar 60 Prozent der Eltern für ihre Kinder unter drei Jahren Plätze beanspruchen. Da hilft uns kein Durchschnittswert. Denn die Städte werden den Rechtsanspruch im Einzelfall zu befriedigen haben.“

Die Städte müssten nach gegenwärtigem Stand mit Klagen und Schadenersatzforderungen rechnen, fuhr Ude fort: „Wenn wir nicht genügend Plätze bereitstellen können, drohen Klagen. Bund und Länder stehen hier mit in der Pflicht, mögliche Klagen und Schadenersatzansprüche zu verhindern, weil diese Zahlungen den Ausbau der Kinderbetreuung nicht befördern, sondern behindern werden.“ DK

Erfolgsmodell Freiwilligendienst des Bundes

Ein Jahr nach Einführung des Bundesfreiwilligendienstes ziehen die kommunalen Spitzenverbände eine positive Bilanz und fordern den Bund auf, den Bundesfreiwilligendienst weiter auszubauen. Der neue Dienst sei inzwischen so erfolgreich, dass die vorhandenen Stellen bei weitem nicht mehr ausreichen. „Das Jahreskontingent von 35.000 Plätzen sei bereits vor Monaten ausgeschöpft und quasi herrsche ein Einstellungsstopp bis zum Jahresende“, erklärten der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Dr. Stephan Articus, der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistages, Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, sowie der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Gerd Landsberg. Mit einem weiteren Ausbau werde auch ein wichtiges Signal zur Stärkung der „Kultur der Freiwilligkeit“ in Deutschland gesetzt.

„Die abgeschlossenen Vereinbarungen und die große Zahl der neu anerkannten Einsatzstellen belegen eindrucksvoll, dass der Dienst auf großen Zuspruch stößt und vor Ort in den Städten, Landkreisen und Gemeinden angekommen ist und angenommen wird“, so Articus, Henneke und Landsberg. Obwohl der Übergang vom Zivildienst in den Bundesfreiwilligendienst alle Beteiligten vor immense Herausforderungen gestellt habe, sei die Umsetzung der Reform allen Skeptikern zum Trotz innerhalb eines Jahres gelungen. Die Übertragung der Durchführung des Bundesfreiwilligengesetzes auf das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftlichen Aufgaben (BAFzA) habe sich bewährt.

Bereits jetzt seien 25 Prozent der Plätze für das Jahr 2013 vergeben und der Ansturm dauere an. „Das belegt, dass sich das erhebliche Engagement der Städte, Landkreise und Gemeinden, beispielsweise mit Werbemaßnahmen und der Einrichtung von neuen Stellen, gelohnt hat. Diese große Nachfrage sollte man nicht ausbremsen.“ □

Entwicklungschancen...

(Fortsetzung von Seite 2)

wirtschaftlicher Unsinn – ein Verteilungskonflikt zwischen Stadt und Land geht fehl.

2. Ländliche Problemregionen zu stabilisieren ist die Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen – der Staat darf die Kommunen nicht alleine lassen (Solidarität).

3. Die ländlichen Räume benötigen keine verordnete Hilfe, sondern Hilfe zur Selbsthilfe.

4. Strukturelle Anpassungen als Reaktion auf den Demografischen Wandel dürfen nicht länger ein Tabuthema sein.

5. Auch die Chancen erkennen: Ländliche Räume können von Zukunftstrends (Energiewende, neue Mobilitätsformen, verändertes Kommunikationsverhalten, eine dienstleistungsorientierte Wirtschaftsstruktur, neues Freizeitverhalten, bürgerschaftliches Engagement) profitieren.

6. Ein grundlegender Paradigmenwechsel zugunsten ländlicher Räume ist erforderlich.

Aktiv in der Debatte

Während Matthias Groot, MdEP, Vorsitzender des Ausschusses für Umweltfragen im Europäischen Parlament, darauf hin-

Was die Ordnung gefährdet...

(Fortsetzung von Seite 1)

holverbot auf öffentlichen Plätzen und regte an, die Sperrzeiten wieder zu verlängern (im Moment gilt nur die Putzstunde von 5 bis 6 Uhr morgens) und sie für bestimmte Betriebe ausnahmsweise zu lockern.

Alkoholkonsum drosseln

„Jeder Baustein, der den Alkoholkonsum drosselt, ist ein voller Erfolg“, meinte auch der Starnberger Polizeichef Norbert Reller. Mit deutlichen Worten erklärte er, dass auch die reiche Region um Tutzing und Starnberg ein Problem mit Alkohol und Drogen hat: In lauen Sommernächten plage sich die Zivilstreife mit hunderten besoffenen Jugendlichen am Starnberger See herum, an der Uferpromenade müsse man mit aller Härte gegen die Drogenszene angehen.

Gezieltes Vorgehen

Gegen nächtliche Ruhestörer vorzugehen ist ein schwieriges Unterfangen, wusste auch der Augsburger Ordnungsreferent Volker Ullrich zu berichten. Er sprach sich daher für ein gezieltes Vorgehen gegen Störer und übermäßigen Alkoholkonsum aus. Schließlich habe seine Stadt mit General-Erlassen schlechte Erfahrungen gemacht: mit dem Dönerverbot von 2008, das es nicht erlaubte, nach 1 Uhr nachts Speisen und Getränke auf die Straße zu verkaufen. Die Folge: Nachts um 1.01 Uhr trafen sich Tausende junge Erwachsene zum Protest-Picknick auf dem Rathausplatz und Türsteher mussten Gäste davon abhalten, mit der Bierflasche Lokale zu verlassen.

Probleme bei Gastronomen

Die Gastronomen wiederum konnten es nur falsch machen: Gäste mit Pommes oder Döner auf die Straße gehen zu lassen entsprach einer Ordnungswidrigkeit, sie davon abzuhalten war Nötigung, Verwirrung, Entfremdung und Protest sorgten schließlich dafür, dass die Stadt Augsburg das Dönerverbot nach zwei Jahren aufhob.

Sicherheitsproblem Fußball

Über Fußballspiele als Sicherheitsproblem – und das nicht nur in den oberen Ligen – referierte

der Leitende Polizeidirektor in Mittelfranken, Herbert Härteis. Selbst bei den 20.000 Amateurspielen, die jedes Wochenende in Bayern stattfinden, habe die Polizei alle Hände voll zu tun, um für Ordnung zu sorgen. Härteis kritisierte die Medien, die die kleinsten Vorfälle dramatisierten sowie die Vereine und Verbände, die eine harte Linie meist nur ankündigten.

Präventivmaßnahmen

Als Präventivmaßnahmen nannte der Polizeidirektor Stadionverbote (bundesweit und örtlich), Gefährdungsansprachen durch „szenekundige Beamte“, Ortsverbote bzw. Betretungsverbote, Meldeauflagen sowie passrechtliche Beschränkungen („Ausreiseverbote“). „Fußball ist die schönste Nebensache der Welt. Diesen Slogan zu erhalten, ist Aufgabe von allen!“, so Härteis.

Rechtsextremismus

Der Erste Bürgermeister von Wunsiedel, Karl-Willi Beck, sprach schließlich über den Kampf gegen den Rechtsextremismus. Der sog. Hitler-Stellver-

treter Rudolf Heß wurde im März 1988 in Wunsiedel auf dem kirchlichen Friedhof begraben – und die Stadt zu einem Wallfahrtsort für Neonazis. Nachdem das juristische Vorgehen gegen die „Rudolf-Heß-Gedenkmärsche“ zunächst nichts brachte, stellte man ab 2002 unter Beteiligung aller politischen und gesellschaftlichen Kräfte „die Würde der Stadt“ wieder her.

Erfolg in Wunsiedel

Statt das Problem unter den Tisch zu kehren, setzte man sich offensiv mit den Rechtsextremisten auseinander. Den Anfang machten Jugendliche und führte zum „Wunsiedler Bündnis gegen Rechtsextremismus für Demokratie und Menschenrechte“. Großes bürgerliches und politisches Engagement bis hin zur kurzfristigen Straßenblockade, Informationsveranstaltungen und die Veränderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen führten zum Erfolg: Seit 2005 ist der Heß-Gedenkmarsch in Wunsiedel verboten. Weit über Oberfranken hinaus wurde der erfolgreiche Kampf gegen die Neonazis bekannt als der Wunsiedler Weg – Wunsiedel ist bunt nicht braun! DK

Meilenstein auf...

(Fortsetzung von Seite 1)

tens gerüstet. Dabei ist eine möglichst umfassende Zuständigkeit auf der unteren Verwaltungsebene für Bürger und Wirtschaft die transparenteste und beste Lösung“, betonte Herrmann. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Landratsämtern dankte er für ihre Arbeit. Sie seien hochkompetent, motiviert und äußerst verlässlich.

In seinem Festvortrag ordnete der Historiker und frühere Generaldirektor der Staatlichen Archive Bayerns, Professor Dr. Hermann Rumschöttel, die Errichtung der Landratsämter in die geschichtliche Entwicklung Bayerns im 19. und 20. Jahrhundert ein und machte deutlich, dass die tief greifende Reform von 1862 die Grundlage für eine besondere Verwaltungskultur wurde, die bis heute für Staat und Gesellschaft in Bayern von erheblicher Bedeutung ist.

Bürgernähe

Die Entstehung der bayerischen Landratsämter ist nach dem Staatsambau der Montgelas-Zeit um 1800 die wichtigste Verwaltungsreform des 19. Jahrhunderts. „Auch wenn vor 150 Jahren noch nicht die echte Selbstverwaltung wie wir sie heute kennen bestanden hat, so ist das Jahr 1862 ein Meilenstein in der Geschichte der modernen Staatlichkeit Bayerns; umso mehr als damals schon erkannt wurde, dass Landratsämter als bürgernahe Unterbehörden in einem Flächenland wie Bayern unerlässlich sind“, hob auch der Präsident des Bayerischen Landkreistages, Dr. Jakob Kreidl hervor.

Neue Chancen

In einem kurzen Abriss stellte Kreidl im Anschluss die zu lösenden aktuellen und künftigen Aufgaben in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Er sprach von einem generell neuen Ansatz: Im Fokus müsse die Einzelfallbetrachtung und, wo sinnvoll, die Nachsteuerung stehen und nicht mehr das Streben nach dem „großen Wurf“. Themen wie Landesentwicklung, wo beim sog. Anbiederangebot mehr kommunale Entscheidungsfreiheit erwartet werde und die Energiewende mit der erhofften Stärkung des kommunalen Wirtschaftsrechts böten neue Chancen. „Die Land-

räte sind bereit, Synergien nützende Entscheidungen mit zu tragen und Aufgaben zu übernehmen“, machte Kreidl deutlich.

Im Interesse der Bürgerinnen und Bürger und zugunsten einer modernen leistungsfähigen Verwaltung plädierte der Landkreistagspräsident für die Kommunalisierung des staatlichen Personals (bis gehobenen Dienst) an Landratsämtern. Die Argumente seien ausgetauscht, die politische Entscheidung überfällig. Die Verhandlungen zur Finanzierung dauern laut Kreidl an.

Regionalförderung

Ein weiteres Anliegen: Städte- und Landkreistag wurde 2007 versprochen, im Tausch mit der ambulanten Eingliederungshilfe die Zuständigkeit für die stationäre Hilfe zur Pflege von den Bezirken zu bekommen. Der Ministerratsbeschluss vom 19. Juni 2007 sei jedoch bis heute nicht umgesetzt worden, kritisierte Kreidl.

Gestellt würden jetzt die Weichen für die europäische Regionalförderung und gemeinsame Agrarpolitik ab dem Jahr 2014 fuhr der Verbandschef fort. Dabei müsse die Regionalförderung der EU auch nach 2013 allen Regionen Europas zu Gute kommen. Kreidl: Unser besonderes Anliegen besteht darin, dass die Sondersituation der bayerischen Grenzlandkreise weiterhin durch erhöhte Fördersätze Berücksichtigung finden muss. Das Fördergefälle innerhalb der EU muss reduziert werden, insbesondere auch zu den östlich angrenzenden Bundesländern und zu Tschechien.

Finanzierung des Digitalfunks

Als „problematischen Dauerbrenner“ bezeichnete Kreidl schließlich die Einführung und Finanzierung des Digitalfunks für die BOS. Er wertete es als erfreulich, dass Finanzierungszusagen der Staatsregierung vom November 2009 weiterhin gelten sollen. Jedoch stelle sich die Frage, weshalb man erst jetzt zwischen Kosten der Netzbetreiber und Kosten der Nutzer unterscheidet. Kommunale Aufgabenträger seien unstrittig massiv betroffen, seien darüber aber nie aufgeklärt worden. Man hoffe nun auf Klärung in einem Gespräch mit Staatssekretär Gerhard Eck im Rahmen der nächsten Präsidiumssitzung. DK

Bayerischer Sparkassentag in Amberg:

Stark in der Region. Nah am Menschen

Beim Bayerischen Sparkassentag in Amberg hat der Präsident des Bayerischen Sparkassentages Theo Zellner die richtigen Weichenstellungen für die Zukunft des Euro angemahnt. Vor mehr als 600 Gästen wandte er sich klar gegen aktuelle Überlegungen einer Bankenunion oder eines gemeinsamen europäischen Einlagensicherungssystems zum jetzigen Zeitpunkt.

Wie Zellner hervorhob, „ist es für mich nicht hinnehmbar, dass künftig die Gelder unserer Sparer zur Rettung ausländischer Großbanken herangezogen werden sollen“. Ebenso wenig sei es akzeptabel, das Schutzniveau der deutschen Sparkassenkunden über eine europäische Standardisierung zu mindern. „Mit solchen Maßnahmen würden genau diejenigen getroffen, die in der seit 2008 andauernden Finanzkrise stets als Stabilitätsanker gewirkt haben.“

Verantwortung für Bayerns Zukunft

Mit dem Kauf der LBS Bayerische Landesbausparkasse und der Kapitalerhöhung bei der BayernLB übernehmen die bayerischen Sparkassen Zellner zufolge Verantwortung für Bayerns Zukunft und schaffen zugleich die Voraussetzungen dafür, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in allen Teilen Bayerns in gewohnt umfangreicher Form zu begleiten. Damit sei auch das drohende EU-Beihilfeverfahren aus Sicht der Sparkassen vom Tisch.

Verlässlicher Partner

Nach den Worten des Präsidenten ist es oberstes Ziel der bayerischen Sparkassen, die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft in allen Regionen des Freistaats kreditwirtschaftlich zu begleiten und dementsprechend zu fördern. Dabei komme den Sparkassen mit ihren hohen Kundeneinlagen bei der Kreditfinanzierung ihre Unabhängigkeit von den internationalen Finanzmärkten zugute. Gerade dies mache sie in Krisenzeiten zu absolut verlässlichen Partnern der Bürger, der Kommunen und der mittelständlichen

Wirtschaft.

Initiative „Aufbruch Bayern“

Wichtige Aufgaben sieht Zellner künftig in der kreditwirtschaftlichen Flankierung der Energiewende und der Initiative „Aufbruch Bayern“. Dabei gehe es unter anderem um höhere Investitionen in die Infrastruktur, in die Modernisierung des Bildungssystems, in Straßen, Schienen und schnelles Internet. Da dies alles häufig in kommunaler Verantwortung geschehe, hätten die Sparkassen hier eine besondere Verpflichtung, an dieser Entwicklung durch maßgeschneiderte Produkte mitzuwirken.

Basel III

Darüber hinaus begrüßte der Sparkassenpräsident die aktuellen Entwicklungen, zumindest auf Ebene des federführenden Ausschusses des EU-Parlaments, zur Überführung der neuen Eigenkapital- und Liquiditätsvorschriften (Basel III) in europäisches Recht. Durch intensive Verhandlungen hätten die Sparkassen erreicht, dass es nicht zu einer Benachteiligung von Mittelstandskrediten kommen wird. Die vorgesehenen Regelungen berücksichtigten nun auch in angemessener Form die unterschiedlichen Geschäftsmodelle und Organisationsformen von Kreditinstituten in Europa.

Hoffnung auf Konsens

Er, Zellner, hoffe deshalb nun, dass diese Regelungen nicht durch die Entwicklung technischer Standards bei der europäischen Aufsichtsbehörde EBA wieder verwässert werden. Vor allem hofften die Sparkassen darauf, dass in den anstehenden Trilog-Verhandlungen zwischen Europa-Parlament, Europäischem Rat und EU-Kommission

ein Konsens gefunden und zügig verabschiedet wird. Damit könne die nötige Rechtssicherheit geschaffen werden.

Vielfalt an Möglichkeiten

Abschließend unterstrich Zellner, dass die dezentral organisierten Sparkassen sich dem Wohl der unterschiedlichen Regionen Bayerns verpflichtet fühlen und damit auch in besonderem Maße dazu aufgerufen sind, Zukunftsthemen wie Klimaschutz und Energiewende vor Ort weiterzubringen. Ihre Möglichkeiten reichten dabei von unterschiedlichen Finanzierungsmodellen über Konsortialkredite, Kommunalkredite bis zu neuen Konzepten der Bürgerbeteiligung an dezentralen Versorgungsunternehmen.

Die Sparkassen und ihr klar umrissenes Geschäftsgebiet mit seiner jeweiligen Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur bildeten eine unverbrüchliche Schicksalsgemeinschaft, machte Zellner deutlich. Das Regionalprinzip lenke die unternehmerische Energie und Kreativität der Sparkassen auf das jeweilige Geschäftsgebiet. Sparkassen hätten damit ein Geschäftsmodell, das nicht nur ideal auf die Bedürfnisse der kleinen und mittleren Unternehmen zugeschnitten sei, sondern sich darüber hinaus auch als äußerst krisenfest erwiesen habe.

Bayerische Lösung

Bayerns Finanzminister Markus Söder lobte die Sparkassen für ihr Engagement. „Es ist klug gewesen, eine bayerische Lösung zu finden“, sagte Söder mit Blick auf die Abwendung des Beihilfeverfahrens für die BayernLB. Nun könnten sich die Sparkassen wieder auf ihr Geschäft vor Ort konzentrieren.

Söders Credo zur Euro- und Finanzkrise: Obwohl Deutschland der Hauptprofiteur des Euro sei, könne die EU nicht zur Transfer-Union werden. „Mit Euro-Bonds werden wir der Schuldner für die Schulden anderer Länder.“ Die Finanzmärkte erwarteten Reformen in jenen Ländern, die ihre Zinsschulden nicht mehr bezahlen könnten.

Euro-Zone muss auf stabilen Säulen stehen

Auch die Agenda 2010 habe für die deutschen Bürger harte Zumutungen gebracht. Söder forderte eine „klare Kante“ beim Fiskalpakt. Die Euro-Zone sei auf Dauer nur erfolgreich, wenn sie auf stabilen Säulen steht.

Seit 200 Jahren sind die Sparkassen dem Wohl der Region verpflichtet. So sind die Sparkassen als öffentlich-rechtliche Kreditinstitute in besonderem Maße aufgerufen, auch bei der Energiewende mitzuwirken. Seine Gedanken zu diesem Thema formulierte der ehemalige Präsident der Bundesnetzagentur Matthias Kurth.

Plädoyer für Netzausbau

Kurth plädierte für den Netzausbau, damit die erneuerbaren Energien integriert werden können. Vor allem müsse der Leitungsbau bundesweit verbindlich geregelt werden, damit auch auf Landesebene nicht immer wieder in Frage gestellt wird, ob diese oder jene Leitung aus energiewirtschaftlicher Sicht überhaupt notwendig ist. Nach Kurths Auffassung werden zu viele energiepolitische Grundsatzdebatten auf lokaler Ebene geführt, wo sie einfach nicht hingehören.

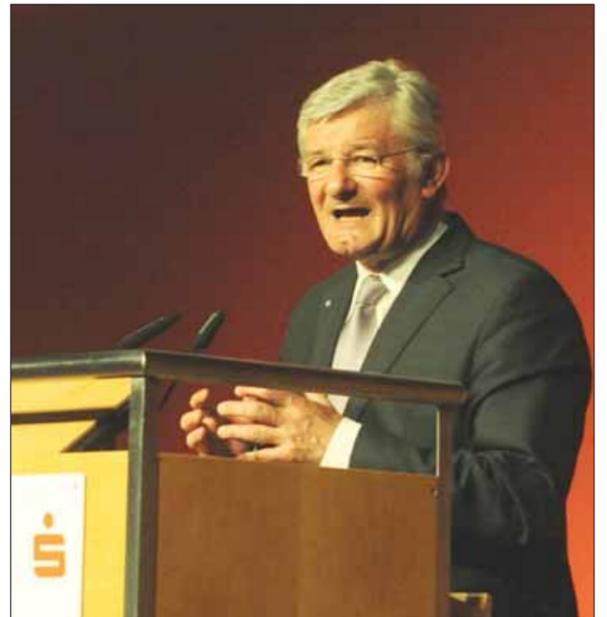
„Eine kommunale Energiepolitik mit dem Netz ist nicht machbar“, stellte Kurth klar und warnte vor dem Rückfall in die Kleinstaaterei. Wo möglich, seien dezentrale Strukturen zu begrüßen „und wo es nicht geht, sollten wir uns auch keinen Illusionen hingeben“. Das Netz sei nun einmal neutral.

Bewährungsprobe

Angesichts eines drohenden Stromengpasses mahnte Kurth ein schnelleres Handeln der Politik an. Die eigentliche Bewährungsprobe werde erst in den nächsten Jahren kommen, wenn auch die derzeit noch betriebenen Kernkraftwerke vom Netz gehen. Insbesondere im Süden Deutschlands werde dann Ersatz benötigt, das könnten zum Beispiel auch moderne Gaskraftwerke sein. Da es sechs bis sieben Jahre dauere, bis neue Anlagen in Betrieb gehen, müssten klare Planungs- und Rahmenbedingungen auch für Neuinvestitionen gesetzt werden.

Podiumsdiskussion

Eine Podiumsdiskussion zum Thema Energiewende mit den Teilnehmern Thomas Barth (Vorstandsvorsitzender der E.ON Bayern AG), Dr. Uwe Brandl (1. Bürgermeister Abensberg und Präsident des Bayerischen Gemeindetags), Dr. Ulrich Netzer (OB Kempten und Vorstandsmitglied Bayerischer Städte- tag), Dr. Jakob Kreidl (Landrat Miesbach und Präsident des Bayerischen Landkreistags) und Bernd Würstl (Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Hochfranken) rundete den Bayerischen Sparkassentag 2012 in Amberg ab. **DK**



Sparkassenpräsident Theo Zellner.

Wirtschaftliche Lage der Sparkassen

Wie Sparkassenpräsident Theo Zellner ausführte, hätten sich in den ersten fünf Monaten des Jahres 2012 die positiven Trends des Vorjahres im Großen und Ganzen fortgesetzt:

1. Das Kreditneugeschäft mit Unternehmen und wirtschaftlich Selbständigen ist weiterhin auf hohem Niveau.
2. Auch die Spareinlagen sind weiter gewachsen.
3. Bei den privaten Wohnungsbaufinanzierungen verzeichnen die Sparkassen das beste Neugeschäft der letzten fünf Jahre.
4. 2011 wurden rund 508 Mio. Euro für gewinnabhängige Steuern aufgewendet.
5. Etwa 66 Mio. Euro flossen als gemeinwohlorientierte Mittel an regionale Empfänger.

Zellner: „Insgesamt sehen wir eine stabile Entwicklung und sind zuversichtlich, dass wir am Ende des Jahres wieder eine gute Bilanz vorlegen können.“ **DK**



Finanzminister Dr. Markus Söder.



Wann ist ein Geldinstitut gut für Deutschland?

Wenn es versteht, dass
unser größtes Kapital die
Umwelt ist.



Sparkassen fördern eine nachhaltige Entwicklung.
Mit einem breiten Beratungs- und Finanzierungsangebot übernehmen sie gemeinsam mit ihren Kunden Verantwortung für eine ökologisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich tragfähige Lebensweise. Das ist gut für die Umwelt und für die Lebenschancen zukünftiger Generationen. www.gut-fuer-deutschland.de

Sparkassen. Gut für Deutschland.

Geschäftszahlen 2011:

Rekordjahr für die Stadtsparkasse Augsburg

Wir konnten in vielen Bereichen kräftig punkten und unsere Position als die „Nr. 1“ in der Region festigen. Im dritten Jahr in Folge haben wir beim Betriebsergebnis vor Bewertung mit 68,6 Mio. Euro einen Rekord erzielt. Unser auf Nachhaltigkeit ausgerichtetes Geschäftsmodell hat sich bewährt. Ein großer Dank gilt unseren Kunden und unseren Mitarbeitern für das Vertrauen und das gute Zusammenwirken“, erklärte Rolf Settelmeier, der Vorstandsvorsitzende der Stadtsparkasse Augsburg, bei der Präsentation der Geschäftszahlen 2011.

Der Zinsüberschuss aus dem Kundengeschäft blieb mit 116,6 Mio. Euro ebenso wie der Provisionsüberschuss in Höhe von 32,3 Mio. Euro nahezu unverändert. Die sonstigen laufenden Erträge erhöht sich gegenüber dem Vorjahr um rund 3,6 Mio. Euro.

Das Ergebnis nach Bewertung in Höhe von 59,1 Mio. Euro liegt nur knapp unter dem Ergebnis von 2010 (59,5 Mio. Euro). Der Jahresüberschuss wird mit 31,7 Mio. Euro ausgewiesen.

Bilanzsumme steigt

Die Bilanzsumme stieg um 3,8 % auf 4.620 Mio. Euro. Mit einem Plus von rund 170 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr, maßgeblich bewirkt durch die Ausleihungen an Kunden. Die erneute Steigerung des Kernkapitals um über 36 Mio. Euro auf 338,7 Mio. Euro in 2011 trägt ebenfalls dazu bei, dass der Vorstand der Stadtsparkasse Augsburg gut schlafen kann. „Eine hohe Kapitalbasis ist außerordentlich wichtig; unsere Bonität steht hier im Blickpunkt. Die gesetzliche vorge-

schriebene Quote für haftendes Eigenkapital gemäß Solvabilitätsverordnung von 8 % hatten wir schon im Vorjahr deutlich übertroffen. Durch die erneute Steigerung auf nunmehr 14,7 % in 2011 gelingt es uns, auch den gestiegenen Kapitalanforderungen von Basel III mehr als gerecht zu werden“, so Settelmeier.

Kreditnachfrage und Ausleihungen

Das Gesamtkreditvolumen, einschließlich der Eventualverbindlichkeiten, stieg in 2011 um 11,5 % auf 3.743 Mio. Euro zum Bilanzstichtag. Die Ausleihungen an Kunden konnte die Stadtsparkasse gegenüber dem Vorjahr nochmals deutlich erhöhen, zum Jahresende 2011 betragen diese rund 3.565 Mio. Euro. Ein Plus von fast 9 % konnte bei den Darlehensauszahlungen registriert werden. Beim Kreditneugeschäft konnte in 2011 mit Darlehenssagen von fast 629 Mio. Euro das zweitbeste Ergebnis seit der Jahrtausendwende erzielt werden. Die öffentlichen Haushalte legten eine

stärkere Nachfrage nach Krediten an den Tag.

Dr. Walter Eschle, stellvertretender Vorstandsvorsitzender: „Von den positiven gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen profitierte vor allem unser Kreditgeschäft, so dass wir unserer Verantwortung, die regionale Wirtschaft mit Krediten zu unterstützen, verstärkt nachkommen konnten. Das Kundenkreditvolumen wurde deutlich ausgebaut. Unseren mittelständischen Kunden sagten wir rund 363 Mio. Euro an Krediten zu. So werden notwendige Investitionen ermöglicht und Arbeitsplätze in der Region nachhaltig gesichert. Aufgrund des niedrigen Zinsniveaus wurden darüber hinaus Gelder verwendet, um verstärkt Kredite zurückzuführen.“

Öffentliche Darlehen

Bei den öffentlichen Darlehen (KfW, LfA und LR-Bank) hat sich, nach zwei überdurchschnittlich starken Jahren 2009 und 2010, das Neugeschäft in 2011 wieder auf das Niveau der Vorjahre eingependelt. Das Volumen der Neuansprüche betrug fast 56 Mio. Euro. Der Gesamtbestand der öffentlichen Fördermittel erhöhte sich zum Jahresende dadurch von 265,2 Mio. Euro auf 277,3 Mio. Euro.

Das Leasinggeschäft der Stadtsparkasse hat im vergangenen Jahr zugelegt. Neue Leasingverträge

mit einem Volumen von 44,2 Mio. Euro hat die Stadtsparkasse in 2011 geschlossen. Damit landete die Sparkasse nicht nur in Bayern auf Platz 1, sondern erzielte auch auf Bundesebene den siebthöchsten Umsatz aller Sparkassen, die alle wesentlich größer sind als die Stadtsparkasse Augsburg.

Beste Bank in Augsburg

„Qualität hat einen Namen“, so lautet das Motto der Stadtsparkasse Augsburg. Dass dies bei der Stadtsparkasse so ist, wurde im Jahr 2011 auch offiziell bestätigt. Bei dem jährlich durchgeführten „City Contest“ belegt die Sparkasse den ersten Platz in Augsburg in der Privatkundenberatung. Mit der Gesamtnote 2,0 hat sich die Stadtsparkasse im Ranking klar gegen die Augsburger Mitbewerber durchgesetzt und auch im Vergleich aller getesteten Institute (Durchschnitts-Note: 2,7) einen Spitzenwert erreicht. „Hier zeigt sich, dass Qualität bei uns kein Zufall ist und das Sparkassenfinanzkonzept aufgeht“, betonte Rolf Settelmeier.

Hohe Kundenzufriedenheit

Auch die intern durchgeführten Kundenbefragungen bescheinigten der Sparkasse in den letzten Jahren immer wieder eine hohe Kundenzufriedenheit. So gaben in sog. After-Sales-Befragungen 90 % der über das ganze Jahr befragten Kunden aus Firmen- und Privatkundenbereich der Stadtsparkasse in Bezug auf Freundlichkeit die Bestnote „sehr gut“. Auch bei den anderen Kriterien wie Schnelligkeit, Service- und Beratungsqualität sowie Erreichbarkeit konnte die Sparkasse punkten und erreichte Bestnoten.



Der Vorstand der Stadtsparkasse Augsburg (v. l.): Dr. Walter Eschle (stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes), Cornelia Kollmer (Vorstandsmitglied) und Rolf Settelmeier (Vorsitzender des Vorstandes).

Der Wunsch nach einer eigenen Immobilie und die nach wie vor günstigen Zinsen im Bausparbereich trugen dazu bei, dass die Stadtsparkasse ihren Vorjahresrekord bei der Vermittlung von Bausparverträgen wiederum toppen konnte. Die Vermittlung von Bausparverträgen der LBS überstieg mit einer Bausparsumme von rund 179 Mio. Euro um 20 Mio. Euro bzw. rund 13 % das Vorjahresniveau.

Zinsgünstige Tarife der LBS

Immobilien werden nach wie vor als optimale Altersvorsorge gesehen, diese Entwicklung unterstreicht die darin enthaltene hohe Prozentzahl abgeschlossener Bausparverträge mit Riesterförderung von fast einem Fünftel. Damit war 2011 das bisher erfolgreichste Bausparjahr der Stadtsparkasse Augsburg, was Platz 1 in Schwaben bedeutet. Der Trend setzt sich Anfang 2012 fort: Dank neuer zinsgünstiger Tarife der LBS sichern sich die Kunden jetzt

schon für spätere Baufinanzierungen ab.

Aus und für die Region

Aus der Region an die Region zurück, so sieht die Stadtsparkasse ihr Engagement im Spenden- und Sponsoringbereich. Dies geschieht gerne und soll auch bei gleichzeitiger Gewinnausschüttung, so bleiben, betont Rolf Settelmeier. Ob „City of peace“ und „Modular“, „brechtbühne“, aiti-Park oder Engagements im Breitensport oder im sozialen Bereich (z. B. Freiwilligenzentrum), die Bandbreite ist groß. Unser Beitrag zur Weiterentwicklung der Region kann nicht nur in harten Zahlen und Fakten gemessen werden. Er dient, wenn manchmal vielleicht auch nur indirekt, als sog. weicher Standortfaktor dazu, die Attraktivität eines Wirtschaftsstandortes zu steigern. Rolf Settelmeier: „Wir haben viele Partner, die so viel Gutes für die Region auf die Beine stellen – auch hier wollen wir den Bürgern verlässlich zur Seite stehen.“

Erstes Quartal 2012:

BayernLB mit Vorsteuergewinn von 54 Mio. Euro

Kundengeschäft entwickelt sich weiter zufriedenstellend

Der BayernLB-Konzern hat das erste Quartal 2012 in einem von der fortwährenden Schuldenkrise in der Eurozone geprägten Marktumfeld mit einem Gewinn vor Steuern in Höhe von 54 Mio. Euro abgeschlossen. Das reine Kundengeschäft verlief erneut zufriedenstellend. Zudem erzielte die BayernLB weitere Fortschritte beim Abbau der Nicht-Kernaktivitäten. Jedoch belasteten bewertungstechnische Effekte zum 31. März 2012 sowie weitere Fortwirkungen staatlicher Eingriffe in Ungarn das Drei-Monats-Ergebnis. Im Vorjahreszeitraum hatte sich das Ergebnis vor Steuern auf 149 Mio. Euro belaufen.

Die BayernLB konnte im ersten Quartal des laufenden Jahres die Ergebnisse im Geschäft mit Unternehmens- und Immobilienkunden sowie den Sparkassen gegenüber den entsprechenden Vorjahreswerten steigern. Die Sparkassen sind für die BayernLB nicht nur als Kundengruppe, sondern auch als Vertriebspartner, für die Refinanzierung und als Eigentümer von großer Bedeutung.

Auf dem richtigen Weg

Gerd Häusler, Vorsitzender des Vorstands der BayernLB: „Die Entwicklung in den Kernbereichen der neuen BayernLB, das Geschäft mit Sparkassen sowie mit Unternehmens-, Immobilien- und Privatkunden zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Die Konzentration auf unser Kundengeschäft in Bayern und Deutschland zahlt sich aus. In den ersten drei Monaten hat die BayernLB weitere Fortschritte bei der Neuausrichtung der Bank gemacht, auch wenn bewertungstechnische Sondereffekte aufgrund der internationalen Rechnungslegungsstandards dies zum Teil überdecken. Wir machen die Bank kleiner, schlagkräftiger und fokussieren sie auf das nachhaltige Kerngeschäft. Dazu gehört auch die langfristige Finanzierung der Energiewende in Deutschland.“

Die BayernLB erzielte im ersten Quartal 2012 einen Zinsüberschuss

in Höhe von 428 Mio. Euro. Insbesondere auch wegen des deutlich reduzierten Zinsergebnisses bei der MKB blieb die BayernLB auf Konzernebene jedoch unter dem Vorjahreswert von 479 Mio. Euro.

Die Kreditrisikoversorge lag zum 31. März 2012 mit -53 Mio. Euro auf dem niedrigen Vorjahresniveau von -49 Mio. Euro. Insgesamt ist zu berücksichtigen, dass aufgrund des Wertaufhellungszeitraums die Kreditrisikoversorge im ersten Quartal üblicherweise unter dem zeitanteiligen Wert des Gesamtjahres liegt.

Provisionsüberschuss

Der Provisionsüberschuss stieg gegenüber dem Vorjahr um 10,4 Prozent auf 64 Mio. Euro. Ursache dafür ist insbesondere die Fälligkeit einer von der BayernLB im Januar 2009 begebenen Anleihe über ursprünglich 5 Mrd. Euro, die mit einer Garantie des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) versehen war. Dadurch wird der Provisionsaufwand dauerhaft verringert.

Das Ergebnis aus der Fair Value-Bewertung – einschließlich des Ergebnisses aus Sicherungsgeschäften – belief sich im ersten Quartal auf 11 Mio. Euro (Vj.: 96 Mio. Euro). Darin berücksichtigt sind die beiden negativen Bewertungseffekte in Höhe von zusammen -202 Mio. Euro im Zusammenhang mit den Cross Currency

Swaps und der Neubewertung der Verbindlichkeiten. Dem standen unter anderem positive Kundemargen in Höhe von 53 Mio. Euro (Vj.: 35 Mio. Euro) gegenüber.

Das Ergebnis aus Finanzanlagen ist mit 4 Mio. Euro nahezu ausgeglichen (Vj.: -45 Mio. Euro). Der Verwaltungsaufwand lag mit -354 Mio. Euro 2,4 Prozent unter dem Vorjahresvergleichswert.

Im sonstigen Ergebnis werden unter anderem die Ergebnisse der Immobilienaktivitäten des BayernLB-Konzerns erfasst. Es betrug im ersten Quartal 12 Mio. Euro (Vj.: 37 Mio. Euro). Der für 2012 erwartete Aufwand für Bankenabgaben beläuft sich auf -54 Mio. Euro (Vj.: -70 Mio. Euro).

Bilanzpositionen und Kennzahlen

Die Bilanzsumme hat in den ersten drei Monaten des Jahres 2012 um 1,5 Prozent auf 304,6 Mrd. Euro abgenommen. Aktivseitig hat hierzu vor allem der Rückgang der Handelsaktiva um 6,1 Mrd. Euro auf 42,5 Mrd. Euro beigetragen. Dagegen wurden die Kredite an inländische Kunden nochmals leicht um 0,2 Prozent auf 115,9 Mrd. Euro erhöht.

Die Risikopositionen reduzierte die Bank zum 31. März 2012 um 2,0 Prozent auf 116,0 Mrd. Euro. Dadurch stieg die Kernkapitalquote leicht auf 11,7 Prozent (31. Dezember 2011: 11,4 Prozent). Die Core Tier 1-Quote gemäß den Anforderungen der European Banking Authority (EBA) belief sich auf 10,1 Prozent. Damit weist die BayernLB-Gruppe unverändert solide Eigenkapitalverhältnisse aus.

Für das laufende Jahr rechnet die BayernLB weiterhin mit einem positiven Ergebnis vor Steuern in ihren Kerngeschäftsfeldern. □



Jetzt zweifach sparen mit dem Doppelvorteil!

Riester-Förderung* + extra günstiges LBS-Baugeld.



Infos unter www.lbs-doppelvorteil.de

Mit der LBS finanzieren heißt doppelt profitieren: Denn mit der Wohn-Riester-Förderung und unseren Top-Darlehenszinsen können Sie auf dem Weg ins Eigenheim bares Geld sparen.

Ihr Berater in Ihrer Sparkasse oder LBS-Geschäftsstelle sagt Ihnen, wie Sie **schnell, planbar und zinsicher** in die eigenen vier Wände kommen. Sie werden sehen: **Es lohnt sich für Sie!**

*Es gelten Fördervoraussetzungen.

www.lbs-bayern.de

Wir geben Ihrer Zukunft ein Zuhause.

Sparkassen-Finanzgruppe



Betreuung des „Konzerns Kommune“ neu aufgestellt

GZ-Interview mit Dr. Edgar Zoller,
Stellvertretender Vorstandsvorsitzender der BayernLB

Die Kommunen sehen sich nicht nur im Freistaat mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert. Sie müssen mit ihren Einnahmen streng haushalten, die Schuldenentwicklung im Griff haben und zudem die Energiewende stemmen. Inwieweit die BayernLB hier Unterstützung bietet, darüber sprach die Bayerische Gemeindezeitung mit dem Stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden der BayernLB Dr. Edgar Zoller.

GZ: Die Liste der Aufgaben von Städten und Gemeinden ist lang. Auf welche Weise bieten Sie den Kommunen Hilfestellung?

Zoller: Die Kommunen sind für die BayernLB eine wichtige Kundengruppe und haben mittlerweile sehr komplexe Bedürfnisse, die weit über die Ausreichung eines Kommunalkredits hinausgehen. Wir haben das erkannt und die Betreuung des „Konzerns Kommune“ neu aufgestellt. Im vergangenen Jahr wurde hierfür die „Vertriebsdirektion Kommunalkunden Bayern“ mit drei Regionaldirektoren als zentrale Ansprechpartner im Bereich Sparkassen & Verbund aufgebaut. Diese neu geschaffene Vertriebsdirektion dient als Informationsdrehscheibe und Steuerungs-zentrale. So koordinieren die Regionaldirektoren bei Geschäftsanfragen das Zusammenspiel von Produktlinien und Töchtern des BayernLB-Konzerns. Damit stellen wir sicher, dass das konzernweite Kunden- und Produkt-Know-how in die Betreuung der Kommunalkunden einfließt und individuelle Lösungen für die Bedürfnisse der Kommunen entwickelt werden. Dabei steht die BayernLB nicht im Wettbewerb mit den Sparkassen, sondern arbeitet eng abgestimmt mit diesen zusammen.

GZ: Was genau bieten Sie den Kommunen an? Der Kommunalkredit scheint ja nur ein Teil des Angebots zu sein.

Zoller: Sie haben Recht, wir sind als Konzern im Kommunalgewerbe Bayern zweigleisig aufgestellt. Während die zinsgünstigen Kommunal- und Förderdarlehen primär von unserem Förderinstitut BayernLabo ausgereicht werden, bringen wir aus der Vertriebsdirektion heraus das gesamte übrige Produktspektrum des BayernLB-Konzerns ins Spiel.

Gemeinsam mit den Sparkassen bietet die BayernLB neben Finanzierungslösungen unter anderem Immobiliendienstleistungen für energetische Sanierungen, Erschließungsträgerschaften und Immobilienbewertung sowie Beratungen für Kommunale Stiftungen, Public Private Partnerships (PPP) und vor allem Unterstützung mit der kommunalen Verschuldungsdiagnose.

GZ: Was ist die Kommunale Verschuldungsdiagnose?

Zoller: Vereinfacht gesagt ist das eine Art „Schulden-TÜV“ für die Kommunen. Dabei wird der Ist-Zustand der Kreditportfolios, insbesondere Volumina, Zins- und Tilgungsstruktur sowie Laufzeiten erfasst. Darauf aufbauend entwerfen unsere Experten anhand voraussichtlicher Zinsentwicklungen verschiedene Szenarien mit Optimierungsempfehlungen zur Risikominderung und zeigen Einsparpotenziale auf. Gemeinsam mit den Kämmerern werden in der Folge weitere Schritte abgeleitet. Dies kann beispielsweise der Einsatz von Zinssicherungsprodukten sein. Die Kommunale Verschuldungsdiagnose wird stark nachgefragt, der Bedarf ist hoch.

GZ: Stichwort Energiewende: Die Bundesregierung hat vor über einem Jahr die Energiewende ausgerufen. Wie beurteilen Sie die bisherige Entwicklung?

Zoller: Deutschland hat sich

mit der Energiewende viel vorgenommen. Bis zum Jahr 2020 sollen Erneuerbare Energien einen Anteil von 35 Prozent am Gesamt-



Dr. Edgar Zoller.

energiemarkt ausmachen, im Jahr 2050 soll der Anteil bei 80 Prozent liegen. Der Stromverbrauch soll bis 2020 um 10 Pro-

Fördermittel für Mittelstand und Kommunen:

BayernLB vereinbart Globaldarlehen mit der EIB

München – Die BayernLB hat mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) erneut die Aufnahme eines Globaldarlehens in Höhe von 100 Mio. Euro vereinbart und kann damit ab sofort insbesondere mittelständischen Unternehmen und Kommunen zinsgünstige Investitionskredite anbieten.

Mit den Fördermitteln lassen sich Vorhaben teilfinanzieren, die im Zusammenhang mit Energieeffizienz, Umweltschutz, Nachhaltigkeit oder Klimaschutz stehen. Der EIB-Anteil kann bis zu 50 Prozent der Kosten decken, die sich insgesamt auf maximal 25 Mio. Euro belaufen dürfen. Den Restbetrag können die Kreditnehmer in Form von Eigenkapital aufbringen oder bei der BayernLB fremdfinanzieren.

Attraktive Kreditkonditionen

Die EIB-Mittel können private oder öffentliche Kunden in Anspruch nehmen. Je nach Art des Projektes sind Laufzeiten von bis zu 20 Jahren möglich. Die Kreditkonditionen sind attraktiv, weil sich die EIB wegen ihres ausgezeichneten Ratings zu günstigen Konditionen am Kapitalmarkt refinanzieren kann. Diesen Vorteil gibt die BayernLB in Form niedrigerer Einstandssätze an ihre Kunden weiter. Damit kann das gesamte Finanzierungspaket zu günstigeren Zinssätzen angeboten werden.

Förderfähige Ausgaben

Die Investitionsvorhaben müssen den Förderrichtlinien der EIB entsprechen. Diese sind in den EIB-Prioritäten „Ökologische Nachhaltigkeit und Klimaschutz“, „Energieerzeugung, -transport und -speicherung“ und „Nachhaltige Kommunalentwicklung“ festgelegt. Förderfähig sind beispielsweise Ausgaben, die zu einer deutlichen Senkung des Energieverbrauchs in Unternehmen oder in den Ausbau des Personennahverkehrs in Städten führen.

Ob ein Projekt geeignet ist, prüfen die Fachleute der BayernLB vorab und entwickeln dann je nach Bedarf ein Finanzierungskonzept.

zent gesenkt, Treibhausgasemissionen um 40 Prozent reduziert werden. Es wurde schon einiges erreicht, aber es bedarf weiterhin erheblicher Anstrengungen um diese Ziele zu erreichen.

GZ: Welche Rolle spielen die Kommunen?

Zoller: Gerade Städte und Gemeinden sind von zentraler Bedeutung für die Gestaltung der Energiewende. In den Kommunen werden umweltfreundliche Energien angesiedelt, hier müssen die damit verbundenen Infrastrukturmaßnahmen umgesetzt werden. Zudem sind die energetischen Sanierungen öffentlicher Gebäude eine wichtige Maßnahme bei der Erreichung von höherer Energieeffizienz. Jede eingesparte kWh muss nicht in die Erzeugung oder in das Netz investiert werden. Die Kommunen leisten auf lokaler Ebene ihren Beitrag zur Energiewende. Das ist maßgeblich für die Erreichung der bundesweiten Ziele.

GZ: Wie unterstützt die BayernLB die Kommunen bei der Energiewende?

Zoller: Beispielsweise mit Projektfinanzierungen für Windkraft- und Photovoltaikanlagen, Geothermieprojekten, Pumpspeicherkraftwerken und kommunalen

Netzen. Oder eine Finanzierung von Beteiligungen, was gerade für gemeinsame Gaskraftwerke interessant ist. Für kommunale Liegenschaften stehen u. a. die Experten aus der Immobilienfinanzierung bereit und für ein Bürgerbeteiligungsmodell in Form einer GmbH & Co. KG die BayernGrund.

Beispielhaft für die langjährige Unterstützung sind die bereits umgesetzten Geothermieprojekte in Bayern, die die BayernLB gemeinsam mit Kommunen und Sparkassen begleitet hat. Die Gemeinden profitieren dadurch von einer klimafreundlichen Versorgung mit Strom und Wärme.

Besonders gefragt ist bei Kommunen der „Energiekredit“ der BayernLabo mit einem historisch niedrigen Zinssatz. Seit Auflage des Programms vor gut einem Jahr wurden bereits rund 140 Förderkredite an bayerische Kommunen zugesagt. Das Förderinstitut BayernLabo unterstützt die bayerischen Kommunen im erheblichen Umfang bei der energetischen Sanierung ihres Gebäudebestands und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Energiewende im Freistaat Bayern.

GZ: Ganz praktisch gefragt – an wen können sich Kommunen bei Finanzierungsanfragen wenden?

Zoller: Hierfür steht die schlagkräftige „Vertriebsdirektion Kommunalkunden Bayern“ bereit. Die zuständigen Regionaldirektoren sind in ihrer Region die zentralen Ansprechpartner für Sparkassen und Kommunen. Gemeinsam mit den Sparkassen kann die BayernLB bei der Finanzierung von Energieprojekten auf eine hohe Expertise zurückgreifen und gleichzeitig eine Finanzierung optimiert mit entspre-

chenden Fördermitteln anbieten. Für Anfragen zu konkreten Kommunal- und Förderdarlehen stehen die Finanzierungsspezialisten der BayernLabo zur Verfügung.

GZ: Stichwort Fördermittel und Förderkredite – wer nachhaltig handelt, wird mit attraktiven Fördermitteln belohnt, dies gilt auch für Kommunen. Wie aktiv ist die BayernLB auf dem Gebiet der Fördermittel?

Zoller: Die BayernLB verfügt über genaue Kenntnis der deutschen Fördermittellandschaft.

Und dies ist laut einer KfW-Studie nicht selbstverständlich. Weniger als 30 Prozent der Banken bieten ihren Kunden aktiv Fördermittel an. Die BayernLB hingegen zeigt ihren Kunden Möglichkeiten auf, eine optimale Fördermitteleinbindung zu erreichen. Aufgezeigt werden sowohl die Angebote der eigenen Förderbank BayernLabo sowie die Angebote anderer Förderinstitute wie KfW, LfA, der Landwirtschaftlichen Rentenbank und der Europäischen Investitionsbank (EIB).

Stadtparkasse Augsburg und die Bayerische Klimawoche

„Es gibt nichts Gutes, außer man tut es“: Die Stadtparkasse Augsburg (SSKA) stellt sich den großen gesellschaftlichen Veränderungen und engagierte sich auch bei der Bayerischen Klimawoche. Ob als Partner beim Augsburger Zukunftspreis oder der Aktion „Klimaversprechen“, die im Rahmen der Bayerischen Klimawoche stattfand: Nachhaltiger Klima- und Umweltschutz steht auf der Stadtparkassen-Agenda ganz oben.

Das „Klimaversprechen“ hat die Stadtparkasse direkt ins Unternehmen transportiert: In den Geschäftsstellen wurde der Wettbewerb bei den Bürgern beworben. Rückmeldekarten lagen aus, die Vorschläge wurden in extra dafür installierten Boxen gesammelt. Auch die Mitarbeiter waren aufgerufen, sich an der Aktion zu beteiligen. Neben den persönlichen Versprechen wurden auch zahlreiche Ideen für noch mehr Klimaschutz im Unternehmen abgegeben, das „Klimaversprechen Stadtparkasse“ lebt.

Das eigene Klimaengagement wird natürlich auch unter Beweis gestellt: Die SSKA nutzt die Sonne als Energietankstelle und nahm im März ihre erste Photovoltaik-Anlage auf den Dächern ihrer Gewerbeimmobilien in der Derching-er Straße 153-155 in Betrieb.

Kundentermine nehmen die Berater verstärkt mit dem hauseigenen E-Auto wahr, das seit Februar 2012 den Fahrzeug-Pool bereichert. Die Einrichtung einer Ladestation im Hof war eine folgerichtige Entscheidung. Für jene Mitarbeiter, die mit dem E-Bike den Weg zu ihrem Arbeitsplatz antreten, wurden im sparkassen-eigenen Fahrrad-Raum Ladesäulen errichtet.

Unterstützung der Kunden

Auch die Kunden werden mit besonderen Angeboten zum Schutz des Klimas und der Umwelt unterstützt. Sei es, wie im vergangenen Jahr, mit einem speziellen „Ökokredit“ oder, vor allem im gewerblichen Bereich, bei der Finanzierung von energieeffizienten Gebäudesanierungen.

Intelligente Lösungen für bayerische Kommunalkunden

Wir machen uns stark für die Kommunen

In Kooperation mit den bayerischen Sparkassen bieten wir den bayerischen Kommunen ein innovatives und lückenloses Leistungsspektrum an. Hierzu gehört die Finanzierung von kommunalen Bau- und Infrastrukturprojekten ebenso wie die Begleitung von Maßnahmen zur Energieeinsparung im Rahmen der Energiewende oder die Analyse und Optimierung von Kreditportfolien. Dabei sind wir nicht nur kreativ bei der Nutzung innovativer Finanzierungsquellen. Wir haben auch viel Erfahrung mit der Ausschöpfung aller relevanten Fördermöglichkeiten. Haben wir etwas vergessen? Dann sagen Sie es uns. Wir können es sicher auch. > vertriebsdirektion-kommunalkunden@bayernlb.de

Finanzgruppe

Bayern LB

Stadtparkasse München:

Testsieger 2012 bei der Anlageberatung

Deutsches Institut für Service-Qualität bescheinigt Bayerns größter Sparkasse beste Beratung und beste Angebotsunterlagen aller getesteten Banken

München (sskm). Die Stadtparkasse München ist Testsieger der aktuellen Studie Geldanlage 2012 des Deutschen Instituts für Service-Qualität (DISQ). Sie bietet die beste Geldanlageberatung und die besten Angebotsunterlagen aller untersuchten Kreditinstitute.

Im Auftrag des Nachrichtensenders n.tv hat das unabhängige Marktforschungsinstitut 15 Kreditinstitute mit Filialberatung untersucht. Die anonymen Tester besuchten sechs überregionale Banken, die jeweils größten Sparkassen, Volks- und Raiffeisenbanken sowie Sparda-Banken in den Städten Hamburg, Berlin und München und vereinbarten jeweils zehn Beratungsgespräche vor Ort. Die Marktforscher werteten sowohl die Beratungsleistung als auch die Angebotsunterlagen aus.

Vertrauenswürdigkeit

Die Kundenberater der Stadtparkasse überzeugten die Tester durch ihre hohe Motivation und Vertrauenswürdigkeit. Die Analyse der aktuellen finanziellen Situation des Anlegers erfolgte hier am ausführlichsten. Auch die Lebenssituation erfragten die Mitarbeiter überdurchschnittlich gut. Dank individueller Beratung erreichte die Stadtparkasse mit einem auf den Anleger zugeschnittenen

Angebot die beste Wertung im Test und erhielt für die Beratung vor Ort somit das Qualitätsurteil sehr gut.

Beste Beratungsunterlagen

Auch bei der Bewertung der Angebotsunterlagen belegte Bayerns größte Sparkasse den ersten Platz für die besten Beratungsunterlagen. Hier überzeugte das Münchner Kreditinstitut vor allem durch die Qualität der Unterlagen, die gut strukturiert, übersichtlich aufgebaut und in einer angenehmen Schriftgröße verfasst seien. Punkten konnte die Stadtparkasse auch beim Beratungsprotokoll. Die Berater der Stadtparkasse händigten bei sämtlichen Wertpapierberatungen die gesetzlich vorgeschriebenen Protokolle aus. Dies ist bisher laut DISQ nur bei der Hälfte der Banken der Fall.

Mit dem Testsieg bei der DISQ-Studie hat die Stadtparkasse nun bereits die dritte Auszeichnung ihrer Beratungsleistung innerhalb weniger Wo-

chen erhalten. Im April bescheinigten ihr die Zeitschrift „Euro am Sonntag“ und das Institut für angewandte Marketing- und Kommunikationsforschung (iMK) in zwei voneinander unabhängigen Untersuchungen jeweils die Note „sehr gut“ für ihre Kunden- und Anlageberatung.

Marktführer im Privatkundenbereich

Jeder zweite Münchner vertraut in Geldfragen auf die Stadtparkasse München. Der Marktführer unter den Münchner Banken im Privatkundenbereich, bezogen auf Hauptbank-

Studie der Versicherungskammer Bayern:

Irrtümer der Münchner zur Berufsunfähigkeit

Berufsunfähig – und dann? Viele Betroffene haben nur geringe oder gar keine finanziellen Polster, auf die sie zurückgreifen können. Sie sind im schlimmsten Fall ein Leben lang auf die Unterstützung anderer angewiesen. Ein Risiko, das viele immer noch unterschätzen. „Nur jeder 14. Münchner schätzt das Risiko, selbst einmal berufsunfähig zu werden als stark erhöht ein. Tatsächlich scheidet jedoch jeder 4. Arbeitnehmer vorzeitig aus gesundheitlichen Gründen aus dem Berufsleben aus“, sagt Barbara Schick, Mitglied des Vorstands der Versicherungskammer Bayern. Sie stellte die Ergebnisse der aktuellen Studie „Irrtümer zur Berufsunfähigkeit“ in München der Presse vor.

Die Studie führte das Institut forsia im Auftrag der Versicherungskammer Bayern durch. Insgesamt wurden 150 in München lebende Personen zwischen 18 und 45 Jahren zum Thema Berufsunfähigkeit befragt. Mit ihrer Studie will die Versicherungskammer Bayern für dieses Risiko sensibilisieren und hat als regionaler Versicherer – neben München – weitere Städte in Bayern und der Pfalz in den Fokus genommen.

Irrtum 1: „Mich trifft es sowieso nicht“

Die Befragung hat gezeigt, dass nur jeder 14. Münchner das Risiko, selbst einmal berufsunfähig zu werden, als „stark erhöht“ einschätzt. Die Hälfte vermutet, dass maximal 10 Prozent der gesamten Bevölkerung in Deutschland im Laufe ihres Arbeitslebens berufsunfähig werden. Tatsächlich scheidet jedoch jeder 4. Arbeitnehmer vorzeitig aus gesundheitlichen Gründen aus dem Berufsleben aus.

Irrtum 2: „Mir reicht die gesetzliche Absicherung“

Ein Viertel der befragten Münchner glaubt, bei einer Berufsunfähigkeit durch gesetzliche Leistungen zwar knapp, aber ausreichend versorgt zu sein. Fakt ist jedoch: Ein gesetzlicher Versicherungsschutz besteht nur für die heute 52-Jährigen und Ältere. Für alle nach dem 1. Januar 1961 Geborenen gibt es keine gesetzliche Berufsunfähigkeitsversicherung mehr, sondern lediglich eine Erwerbsminderungsrente. Um den Lebensstandard zu halten, reicht diese aber nicht aus.

Irrtum 3: „Ich arbeite im Büro – da kann mir nichts passieren“

Die deutliche Mehrheit der Befragten glaubt, dass der eigene Beruf kaum Gefahren birgt, da sie keine körperlich schwere Arbeit verrichten. Die Ursachen

verbindungen, bietet mit 91 Geschäftsstellen, 56 SB-Servicestellen sowie Betreuungs- und Kompetenz-Centern das dichteste Filialnetz aller Kreditinstitute im Stadtgebiet. Mit ihren Partnern aus der Sparkassen-Finanzgruppe, dem größten Finanzverbund Deutschlands, stellt die Stadtparkasse München das gesamte Spektrum von Finanzdienstleistungen, Anlagemöglichkeiten und Finanzierungsformen bereit.

15,3 Milliarden Euro Bilanzsumme

Mit rund 800.000 Kunden und einer durchschnittlichen Bilanzsumme (DBS) von 15,3 Milliarden Euro ist sie die größte bayerische und fünftgrößte deutsche Sparkasse (Stand 31.12.2011). Das 1824 gegründete Kreditinstitut beschäftigt 2.430 Mitarbeiter und 300 Auszubildende. Als Sparkasse engagiert sie sich in besonderem Maße im gesellschaftlichen und kulturellen Bereich für den Standort München. □

Bayerischer Gründerpreis für Schüler:

Sparkassen ehren Jung-Unternehmer

Schülerteam aus Erlangen siegt mit „Mobilem Strom“

Für das Geschäftskonzept „Solartechnik auf Textilien“ erhielt das Schülerteam „Fashion & Technology“ vom Albert-Schweitzer-Gymnasium in Erlangen den Bayerischen Gründerpreis in der Kategorie „Schüler“. Die Auszeichnung der fünf besten bayerischen Sieger-Teams fand in München statt.

Bei der regionalen Siegerehrung von Deutschlands größtem Existenzgründer-Planspiel, einer Initiative von stern, Sparkassen, ZDF und Porsche, konnte sich die mittelfränkische Gruppe durchsetzen. Vier Monate tüftelten Rahma Abdi, Maximilian Heido-witzsch, Jonathan Renau und Eva Radtke vom Schüler-Team „Fashion & Technology“ des Albert-Schweitzer-Gymnasiums in Erlangen an ihrem Geschäftskonzept und lernten dabei spielerisch die Welt der Wirtschaft kennen.

Überzeugende Geschäftsidee

Ihr fiktives Unternehmen erzeugt mit einem solarzellenbestückten Rucksack (Solbag) mobilen Strom, der in einem mitgeführten Akku gespeichert wird. So kann man überall seine mobilen elektronischen Geräte, wie Handys, Ipods und Kameras aufladen. Das ist ein weiterer Schritt für mehr Freiheit und Unabhängigkeit. Mit dieser Geschäftsidee hat das Team am Ende der Spielrunde die Jury mit ihrer Geschäftsidee überzeugt.

Aus Bayern nahmen 79 Teams am bundesweiten Wettbewerb teil. „Mit ihrem Engagement beim Bayerischen Gründerpreis für Schüler fördern die Sparkassen aktiv die Unternehmer von morgen. Wir sind froh, dass wir so viele Teams erfolgreich betreut haben und ihnen den Spaß am Unternehmertum näherbringen konnten“, stellt Dr. Ingo Krüger, Pressesprecher des Sparkassenverbandes Bayern, fest.

Frühzeitige berufliche Qualifikation

Jedes Teammitglied übernimmt beim Bayerischen Gründerpreis einen eigenen Verantwortungsbereich – selbstständiges Denken und Handeln werden so gefördert. Die Schüler stärken ihre Team- und Führungsqualitäten und beweisen über vier Monate ihre Fähigkeit, komplexe Fragestellungen mit Engagement und Kreativität zu lösen. Auf diese Weise sammeln sie Erfahrungen, die eine frühzeitige berufliche Orientierung und Qualifikation ermöglichen. Außerdem knüpfen sie erste Kontakte zu echten Unternehmern. Unterstützt werden sie dabei von Lehrern, Spielbetreuer und Unternehmern.

Auch dieses Jahr sind die Ergebnisse des Bayerischen Gründerpreises für Schüler wieder beeindruckend. Dr. Ingo Krüger und Ministerialdirigentin Elfriede

Irrtum 4: „Ich bin noch jung, nur Ältere werden berufsunfähig“

Fast jeder 2. Münchner schätzt, dass die Wahrscheinlichkeit berufsunfähig zu werden, bei den 50-Jährigen am größten ist. Längst ist nicht nur die ältere Generation von Berufsunfähigkeit betroffen. 2010 waren laut Deutscher Rentenversicherung rund 40 Prozent der Leistungsbezieher einer Erwerbsminderungsrente jünger als 50 Jahre. Nach Angaben der Deutschen Aktuarvereinigung werden rund 40 Prozent der heute 20- bis 40-Jährigen im Laufe ihres Berufslebens einmal berufsunfähig.

Irrtum 5: „Ich habe gut vorgesorgt“

Nur jeder 4. Münchner rechnet bei einer Berufsunfähigkeit mit erheblichen finanziellen Einbußen. Die Münchner setzen vor allem auf ihre Ersparnisse sowie auf eine Unfallversicherung. Aber nur in elf Prozent der Fälle ist ein Unfall die Ursache für Berufsunfähigkeit. Unfallversicherungen bieten somit nur einen unzureichenden Schutz. Auch gesparte Mittel sind bei Verlust eines regelmäßigen Einkommens schnell verbraucht.

Irrtum 6: „Ich kann mir eine Berufsunfähigkeitsversicherung nicht leisten“

Von den befragten Münch-

Ohrenberger vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus überreichten im Rahmen der regionalen Siegerehrung dem Siegerteam den ersten Preis. Den zweiten Platz konnte sich das Team „Think4Energy“ von der Christian-von-Bomhard-Schule in Uffenheim sichern. Dessen Geschäftskonzept zum „Energiesparen mit persönlicher und individueller Beratung von Privat- und Gewerbekunden“ nutzt vor allem die neuen digitalen Medien.

Elektrische Zahnbürste

Mit genau der selben Punktzahl erreichte die Spielgruppe „Fritsch“ vom Gregor-Mendel-Gymnasium in Amberg ebenfalls den zweiten Platz. Ihr Unternehmen entwickelte eine elektrische Zahnbürste mit automatischer Zahnpastaeinspritzung. Mit dem Team „Piezo Electricse“ auf Platz vier erwies sich die Max-Grundig-Schule in Fürth erneut als Gründerschmiede. Auf Platz fünf landete das Team „GFH Green Fast Health GmbH“ vom Karl-von-Closen-Gymnasium in Eggenfelden.

Hintergrund: Der Bayerische Gründerpreis für Schüler ist die regionale Variante des Deutschen Gründerpreises. Dieser ist die bedeutendste Auszeichnung für herausragende Unternehmer in Deutschland. Ziel der Initiative ist es, ein positives Gründungsklima in Deutschland zu fördern und Mut zur Selbstständigkeit zu machen.

Hochkarätiges Kuratorium

Der Deutsche Gründerpreis wird jährlich in den Kategorien Schüler, StartUp, Aufsteiger, Nachfolge und Lebenswerk verliehen. Außergewöhnlich kreative Unternehmerleistungen werden mit einem Sonderpreis gewürdigt. Den Deutschen Gründerpreis loben die Partner stern, Sparkassen, ZDF und Porsche aus, die sich bereits seit 1997 für die Förderung des Unternehmertums und der Gründungskultur engagieren. Ein hochkarätiges Kuratorium unterstützt den Deutschen Gründerpreis und übernimmt Patenschaften für die Nominierten und Preisträger. Förderer sind die Bertelsmann AG, Gruner + Jahr AG, die Süddeutsche Zeitung sowie die Versicherungen der Sparkassen. Kooperationspartner ist das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie. □

gen. Dies betreffe sowohl die gesetzliche als auch die private Vorsorge. Die Berufsunfähigkeit ist somit gleichsam ein doppeltes existenzbedrohendes Risiko, vor allem vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung und der unabdingbaren Notwendigkeit der zusätzlichen Altersvorsorge.

Die Versicherungskammer Bayern hat einen Bedarfsrechner eingerichtet (www.versicherungskammer-bayern.de/berufsunfaehigkeit). Er zeigt das Risiko für eine Berufsunfähigkeit sowie den monatlichen Vorsorgebedarf auf.

Die komplette forsia-Studie „Irrtümer zur Berufsunfähigkeit“ für München steht zum Download unter www.vkb.de/presse bereit. □

Rekordergebnis im Geschäftsjahr 2011

S-Partner Kapital AG: In zehn Jahren Bestehen 30,7 Mio. Euro in 30 Mittelstandsunternehmen investiert

Die Münchner S-Partner Kapital AG, das länderübergreifende Beteiligungshaus bayerischer und saarländischer Sparkassen, hat im Geschäftsjahr 2011 das beste Jahresergebnis in der bisherigen, zehnjährigen Firmengeschichte erzielt. Zu einem erheblichen Anteil trug der Veräußerungsgewinn aus dem Verkauf eines Unternehmens aus dem Beteiligungsportfolio zum Jahresergebnis bei. Zu Ende Dezember 2011 bestand das Beteiligungsportfolio aus 19 mittelständischen Unternehmen, die zusammen 444 Millionen Euro Umsatz erwirtschafteten und 3.434 Mitarbeiter beschäftigten.

„Wir sind mit diesen Ergebnis sehr zufrieden und sehen uns für unser weiteres Engagement gut gerüstet“, sagt Vorstand Dr. Werner Stockner. Aufgrund der guten Konjunktorentwicklung und des niedrigen Zinsniveaus konnten mehrere Beteiligungsunternehmen Kapital, das die S-Partner Kapital AG in deren Wachstum investiert hatte, 2011 vorzeitig ganz oder teilweise zurückzahlen. Zudem wurde mit der ANNOVA Systems GmbH, München, ein Beteiligungsunternehmen an das firmeneigene Management verkauft, was zu einem hohen Veräußerungsgewinn führte.

Neue Beteiligungen

Nach dem Exit im Dezember 2011 halten die beiden ANNOVA-Geschäftsführer sowie drei weitere Mitarbeiter als Mitgesellschafter sämtliche Anteile der ANNOVA Systems. Darüber hinaus ging die S-Partner Kapital AG 2011 eine neue Beteiligung ein und stockte eine Beteiligung planmäßig auf. Dr. Werner Stockner unterstreicht: „Für das laufende Geschäftsjahr sehen wir uns gerüstet, aufgrund unserer hohen Liquidität und vergleichsweise geringen Risikobelastung des Eigenkapitals, den wirtschaftlichen Unsicherheiten zu begegnen, die sich aus dem Einfluss der Schuldenkrise auf die konjunk-

turelle Entwicklung ergeben können.“

Das Beteiligungsportfolio der S-Partner Kapital AG bestand zu Ende Dezember 2011 aus 19 mittelständischen Unternehmen, die im abgelaufenen Geschäftsjahr zusammen 444 Millionen Euro Umsatz erwirtschafteten und 3.434 Mitarbeiter beschäftigten. „Damit leistet die S-Partner Kapital AG auch einen wichtigen volkswirtschaftlichen Beitrag“, betont Stockner. Insgesamt hat das Beteiligungshaus in zehn Jahren Bestehen 30 mehrjährige Investitionen mit einer Gesamtinvestitionssumme von 30,7 Mio. Euro und elf Verkäufe (Exits) realisiert.

S-Partner Kapital AG in Kürze

Die im Jahr 2002 gegründete S-Partner Kapital AG ist eine länderübergreifende Beteiligungsgesellschaft der Sparkassen-Finanzgruppe. Sie stellt mittelständischen Unternehmen aus Bayern und dem Saarland Eigenkapital zur Verfügung, das vor allem zur Wachstumsfinanzierung und bei Nachfolgeregelungen eingesetzt wird. Derzeit sind 20 bayerische Sparkassen, sechs saarländische Sparkassen, der Sparkassenverband Bayern und die Landesbank Saar Aktionäre der Gesellschaft. www.partnerkapital-ag.de □

Kommunaler Finanzausgleich 2013:

Kommunen profitieren von neuer Rekordhöhe

Die Kommunen im Freistaat profitieren von einem kommunalen Finanzausgleich in neuer Rekordhöhe. Finanzminister Markus Söder, Innenminister Joachim Herrmann und die vier kommunalen Spitzenverbände haben sich auf die neue Rekordsumme von 7,7 Milliarden Euro geeinigt. Die reinen Landesleistungen steigen dabei um 6,3 % oder 427 Millionen Euro auf 7,2 Milliarden Euro an. Klare Signale werden vor allem für Investitionen und strukturschwache Gemeinden gesetzt.

Im Einzelnen wurde beschlossen, dass sich der Anteil der Kommunen am Allgemeinen Steuerverbund von 12,5 % auf 12,75 % erhöht und die Schlüsselzuweisungen um 109 Millionen Euro steigen. Ein wichtiger Schritt in Richtung gerechtere Mittelverteilung wurde mit der Aufstockung der Bedarfszuweisungen und der Strukturhilfen für besonders finanzschwache Kommunen auf 100 Millionen Euro (bisher 75 Millionen Euro) vorgenommen.

Schlüsselzuweisungen

Der Eingangssatz der Einwohnergewichtung bei den Schlüsselzuweisungen wird für kleine Gemeinden bis 5.000 Einwohner von 108 % auf 112 % angehoben. Gleichzeitig entfällt künftig der Großstadtszuschlag ab 500.000 Einwohner. Diese Kürzung betrifft nur die Stadt München, die künftig weniger Schlüsselzuweisungen bekommt. Die freiwerdenden Mittel kommen vor allem den finanzschwächeren Kommunen zugute.

Um zu vermeiden, dass Kostensteigerungen auf Bezirksebene zu einer Erhöhung der Umlagen bei den unteren Ebenen führen und damit den finanziellen Handlungsspielraum der Kommunen einschränken, wird die staatliche Zuweisung an die Bezirke um 20 Millionen Euro auf 644 Millionen Euro erhöht.

Nach Kürzungen in den letzten Jahren wurden die Mittel für die Krankenhausfinanzierung wieder von 430 Millionen Euro auf 500 Millionen Euro angehoben. Die Zuweisungen für Schulen und Kindertagesstätten steigen um 30

Millionen Euro auf 376 Millionen Euro an, so dass die 2/3-Förderbeschränkung bei Kindertagesstätten künftig entfällt.

Die Mittel für Straßenbau und Unterhalt werden um 32 Millionen Euro auf 27 Millionen Euro erhöht. Diese kommen gleichermaßen allen Kommunen zugute. Die Gemeinden können sich zudem über nochmals erhöhte Investitionspauschalen freuen. Diese werden um 60 Millionen Euro auf 315 Millionen Euro heraufgesetzt.

Reaktion der KPV

In einer ersten Stellungnahme hat die Kommunalpolitische Vereinigung der CSU (KPV) die Ergebnisse der Verhandlungen zum FAG 2013 ausdrücklich begrüßt. Die Arbeitsgemeinschaft ist sehr zufrieden damit, dass viele ihrer Forderungen, die sie im Vorfeld des kommunalen Spitzengesprächs mit den Vertretern des Finanzministeriums und Innenministeriums erörtert hatte, im kommunalen Finanzausgleich 2013 umgesetzt wurden. Ziel der KPV-Forderungen war eine weitere finanzielle Entlastung der Kommunen und eine noch gerechtere Verteilung der Mittel, so dass insbesondere finanzschwächere Kommunen mehr Hilfe erhalten.

Staatsregierung als Partner

Der KPV-Landesvorsitzende, Landrat Stefan Rößle, sieht in den Ergebnissen die Bestätigung, dass sich partnerschaftliche Verhandlungen auszahlen und die Bayerische Staatsregierung „ein wichtiger Partner der Kommunen“ ist. Der Vorsitzende des Bayeri-

schen Städtetags, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, sprach von einem „akzeptablen Kompromiss“. Die neuerliche Erhöhung des Anteils der Kommunen am allgemeinen Steuerverbund sei ein großer Erfolg für die kommunale Familie. Die dieses und nächstes Jahr erfolgende Erhöhung bedeute eine dauerhafte Einnahme von 152 Millionen Euro jährlich, über die nicht mehr verhandelt werden müsse. Der Großteil dieser Mittel stärke über die Schlüsselzuweisungen die Verwaltungshaushalte der Kommunen. Maly: „Dieser Aufwuchs bei den Schlüsselzuweisungen hat für die Städte hohe Priorität, zumal wir die Bedrohungen im Blick behalten müssen, die den Kommunen durch Fiskalpakt und Schuldenbremse bevorstehen können.“

Strukturhilfeprogramm

Besonders wichtig ist aus Sicht des Bayerischen Städtetags ein Strukturhilfeprogramm für ärmere Gemeinden, wofür 100 Millionen Euro bereitgestellt werden. Außerdem würden wichtige Investitionsbereiche, wie etwa der Krankenhausbau, der Bau von Schulen und Kindergärten sowie der Straßenbau noch stärker gefördert.

Maly: „Der Städtetag trägt Veränderungen der Einwohnergewichtung zugunsten kleinerer Gemeinden solidarisch mit, obwohl dies möglicherweise Umverteilungseffekte zu Lasten der großen Städte mit sich bringt.“ Positiv wertet der Vorsitzende, dass der Freistaat Bayern sich im Rahmen der Verhandlungen über den Fiskalpakt für eine nachhaltige und dauerhafte Entlastung der

Neues Fachbuch:

Der kommunale Gesamtabschluss

Konsolidierung in der Doppik

Der kommunale Gesamtabschluss ist ein zentraler Reformbestandteil des öffentlichen Haushalts- und Rechnungswesens in Deutschland. Die Gemeinde wird ähnlich wie ein Konzern behandelt, bei dem durch Konsolidierung der einzelnen Abschlüsse der Kernverwaltung sowie der kommunalen Betriebe und Unternehmen eine Gesamtübersicht über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Kommune geschaffen wird.

Immer mehr Kommunen sind in Zukunft dazu verpflichtet, einen vollständigen Überblick über die finanzielle Lage ihrer Gebietskörperschaft im Rahmen eines Gesamtabschlusses aufzustellen, denn die Vielzahl der kommunalen Aktivitäten, die sich längst nicht mehr auf das Gemeindegebiet sowie die Ver- und Entsorgung beschränken und in unterschiedlichen Rechtsformen abgewickelt werden, schränken die Transparenz hinsichtlich der finanziellen Gesamtsituationen der Kommune sowie der finanziellen Verflechtungen der Gesellschaften ein.

Doppik behält die Oberhand

Das neue Haushaltsrecht fordert eine Umstellung von der Kameralistik auf die Doppik. Besteht in einigen Bundesländern bisher noch die Möglichkeit, weiterhin die kameralistische Verwaltungsbuchführung anzuwenden, so ist doch stark davon auszugehen, dass die doppische Rechnungslegung in Zukunft die Oberhand gewinnen wird.

Das Buch gibt einen wertvollen Überblick zum aktuellen Arbeits-

Kommunen im Bereich der Eingliederungshilfe einsetzt: „Im Erfolgsfall würden diese Mittel ungekürzt in den kommunalen Finanzausgleich einfließen.“

Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags, konstatierte: „Wir haben die Weichen in die Zukunft richtig gestellt. Zum einen gibt es mehr Geld für Bayerns Städte und Gemeinden. Zum anderen haben wir nachhaltige Änderungen am System des Finanzausgleichs durchgesetzt.“ Insgesamt sei es gelungen, das bereits erfreuliche Ergebnis des Jahres 2012 nochmals zu über-treffen.

Optimistischer Blick in die Zukunft

Wie Landkreistagspräsident Dr. Jakob Kreidl feststellte, können die Landkreise „mit Blick auf den kommunalen Finanzausgleich 2013, die positive Entwicklung der Steuereinnahmen und die Unterstützung des Freistaats auf Bundesebene positiv in die Zukunft sehen“. Und auch der Präsident des Verbandes der bayerischen Bezirke Manfred Hölzlein zeigte sich zufrieden, werden die Bezirke doch im Jahr 2013 vom Freistaat Bayern eine höhere Finanzzuweisung als je zuvor erhalten. Und dies, obwohl sie im kommenden Jahr landesweit mit einer deutlichen Umlagekraftsteigerung rechnen können.

Klares Signal

Wie Innenminister Joachim Herrmann feststellte, „stärken wir mit dem kommunalen Finanzausgleich vor allem strukturschwächere Gemeinden“. Die Aufstockung der Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen auf 100 Millionen Euro setze das klare Signal: „Der Freistaat ist verlässlicher Partner aller Kommunen.“ Besonders hervorzuheben sei auch, dass der Finanzausgleich starke Impulse für mehr Investitionen der Kommunen gebe. **DK**

Neue Hürden für den Kommunalkredit?

Die auf europäischer Ebene geplanten Reformvorhaben werden eine Reihe von Änderungen für das Kommunalkreditgeschäft mit sich bringen. Da sind als wichtigster Aspekt die neuen Empfehlungen des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (Basel III). Die Empfehlungen sollen zwar erst im Jahr 2018 in Kraft treten, allerdings werden die Banken frühzeitig ihr Handeln nach den Empfehlungen und Kennzahlen ausrichten.

Licht und Schatten

Positiv ist, dass sich das Risikogewicht von Direktausleihungen der Kreditinstitute an deutsche Kommunen auch nach Basel III an der Bonitätsbeurteilung des Bundes orientiert. Damit ist der Forderung nach einem Rating von Kommunen eine klare Absage zu erteilen.

Während eine bessere Ausstattung der Banken mit Eigenkapital vom Grundsatz her durchaus berechtigt erscheint, ist die Notwendigkeit der Einbeziehung aller Kreditinstitute kritisch zu hinterfragen. Bedenklich stimmt, dass Kommunalkredite trotz ihrer Null-Risikogewichtung in die Berechnung der sog. „Leverage Ratio“ mit einfließen.

Förderkreditprogramme

Damit stehen die Kommunalkredite in direkter Konkurrenz zu den margenträchtigeren Unternehmensfinanzierungen, weshalb einige Banken ihr Engagement aus dem Kommunalkundengeschäft zurückfahren dürften. Die Praxis zeigt schon jetzt, dass sich spürbar weniger Banken an kommunalen Kreditausschreibungen beteiligen. Dieser Trend dürfte in Zukunft zunehmen. Beruhigend wirkt dabei derzeit für Kommunen, dass Sparkassen, Genossenschaftsbanken sowie die Bayern-Labo mit ihren Förderkreditprogrammen dem Kommunalkreditgeschäft nach wie vor eine hohe Priorität einräumen.

Eine weitere Hürde für den Kommunalkredit bringt die Novellierung des EU-Vergaberechts. Die EU-Kommission plant, die Regeln zum öffentlichen Auftragswesen zu modernisieren und vereinfachen. Im Rahmen dieser Novellierung soll der bisherige Ausnahmetatbestand in Art. 16d der Vergaberichtlinie wegfallen, wonach „Geschäfte, die der Geld- und Kapitalmarktbeschaffung der öffentlichen Auftraggeber dienen“ von der Anwendung des EU-Vergaberechts ausgenommen sind. Damit würden künftig auch die Kreditaufnahmen der Kommunen unter den Anwendungsbereich der Vergaberichtlinie fallen. Diese geplante Änderung ist abzulehnen, weil sie für Kommunen erhebliche Nachteile bedeuten würde.

Zusätzlicher Kostenfaktor

Die Vergaberechtsreform will eine Vereinfachung, Flexibilisierung sowie eine Steigerung der Effizienz der öffentlichen Ausgaben verfolgen. Ein Wegfallen des Ausnahmetatbestands für öffentliche Auftraggeber läuft diesem entgegen. Die kommunale Kreditaufnahmepaxis würde nicht nur komplexer, die Finanzierungskosten würden sich erhöhen. In der Verwaltungspraxis hat sich ein freihändiges Vergabe- oder Auktionsverfahren etabliert, das gegenüber dem europarechtlichen Vergabeverfahren flexibler und effizienter ist.

Im Falle eines längeren Vorlaufs müssten die bietenden Kreditinstitute zwangsläufig Aufschläge für Zinsänderungsrisiken einkalkulieren, die zwischen der Angebotsabgabe und der Vergabe eintreten können. Auf Seiten der Kreditgeber bildet sich ein zusätzlicher Kostenfaktor daraus, dass die eigenen Refinanzierungskosten durch die längere Verfahrensdauer steigen.

Argumentation der EU-Kommission

Wenig überzeugend ist die Argumentation der EU-Kommission für das Entfallen des Ausnahmetatbestandes für öffentliche Auftraggeber: Mit der Änderung soll vermieden werden, dass „in Zeiten der Krise leichtfertig kommunale Kredite aufgenommen werden“. Dagegen ist einzuwenden, dass Kommunen in Deutschland Kreditaufnahmen nur mit einer rechtsaufsichtlich genehmigten Kreditermächtigung tätigen dürfen. Eine Kreditermächtigung steht wiederum in Abhängigkeit von der finanziellen Leistungsfähigkeit der einzelnen Kommune und wird von der Kommunalaufsicht genau geprüft. Die Haushaltsvorschriften der einzelnen Länder stehen einer leichtfertigen Kreditaufnahme entgegen.

Trotzdem darf nicht verkantet werden, dass viele Kommunen unter einer enormen Schuldenlast leiden, insbesondere bei den Kassenkrediten liegt das Volumen in manchen Städten und Gemeinden höher als die Investitionskredite. Hier ist eine langfristige Konsolidierungsstrategie der Kommunen gekoppelt mit einem Konsolidierungsbeitrag durch die Länder erforderlich. **IBdSt**

Neue „Raiffeisenstiftung im Allgäuer Land“:

Breit gefächerte Ziele

Die Raiffeisenbank im Allgäuer Land eG hat die „Raiffeisenstiftung im Allgäuer Land“ mit Sitz in Altusried ins Leben gerufen. Nutznießer dieser neuen Einrichtung sind künftig Bewohner im gesamten Geschäftsgebiet der Bank. Dieser Bereich umfasst das Gebiet der Gemeinden Altusried, Dietmannsried, Obergünzburg, Bad Grönenbach, Durach, Sulzberg, Oberstaufen, Lauben-Heising, Ronsberg, Günzach, Untrasried, Buchenberg, Wolfertschwenden, Lachen und Oy-Mittelberg/Petersthal.

Eine Million Euro hat die Bank an Kapital für ihre im vergangenen Jahr gegründete „Raiffeisenstiftung im Allgäuer Land“ zusammengetragen. Der Zweck der neuen Einrichtung ist breit gefächert. Im Vordergrund steht die finanzielle Unterstützung von Maßnahmen und Projekten in den Bereichen Bildung und Kunst, Soziales und Gesundheit, öffentliche Sicherheit sowie Umwelt und Naturschutz. Zuwendungen an Verbände und Organisationen, die sich im Sinne des Stiftungszwecks engagieren, sowie die Vergabe von Stipendien, Preisen oder Beihilfen für beispielgebende Leistungen sind ebenfalls angedacht.

Lohnenswerte Einrichtung

„Der Zweck der Stiftung ist breitgefächert – und das ist gut so“, betonte Schwabens Regierungspräsident Karl Michael Scheufele bei der Übergabe der Anerkennungsurkunde. Bei den Aufgaben, die in den kommenden Jahrzehnten anstünden, sei eine solche Einrichtung rundum lohnenswert.

„Wir sehen in ihr ein Geschenk an die Menschen, die im jetzigen Geschäftsgebiet unserer Bank leben“, hob Horst Klüpfel, Aufsichtsratsvorsitzender des Geldinstituts und Vorstandsmitglied der neuen Stiftung hervor. Die Idee habe er gemeinsam mit Vorstandsvorsitzendem Herbert Hackspacher Ende 2010 entwickelt. Ziel sei es gewesen, die Prodel Alpe bei Steibis und die landwirtschaftlichen Grundstücke, die sich im Besitz der Bank befinden, in die Stiftung einzubringen, um deren Werte zu erhalten. Im Mai vergangenen Jahres hatte die Vertreterversammlung der Gründung schließlich grünes Licht gegeben. **DK**

der Konsolidierung praktisch nachvollzogen werden. Aspekte der Planung, der Grundsätze und der Durchführung der Prüfung des Gesamtabschlusses werden abschließend diskutiert und systematisiert. Ergänzend werden die praktische Anwendung und die Anforderungen der notwendigen Softwaresysteme beispielhaft gezeigt.

Das Buch bietet damit eine einmalige praktische und sichere Hilfe zur Aufstellung des kommunalen Gesamtabschlusses für kommunale Finanz- und Konsolidierungsverantwortliche, Kämmerer, Finanzbuchhalter der Gemeinden und kommunale Beteiligungsunternehmen sowie für kommunale Rechnungsprüfer. **Lehmitz, Christoph / Kamp, Christian: „Der kommunale Gesamtabschluss - Konsolidierung in der Doppik“, 49,90 Euro 2012, 292 Seiten, Hardcover ISBN-13: 978-3-527-50637-8 - Wiley-VCH, Weinheim. □**

Europäische Bankenunion:

GVB-Präsident Götzl warnt vor unausgegorenen Plänen

Für Stephan Götzl, den Präsidenten der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken, überwiegen bei der europäischen Bankenunion die Risiken deutlich die Chancen. Deshalb warnte er ausdrücklich: „Eine europäische Bankenunion wird den Euro nicht retten, aber dazu führen, dass solide deutsche Regionalbanken zum Zahlmeister für notleidende Banken in Europa werden.“ Bevor jetzt eine Vision politisch verfestigt wird, sei eine fundierte Diskussion über Ziele, Betroffene und mögliche Auswirkungen von Maßnahmen notwendig.

Angesichts der bisherigen Diskussionen fürchtet Götzl, dass die etablierten und funktionierenden Einlagensicherungssysteme in Deutschland Begehrlichkeiten in Europa wecken.

Sichere Einlagen

Götzl: „Ich kann verstehen, dass mancher neidisch auf unser

genossenschaftliches Einlagensicherungssystem schaut. Schließlich garantiert es dem Sparer die Sicherheit seiner Einlagen und sorgt dafür, dass keine Volksbank und Raiffeisenbank in die Pleite schlittern kann.“ Aber wenn das genossenschaftliche Einlagensicherungssystem künftig europaweit für Banken in Schieflage mithaften müsse,

dann werde es überfordert. „Unser System ist darauf ausgerichtet, das Geld der Kunden deutscher Kreditgenossenschaften zu sichern, dabei muss es bleiben“, so Götzl. Abzulehnen sei deshalb ein Haftungssystem zur Einlagensicherung, von dem europaweit alle Banken profitieren sollen. Denn damit werden Mittel, die der Einlagensicherung von genossenschaftlichen Bankkunden in Deutschland dienen, zweckentfremdet. „Mir ist wichtig, dass die Sparer auch künftig Vertrauen in unsere Einlagensicherung haben können“, erklärt Götzl.

Notwendige Differenzierung

Aus Sicht der Volksbanken und Raiffeisenbanken mache es zudem keinen Sinn, sich einer zentralen europäischen Banken-

aufsicht zu unterstellen. Auch das sehen die Überlegungen zur Bankenunion vor. Hier sei eine Differenzierung zwischen systemrelevanten Banken und regional tätigen Instituten notwendig. Götzl: „Dass grenzüberschreitende Banken auch zentral in Europa überwacht werden, ist vernünftig. Für eine Regionalbank ist das aber nicht zielführend.“

Praktische Konsequenzen

Zudem müsse man sich auch die praktischen Konsequenzen einer zentralisierten europäischen Bankenaufsicht vor Augen halten. Die Kontrolle tausender kleiner Banken würde eine europäische Bankenaufsicht lahmlegen und den Blick auf die wirklichen Risiken in der Finanzbranche verstellen.

Der Genossenschaftsverband Bayern (GVB) vereint unter seinem Dach 1.200 genossenschaftliche Unternehmen mit etwa 2,7 Millionen Mitgliedern. Dazu zählen 296 bayerische Volksbanken und Raiffeisenbanken sowie 904 ländliche und gewerbliche Genossenschaften. □

LfA Förderbank Bayern:

Wechsel im Vorstand

Auf Gerd Rometsch folgt Dr. Thies Claussen

Das wichtigste Förderinstrument für den Mittelstand und seine Arbeitsplätze in Bayern ist die LfA Förderbank Bayern an der Schnittstelle zwischen Unternehmen und Banken. „Herzlichen Dank für Ihren Anteil an dem Erfolg der LfA“, äußerten Wirtschaftsminister Martin Zeil und Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer bei der Verabschiedung von Gerd Rometsch als stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden der LfA Förderbank Bayern in München.

Das scheidende Vorstandsmitglied Rometsch, 1947 in Augsburg geboren, begann nach dem Studium der Rechtswissenschaften 1976 seine Berufslaufbahn im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen. Nach verschiedenen Tätigkeiten, unter anderem in der Bayerischen Staatskanzlei, wurde er im August 1996 zum Leiter der Wirtschaftsabteilung im Staatsministerium der Finanzen bestellt. Von Dezember 2002 bis Ende Mai 2004 war er Generalbevollmächtigter, seit Juni 2004 Mitglied des Vorstandes und seit Januar 2007 stellvertretender Vorstandsvorsitzender der LfA Förderbank Bayern.

Claussen zum neuen stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden der LfA Förderbank Bayern bestellt. „Dr. Thies Claussen hat sich in unterschiedlichen Funktionen um die Wirtschaft in Bayern verdient gemacht. Ich



Dr. Thies Claussen. □

Stabiles Top-Rating

Vorstand und Mitarbeiter hätten durch umsichtige Geschäftspolitik die LfA auch in turbulenten Zeiten stabil gehalten und das Renommee des Freistaates verteidigt, lobte Pschierer. Die LfA gelte als seriöse, stabile und zuverlässige Adresse. Dank der Gewährträgerhaftung des Freistaates verfüge die Förderbank über ein stabiles Top-Rating, das die Refinanzierung wesentlich erleichtere. Durch ihr erfolgreiches Wirken könnten dem Mittelstand in Bayern vielfältige Förderprogramme angeboten werden. Das Förderinstitut habe sich zu einem modernen und kundenorientierten Dienstleister für den Mittelstand und seine Hausbanken entwickelt.

Profunde Fachkenntnisse

Zeil dankte Rometsch für seine erfolgreiche langjährige Vorstandstätigkeit und seine profunden Fachkenntnisse, die er stets in den Dienst des bayerischen Mittelstandes gestellt habe. Zeil: „Herr Rometsch ist einer der Garanten für den Erfolg und die Stabilität der LfA Förderbank Bayern.“ Zum 1. Juli hat die Bayerische Staatsregierung Dr. Thies

bin fest überzeugt, dass seine vielfältigen Fähigkeiten und Erfahrungen der LfA Förderbank Bayern zu Gute kommen werden. Davon wird besonders der Mittelstand in Bayern profitieren“, gratulierten Martin Zeil und Franz Josef Pschierer.

Zuständigkeitsbereiche

Thies Claussen wird für die Abteilungen Produktgestaltung und Marketing, Förderkredite, Individualkredite (Konsortialfinanzierungen, Restrukturierungen), Finanzmärkte sowie die Stabsstelle Beratung und die Repräsentanz Nordbayern zuständig sein. Somit besteht der Vorstand der staatlichen Spezialbank zur Wirtschaftsförderung aus Dr. Otto Beierl (Vorsitzender), Dr. Thies Claussen (Stellvertreter) und Albrecht Stolle.

Seit Oktober im Vorstand

Der in Hannover geborene promovierte Betriebswirt Claussen trat 2010 als Generalbevollmächtigter in die LfA ein und übernahm seit Oktober 2011 Verantwortung im Vorstand. Zuvor war er im Bayerischen Wirtschaftsministerium, bei der Wacker Chemie GmbH, im Bayerischen Landtag sowie bei der Flughafen München GmbH in verschiedenen Positionen tätig. Zuletzt stand er im Wirtschaftsministerium als Ministerialdirigent an der Spitze der Abteilung Außenwirtschaft und Standortmarketing.

Kernkompetenz

Die LfA Förderbank Bayern ist die staatliche Spezialbank zur Förderung des Mittelstands im Freistaat. Ihre Kernkompetenz liegt in der Unternehmensfinanzierung mit den Geschäftsfeldern Gründung, Wachstum, Innovation, Umweltschutz und Stabilisierung. Zielgruppe sind mittelständische Unternehmen und Gründer in Bayern.

Zudem unterstützt die LfA auch kommunale Infrastrukturvorhaben. Die Förderkredite werden grundsätzlich bei den Hausbanken der Unternehmen beantragt und über diese ausgereicht. □

Konzern Versicherungskammer Bayern:

Stabilisierte Marktposition

München. Der Konzern Versicherungskammer Bayern (VKB) blickt auf ein stabiles Geschäftsjahr 2011 zurück. „Wir sind zufrieden mit dem erzielten Ergebnis. Der Konzern hat seine Stabilität in der Staatsschuldenkrise und vor dem Hintergrund unruhiger Finanzmärkte bewahrt“, sagte der zu diesem Zeitpunkt noch amtierende Vorstandsvorsitzende Friedrich Schubring-Giese auf der Bilanz-Presskonferenz. Dazu beigetragen haben die gute vertriebliche Positionierung, ein ausgewogenes Beitrags- und Produktportfolio sowie die guten und mehrfach ausgezeichneten Beratungsleistungen.

Der Konzern VKB erzielte bei den gebuchten Bruttobeiträgen im selbst abgeschlossenen Geschäft, ohne Berücksichtigung der Einmalbeiträge, ein Wachstum von 2,3 Prozent. Inklusive des Einmalbeitragsgeschäfts verzeichnete er einen geplanten Rückgang um 7,0 Prozent auf 6,58 (7,07) Mrd. Euro. Im Schnitt der vergangenen sechs Jahre lag das Wachstum bei 3,4 Prozent p.a. und damit weit über dem Markt (2,0 Prozent).

In der Lebensversicherung normalisierte sich das Einmalbeitragsgeschäft. Die gebuchten Bruttobeiträge im selbst abgeschlossenen Geschäft beliefen sich auf 2,48 (3,11) Mrd. Euro. Die Krankenversicherung erzielte ein Plus von 3,9 Prozent auf 2,13 (2,05) Mrd. Euro, die Schaden- und Unfallversicherung von 2,8 Prozent auf 1,97 (1,92) Mrd. Euro.

Der Kapitalanlagenbestand wuchs um 3,6 Prozent auf 38,58 (37,22) Mrd. Euro. Das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen lag mit 1,50 (1,55) Mrd. Euro etwa auf Vorjahresniveau. Bezogen auf den Gesamtbestand belief sich die Nettoverzinsung auf 3,9 Prozent. Das Konzernergebnis vor Steuern erhöhte sich um 24,9 Prozent auf 213,2 (170,7) Mio. Euro. Der Konzernjahresüberschuss lag bei 91,4 (133,4) Mio. Euro.

In der Lebensversicherung erhöhte sich die Verwaltungskostenquote leicht auf 1,9 (1,6) Prozent. In der Krankenversicherung sank die Verwaltungskostenquote auf 2,1 (2,2) Prozent. In der Schaden- und Unfallversicherung lag im selbst abgeschlossenen Geschäft die Betriebskostenquote bei 24,0 (23,6) Prozent, die Schadenquote reduzierte sich auf 72,9 (74,7) Prozent und die kombinierte Schaden-Kosten-Quote auf 96,9 (98,4) Prozent.

Stabile Kapitalsituation

Die Kapitalsituation ist aufgrund der Langfristigkeit der Anlagen sehr stabil. Die Unternehmen des Konzerns VKB haben lediglich 0,2 Prozent, das sind rund 100 Mio. Euro, der gesamten Kapitalanlagen in PIIGS-Staaten investiert. Die Bewer-

tungsreserven sind gestiegen. Über alle Einzelunternehmen erhöhte sich die Gesamtreserve (in Prozent des Kapitalanlagenbestands) auf 11,9 (9,0) Prozent.

Die laufenden Beiträge reduzierten sich leicht um 0,5 Prozent, die Einmalbeiträge um 38,3 Prozent. Die Anzahl der Verträge erhöhte sich um 1,4 Prozent auf 2,2 (2,1) Mio. Stück. Das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen stieg auf 970,0 (940,1) Mio. Euro; das entspricht einer Nettoverzinsung von 4,3 (4,3) Prozent.

Kranken- und Pflegeversicherung

Die Anzahl der versicherten Personen in der Kranken- und Pflegeversicherung stieg um 34.000 auf 2,8 Mio. Personen an. Ein kräftiges Wachstum verzeichnete mit einem Plus von 12,2 Prozent die Pflegezusatzversicherung. Die Brutto-Aufwendungen für Versicherungsleistungen (ohne Deckungsrückstellung) lagen mit 1,38 (1,38) Mrd. Euro auf Vorjahresniveau. Das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen lag bei 381,7 (380,6) Mio. Euro; das entspricht einer Nettoverzinsung von 4,0 (4,3) Prozent.

Schaden- und Unfallversicherung

Das Wachstum in der Schaden- und Unfallversicherung resultierte im Wesentlichen aus der guten Geschäftsentwicklung in der Haftpflicht- und Kraftfahrtversicherung. Stark nachgefragt war die Absicherung von Photovoltaikanlagen. Von den derzeit über 81.000 versicherten Anlagen wurden allein seit 2009 rund 50.000 gezeichnet.

Insgesamt lag in der Schaden- und Unfallversicherung die Anzahl der Verträge mit 10,8 Mio. Stück leicht über dem Vorjahreswert. Die Brutto-Schadenquote reduzierte sich auf 72,9 (74,4) Prozent, der Aufwand für Versicherungsfälle lag mit 1,52 Mrd. Euro auf Vorjahreswert. Der Erfolgskurs des Direktversicherers BavariaDirekt hielt

Stabwechsel im VKB-Vorstand



Friedrich Schubring-Giese (links), langjähriger Vorstandsvorsitzender der Versicherungskammer Bayern (VKB), wurde in den Ruhestand verabschiedet. Seine Nachfolge trat Anfang Juli Frank Walthes an, der nunmehr zuständig ist für Controlling, Öffentlichkeitsarbeit, Personal, Revision und Rückversicherung. Stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der VKB ist Helmut Späth. Als weitere Vorstandsmitglieder fungieren Dr. Harald Benzinger, Rainer Fühaupter, Dr. Robert Heene, Dr. Franz Kühnel, Barbara Schick und Dr. Stephan Spieleder. □

weiter an. Über diese Marke wurden bereits 95.000 Kfz-Versicherungen verkauft. Seit Ende 2011 werden über diesen Vertriebsweg auch Wohngebäude- und Hausratversicherungen angeboten.

Ausblick

Für den Konzern VKB wird im Geschäftsjahr 2012 ein leichter Anstieg der Beitragseinnahmen erwartet. Die Lebensversicherung wird trotz der Niedrigzinsphase einen unverändert hohen Stellenwert für die private Altersvorsorge behalten. Schubring-Giese forderte bei der Beteiligung der Versicherungsnehmer an den Bewertungsreserven eine „sinnvolle Begrenzung“.

Mit Blick auf die bislang von der Bundesregierung geplante steuerliche Förderung der freiwilligen privaten Vorsorge für den Pflegefall mahnte der Vorstandsvorsitzende, dass die kapitalgedeckte private Vorsorge noch ausgebaut werden muss. Eine weitere politische Aufgabe ist die Herbeiführung einer sinnvollen Regelung für die Einnahmeausfälle durch Nichtzahler. Die Beitragsausstände sowie die Wertberichtigungen dürften nicht weiter ansteigen.

Neue Potenziale

In der Schaden- und Unfallversicherung gilt es, in einem nahezu gesättigten Markt neue Potenziale zu erschließen. Hierzu zählen die Absicherung von

Photovoltaikanlagen sowie die weitere Erhöhung der Versicherungsdichte im Bereich der Elementargefahren. In der Kfz-Versicherung ist die Wende eingeläutet, wenngleich hier noch zusätzliche Maßnahmen zur weiteren Verbesserung des Ertrags und zur Senkung der Combined Ratio realisiert werden. □

MünchenerHyp:

Jumbo-Hypotheken-Pfandbrief sehr gefragt

Die Münchener Hypothekenbank eG hat mit der erfolgreichen Emission eines 10-jährigen Jumbo-Hypothekendpfandbriefs (MHB06J, ISIN Code DE000MHB06J1) an den Covered-Bond-Märkten für Aufsehen gesorgt. Mit 77 Orders aus 17 Ländern stieß die Emission auf eine große Nachfrage – insbesondere aus dem Ausland. Der Anteil aus Deutschland lag unter 50 Prozent.

Marktteilnehmer sprachen in diesem volatilen Marktumfeld von einer sehr gelungenen Emission. Das Orderbuch war schnell gefüllt und wurde bei über 1,4 Mrd. Euro geschlossen. Die Laufzeit ist bis 03.06.2022, bei einem Kupon von 1,75 Prozent. Der Jumbo-Hypothekendpfandbrief wurde zu einem Preis von zehn Basispunkten über Swap-Mitte begeben.

Begleiter der Transaktion

Deutsche Bank, DZ BANK, Goldman Sachs, Nomura, UniCredit und WGZ BANK begleiteten die Transaktion. Moody's bewertet Hypothekendpfandbriefe der MünchenerHyp mit der Höchstnote Aaa.

„Wir bedanken uns bei unseren Investoren, die diesen Erfolg möglich gemacht haben. Unsere transparente und langfristig orientierte Zusammenarbeit mit unseren Investoren hat wesentlich zu dieser erfolgreichen Emission beigetragen“, sagte Rafael Scholz, Leiter Treasury der MünchenerHyp. □

bifa-Studie zur Abfallwirtschaft im Jahr 2030:

Abfall als lästiges Übel?

Eine Szenarioanalyse nicht nur für Bayern

In einer neuen Studie des bifa Umweltinstituts Augsburg werden mögliche Entwicklungen der regionalen, nationalen und internationalen Rahmenbedingungen für die bayerische Abfallwirtschaft im Jahr 2030 dargestellt sowie deren Auswirkungen auf die Abfallwirtschaftsstrukturen und auf die Ökoeffizienz erörtert. Das Projekt wurde im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit durchgeführt. Die Ergebnisse bieten auch anderen Behörden, Unternehmen und Verbänden in Deutschland eine Basis für die eigene Positionierung und Strategieentwicklung.

Unter Einbindung von 60 Experten wurden zunächst 24 Schlüsselfaktoren und deren mögliche Ausprägungen im Jahr 2030 definiert. Ökonomische und politisch-rechtliche Faktoren wurden dabei ebenso berücksichtigt wie stofflich-ökologische, gesellschaftliche und technische. Mit Hilfe von Interviews, Workshops und Softwareunterstützung wurden anschließend vier in sich schlüssige Szenarien entwickelt: Szenario 1: Policy first – Politik als Motor nachhaltigen Wirtschaftens; Szenario 2: Markets first – Der Markt macht erfinderisch; Szenario 3: Localisation – Das EU-Recht wird regionalisiert; Szenario 4: Sustainability last – Tagespolitik statt Strategie. Für die wichtigsten Siedlungsabfallströme wurde schließlich abgeschätzt, wie sich Mengen, Zusammensetzung und Verbleib in diesen Szenarien entwickeln würden und welche Auswirkungen dies auf die Ökoeffizienz der bayerischen Siedlungsabfallwirtschaft hätte.

Szenario 1: Politik als Motor nachhaltigen Wirtschaftens.

Im Jahr 2030 geht es der Gesellschaft gut. Durch die weltweit boomende Wirtschaft haben aber Umweltschäden und die Folgen des Klimawandels zugenommen. Der Handlungsdruck zugunsten einer umweltverträglichen Wirtschaftsweise steigt. Die Politik richtet ihre Strategien vor allem am Prinzip der Nachhaltigkeit aus: Dazu zählen marktliche und ordnungsrechtliche Instrumente wie der Handel mit CO₂-Emissionszertifikaten oder die Vereinfachung der Rechtssetzung bei gleichzeitig verschärften Kontrollen. Zugleich ist in Europa ein harmonisierter Rechtsraum entstanden. Demzufolge haben regionale Politiken wie die bayerische Abfallgesetzgebung nur noch geringe Spielräume.

Rohstoffland Deutschland

Das nachhaltige Denken in der Politik hat auch die produzierende und die Abfallwirtschaft beflügelt: Umwelt- und Ressourcenschutz zählen dort zu den wichtigsten Innovationszielen. Deutschland wird durch neue Recyclingtechnologien zu einem „Rohstoffland“. Dabei gibt es Wettbewerb um Lösungen und Marktpositionen; auf dem abfallwirtschaftlichen Sektor konkurrieren viele Akteure: Großunternehmen konzentrieren sich auf standardisierbare Lösungen; KMU und Kommunen übernehmen regionale Aufgaben, besetzen Nischen oder erbringen kundenspezifische Sonderlösungen im Auftrag produzierender Unternehmen.

Hoher Stoffverbrauch

Insgesamt hat die Abfallwirtschaft auf den steigenden Materialbedarf durch den Aufbau neuer Nutzungskaskaden und differenzierter Erfassungs- und Sortiersysteme oder den Rückgang der kommunalen MVA reagiert, der Stoffverbrauch lässt sich jedoch kaum bremsen. Zudem sind diese abfallwirtschaftlichen Aktivitäten zwar von großem ökologischem Nutzen,

allerdings recht teuer. Problematisch ist auch, dass die Verwertungs- und Beseitigungsverfahren weitgehend unabhängig voneinander und ohne gezielte Abstimmung betrieben werden.

Versorgungsengpässe

Durch den steigenden Stoffverbrauch klettern die Rohstoffpreise immer höher, preisbedingte Versorgungsengpässe werden zu einem Problem – trotz des immer wichtiger werdenden Innovationsziels „Umwelt- und Ressourcenschutz“. Zwei zentrale Einflüsse treiben die Abfallwirtschaft: Steigende Rohstoffpreise bieten eine wirtschaftliche Motivation zum Recycling und die Vorgaben der Umweltpolitik setzen anspruchsvolle Ziele. Die politische Steuerung setzt auf eine Steigerung der stofflich verwerteten Abfallmengen und auf die Minderung von Umweltbelastungen durch Emissionsgrenzwerte und vorgeschriebene Mindest-Anlagenstandards. Auch die aktive Mitwirkung der Bürger trägt wesentlich zu einer umfassenden stofflichen Nutzung der Abfälle bei.

Holsystem

Leichtverpackungen und stoffgleiche Nichtverpackungen werden gemeinsam und überwiegend im Holsystem erfasst. Hohe Rohstoffpreise, sehr gute Abfalltrennung und leistungsfähige automatische Sortiertechnik führen dazu, dass mehr als die Hälfte der getrennt erfassten Kunststoffabfälle werkstofflich verwertet werden.

Bioabfälle werden im Holsystem flächendeckend getrennt erfasst und zu etwa 70 % in Vergärungsanlagen mit Nachkompostierung verwertet. Grüngut wird flächendeckend im Bringsystem erfasst. Für Kompostierungs- und Vergärungsanlagen sind hohe technische Standards und strenge Emissionsgrenzwerte vorgeschrieben. PPK wird flächendeckend und weit überwiegend im Holsystem getrennt erfasst.

Das Gesamt-Abfallaufkommen ist in den vergangenen 20 Jahren infolge des über lange Zeit erheblichen Wirtschaftswachstums um etwa 20 % gestiegen, die Restmüllmenge hat trotzdem um etwa 10 % abgenommen. Die spezifischen Kosten für die Entsorgung der wichtigsten Siedlungsabfallfraktionen sind in den vergangenen 20 Jahren inflationsbereinigt um fast 30 % gestiegen.

Szenario 2: Der Markt macht erfinderisch.

Im Jahr 2030 hat es die zukunftsorientierte Wirtschaft in Deutschland wieder ganz nach vorne geschafft: Die Marktteilnehmer entwickelten eine Reihe innovativer Lösungen für die immer knapper werdenden Rohstoffe, in deren Folge die extremen Preisschwankungen jetzt abgefangen werden konnten. Materialeffizienz und Abfallvermeidung haben sich in produzierenden Unternehmen jetzt überall durchgesetzt. Inzwischen gibt es statt komplexer, kaum durchschaubarer Erfassungs- und Sortiersysteme nun einfache

effektive Lösungen mit hohen Erfassungsgraden und Sortierqualitäten. Ebenso sind die Verwertungs- und Beseitigungsverfahren nicht nur besser aufeinander abgestimmt, sie reagieren jetzt auch flexibel auf Änderungen des Abfallaufkommens und der Sekundärrohstoffmärkte. Dies nützt der Umwelt und sorgt für Profit. Es hat sich eine Ressourcenwirtschaft mit marktwirtschaftlichen Verwertungsanlagen herausgebildet. Kommunale Beseitigungsanlagen wurden reduziert und stattdessen privatwirtschaftliche EBS-Anlagen etabliert.

Szenario 3: Das EU-Recht wird regionalisiert.

Das EU-Recht erfährt eine Regionalisierung und starke ordnungsrechtliche Ausprägung. Internationale Großunternehmen forcieren die Ressourcenwirtschaft, liefern sich im Abfallmarkt aber einen Preiskampf. Zur Gewährleistung der Daseinsvorsorge kommt es zu einer stärkeren Re-Kommunalisierung der Abfallwirtschaft. Bei moderater Konjunktur in Deutschland und der Welt sind die Folgen des Klimawandels und anderer Umweltprobleme dramatisch.

Szenario 4: Tagespolitik statt Strategie.

Umwelt ist kein Thema; die Folgen des Klimawandels sind in Deutschland kaum wahrzunehmen; Klimafolgen üben keinen Druck auf eine möglichst effiziente Nutzung von Energieträgern und anderen kritischen Rohstoffen aus. Es kommt sogar zu einem wachsenden Stoffverbrauch. Die Innovationstätigkeit der produzierenden Wirtschaft zielt kaum auf Umwelt- und Ressourcenschutz. Auch in der Abfallwirtschaft orientieren sich Innovationen nur wenig an Umwelt- und Ressourcenfragen.

Liberalisierte Märkte

Die Abfallwirtschaft folgt dem freien Spiel von Angebot und Nachfrage, die Märkte sind liberalisiert, ordnungsrechtliche Instrumente spielen keine Rolle. Die EU hat keinen Einfluss. Jeder Mitgliedsstaat verfolgt seine Strategien. Der Vollzug abfallwirtschaftlicher Regeln ist „mi-

nimalistisch“ und wesentliche Problembereiche bleiben ungespart.

Ineffizientes System

Das System ist insgesamt ineffizient: Es verursacht hohe Kosten, ohne dass damit ein erheblicher ökologischer Nutzen verbunden wäre. Wenige große Anbieter mit vielen abhängigen KMU beherrschen den Markt. Kommunen übernehmen nur

noch einige Kernaufgaben. Die vielfältigen örtlichen Erfassungs- und Sortiersysteme sind schlecht aufeinander abgestimmt. Recyclingmaßnahmen und andere Aktivitäten zur Steigerung der Materialeffizienz wurden inzwischen sogar zurückgefahren.

Überkapazitäten

Auf dem Verbrennungsmarkt stagnieren die MVA-Kapazitäten

Bayerische Immissionschutztage in Augsburg:

Anlagensicherheit und Luftreinhaltung

Das Kompetenzzentrum Umwelt KUMAS veranstaltete gemeinsam mit dem Bayerischen Landesamt für Umwelt in Augsburg und Andrea Versteyl Rechtsanwältin den zweitägigen Fachkongress „Bayerische Immissionschutztage“. Die im Jahr 2009 erfolgreich gestartete Veranstaltungsreihe hat inzwischen einen festen Platz im Kalender von Genehmigungsbehörden, Kommunen, Industrieunternehmen, Planungs- und Gutachterbüros, Rechtsabteilungen sowie Fachanwälten für Verwaltungsrecht.

Die Immissionschutztage laden jährlich zum Austausch über neue Entwicklungen im rechtlichen Bereich sowie zur Diskussion aktueller Probleme des Vollzuges. Schwerpunkte bildeten diesmal die Umsetzung der Industrieemissionsrichtlinie, Anlagensicherheit, Luftreinhaltung, Energie und Klimaschutz sowie Öffentlichkeitsbeteiligung und Kommunikation.

Energie und Klimaschutz

Am ersten Tag der Veranstaltung standen Themen zu Energie und Klimaschutz (Ersatzbrennstoffe und Mitverbrennungsanlagen) im Mittelpunkt. Die neu gegründete Bayerische Energieagentur im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie präsentierte das Bayerische Energiekonzept „Energie innovativ“, das unter anderem folgende Maßnahmen vorsieht:

- Nutzung der Ausbaupotenziale bei den Erneuerbaren Energien in Bayern, unter anderem in der Wasserkraft und bei der Windenergie
- Bau neuer Gaskraftwerke als Ersatz für wegfallende Kernkraftwerke, um eine gesicherte, jederzeit verfügbare Leistung bereitstellen zu können
- Bau neuer Pumpspeicherkraftwerke und Aufbau einer

leistungsfähigen Speicherforschung in Bayern

- Ausbau der Kraft-Wärme-Koppelung in Bayern
- Beschleunigung der energetischen Sanierung öffentlicher Gebäude
- Zügige Planungs- und Genehmigungsverfahren, wirksame Investitionsanreize und mehr öffentliche Akzeptanz beim notwendigen Netzausbau
- Stärkung der Bedeutung der erneuerbaren Energien in der Landesplanung.

Der Umsetzungsstand des Konzepts wird alle zwei Jahre von der Energieagentur geprüft.

Kraft-Wärme-Kopplung

In diesen Zusammenhang fügte sich auch der Vortrag „Hoch-effiziente und dezentrale motorische Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) - Lösungen zur Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit“ von Carsten Dommermuth MAN Diesel & Turbo SE, Augsburg, ein.

Die Einführung einer frühen Öffentlichkeitsbeteiligung durch den Gesetzgeber und das Kommunikationsmanagement zwischen Produktionsstandort und Nachbarschaft war Gegenstand weiterer Vorträge und einer Podiumsdiskussion am Nachmittag des ersten Tages mit Prof. Dr. Andrea Versteyl (Rechtsanwältin, Berlin), Dr. Hermann Teufel (Be-

ten seit längerem. EBS-Kapazitäten wurden erheblich ausgebaut. Die Anlagenbetreiber versuchen, sich gegenseitig die Butter vom Brot zu nehmen, weil Überkapazitäten bestehen. Und so stehen wir 2030 vor einer Situation, in der auch technologisch keine Innovationen mehr zustande kommen. Abfall wird von den übrigen sozialen und wirtschaftlichen Problemen überlagert, er wird zum lästigen, aber kaum beachteten Übel. **DK**

ratungsgesellschaft mbH, Gersthofen), Godehard Mayer (InfraServ GmbH & Co. Gendorf KG, Burgkirchen) und Gerold Wittek (Abfallwirtschaftsbetrieb Stadt Nürnberg).

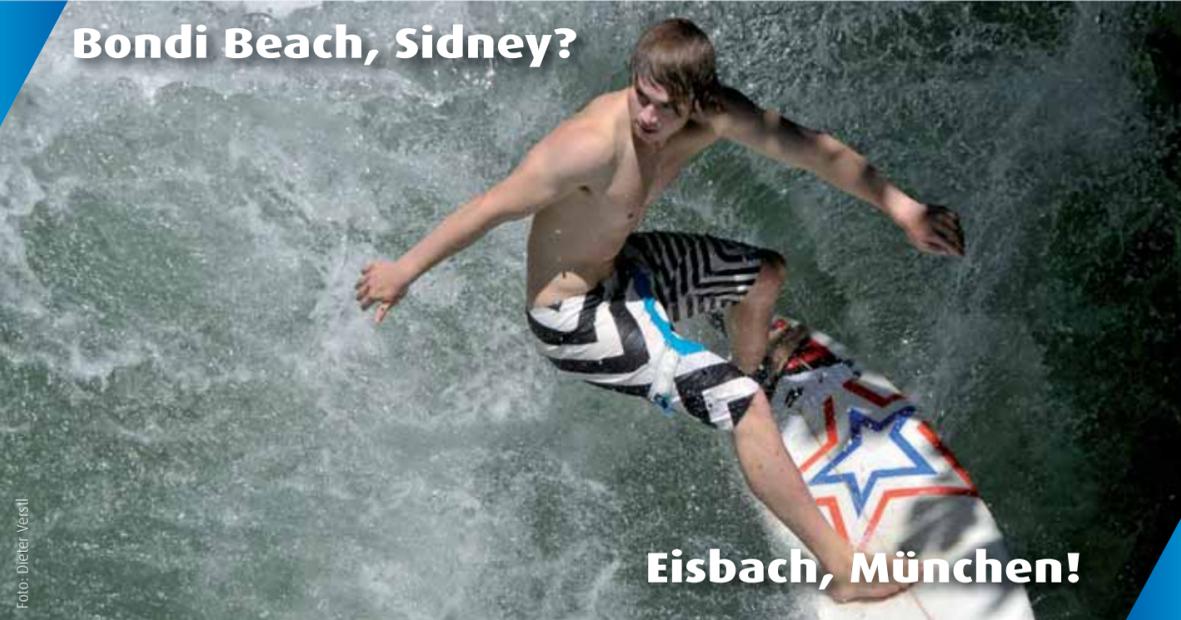
Industrieemissionsrichtlinie

Am zweiten Tag wurden die Umsetzung der Industrieemissionsrichtlinie durch das Bundesimmissionschutzgesetz und die einschlägigen Verordnungen in drei Vorträgen aus Sicht des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit sowie aus der Sicht der Industrie behandelt. Des Weiteren sah das Programm Themen der Luftreinhaltung (Immissionsprognosen und Beurteilung von Geruchsemissionen) vor.

EuGH-Urteil

Im Bereich der Anlagensicherheit wurden der Stand der Beratungen der SEVESO-III-Richtlinie durch das BMU sowie die Auswirkungen des EuGH-Urteils auf die Steuerung der Ansiedlung von Störfallbetrieben in der Bauleitplanung thematisiert. Hierzu gaben Dr. Nikolaus Birkel und Mathias Reitberger (Meidert & Kollegen Rechtsanwälte Partnergesellschaft, Augsburg, München) dezidiert Auskunft. Zunehmende Bedeutung hat darüber hinaus die Frage der Umsetzung der REACH-Anforderungen in den immissionschutzrechtlichen Genehmigungsbescheiden, wie Dr. Michael Gierig vom Bayerischen Landesamt für Umwelt, Augsburg, zu berichten wusste. **DK**





Bondi Beach, Sidney?

Eisbach, München!

*** Neu gesehen:**
Ganz Bayern in einer Stunde – sonntags um 17.45 Uhr auf RTL.

15. Internationaler Altkunststofftag:

bvse fordert praxisgerechte End-of-Waste-Kriterien

„Das Kunststoffrecycling schont Ressourcen, spart Energie, vermindert den CO₂-Ausstoß und stärkt unsere Industrie. Deshalb müssen den unverbindlichen europäischen Programmen und nationalen Strategien nun endlich konkrete politische Entscheidungen folgen, die mehr Kunststoffrecycling ermöglichen“, forderte Hauptgeschäftsführer Eric Rehbock beim 15. Internationalen Altkunststofftag des bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung in Bad Neuenahr.

Vor mehr als 400 Teilnehmern aus neun Ländern machte Rehbock deutlich, dass die Zukunft des Kunststoffrecyclings entscheidend von praxisgerechten Kriterien für End-of-Waste sowie einer konsequenten Kaskadennutzung von Kunststoffen mit einer klaren Priorität des Recyclings vor der Verbrennung und anspruchsvollen Recyclingquoten abhängt.

Komplexe Rechtsgebiete

In der Praxis, so berichtete Eric Rehbock, hätten die Kunststoffrecyclingunternehmen mit dem Abfall-, Chemikalien- und Produktrecht drei hochkomplexe Rechtsgebiete zu beachten. Das führe zu nicht zu unterschätzenden Schwierigkeiten und zu Beschränkungen im Alltagsgeschäft der Kunststoffe-recycler. Rehbock: „Gerade deshalb haben wir ja so große Hoffnungen in den End-of-Waste-Prozess gesetzt.“

Inzwischen kommen aber im-

mer mehr Zweifel auf, ob der End-of-Waste-Prozess tatsächlich das Kunststoffrecycling fördern wird. Unter Verweis auf die Schrottwirtschaft, die aufgrund von Überregulierung und praxisfernen Kriterien weitgehend auf die Anwendung der End-of-Waste-Kriterien verzichtet will, warnte Rehbock vor einer ähnlichen Entwicklung im Kunststoffbereich.

Praxisferne Detailregelungen

Er verwies darauf, dass die Herbeiführung eines vorzeitigen Abfallendes als Instrument zur Förderung des Recyclings gedacht war. „Man gewinnt immer mehr den Eindruck, dass praxisferne Detailregelungen dieser Maxime nicht folgen, sondern geradezu verhindern sollen, dass wertvolle Materialien vorzeitig aus dem Abfallrecht entlassen werden“, kritisierte Rehbock. „Gerade das Kunststoffrecycling ist auf den Produktstatus in besonderer

Weise angewiesen. Unsere Position ist daher klar: Der bestehende Produktstatus für Recyclate ist unter allen Umständen zu erhalten“, betonte Eric Rehbock und forderte die europäischen Parlamentarier auf, genau hinzusehen, ob die End-of-Waste-Kriterien auch tatsächlich zu mehr Ressourcenschutz und mehr Recycling führen.

Kunststoffe besitzen ein besonderes Stoff- und Energiepotenzial, das ökologisch und ökonomisch vorteilhaft, vor allem durch die werkstoffliche Verwertung, genutzt werden kann. In seiner Rede kritisierte der bvse-Hauptgeschäftsführer, dass trotzdem zu viele Kunststoffe verbrannt oder deponiert werden. Rehbock: „Es ist an der Zeit, diesen Trend mit Hilfe einer speziellen Kunststoffverordnung zu stoppen und umzukehren. Wir brauchen dazu einen Abbau der vorhandenen Überkapazitäten der Müllverbrennungsanlagen in Deutschland und ein europaweit wirksames Deponierungsverbot.“

Kaskadennutzung

Unter Verweis auf das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz bedauerte er, dass es keine Regelungen für eine Kaskadennutzung von Abfällen enthalte. Schließlich seien gerade Kunststoffe dafür prädestiniert. Allerdings, so führte Rehbock weiter aus, habe sich der bvse erfolgreich dafür eingesetzt, dass zumindest eine entsprechende Verordnungsermächtigung in das Gesetz aufgenommen wurde. „Jetzt kommt es darauf an – am besten mit Hilfe einer speziellen Kunststoffverordnung – diese Kaskadennutzung mit Leben zu füllen und mit wirtschaftlich vertretbaren, aber anspruchsvollen Quoten zu unterlegen“, so die Forderung des bvse-Hauptgeschäftsführers.

Das Jahr 2011 ist für die Kunststoffrecycler weitgehend positiv verlaufen, lautete die Einschätzung von Dr. Dirk Textor, Vorsitzender des bvse-Fachverbandes Kunststoffrecycling im Vorfeld des Internationalen Altkunststofftages. Der Absatz von Recyclaten gewann weiter an Profil, auch wenn die Märkte für die Kunststoffaufbereiter und Kunststoffverwerter volatil blieben. Die Nachfrage nach Kunststoffen war zwar deutschlandweit gut, europaweit und weltweit blieb die Situation jedoch angespannt.

Gut nachgefragte Recyclate

Recyclate waren in 2011 das ganze Jahr über national, europaweit und international gut nachgefragt. Der Markt war aufgrund der hohen Nachfrage gekennzeichnet von eingeschränkter Verfügbarkeit, hohen Vorproduktpreisen sowie hohen Rohstoff- und Energiekosten.

Besonders gefragt waren Recyclate aus Technischen Kunststoffen, die von Mai bis September 2011 Rekordpreise erzielten. Von April bis September 2011 mussten sehr hohe Einkaufspreise für Ballenware gezahlt werden, was sich nachteilig auf die Aufbereitung und Verwertung auswirkte.

Den PET-Verarbeitungskapazitäten stehen jahreszeitlich stark schwankende Input-Mengen zur Verfügung. Darüber hinaus verschlechtern sich die Inputqualitäten immer wieder. Die verbreitete Praxis der Händler, Preise für PET-Flaschenabfälle künstlich hoch zu

halten, indem erhebliche Mengen zu geringeren Preisen nach Fernost exportiert werden, machte den Recyclern in Europa das Leben schwer. Zudem können die hohen Inputpreise für die PET-Ballenware nur begrenzt an die Mahlgüter und Recyclate weitergegeben werden.

Die Märkte für Kunststoffabfälle und Recyclate schwanken stark. Hier kommt es immer wieder zu Margenverlusten weil steigende Einkaufspreise für Kunststoffabfälle bei gleichzeitig sinkenden Preisen für Recyclate nicht an die Kunststoffverarbeiter weitergegeben werden und geringere Einkaufspreise nicht realisiert werden können, beschreibt Dr. Dirk Textor, Vorsitzender des bvse-Fachverbandes Kunststoffrecycling, die Situation.

Duale Systeme leiten Mengenströme am Mittelstand vorbei

Das Erfassen und Sortieren von Kunststoffen aus Verpackungen war auch 2011 wegen der umfassend und vertikal aufgestellten Dualen Systeme für den Mittelstand in Deutschland kaum noch attraktiv. Darüber hinaus beziehen diese Mengen aus dem benachbarten Ausland ein und lassen sie in Deutschland aufbereiten. Auch der Fernostexport von bestimmten Qualitäten erfolgt mittlerweile über Duale Systeme.

Schon seit einiger Zeit setzten die Dualen Systeme dem Kunststoffrecycling sehr enge Grenzen, beschneiden damit den freien Markt, behindern Innovationen und greifen so vermehrt in das Kunststoffrecycling ein, beobachten die Mitglieder des bvse-Fachverbandes Kunststoffrecycling.

Verstärkte Probleme

Diese Probleme haben sich im laufenden Jahr nicht nur fortgesetzt, sondern verstärkt, was zur Folge hat, dass die Qualitäten bei Mischkunststoffen, Folien und PP immer schlechter werden, bedauert Textor. Er ruft die Markt-beteiligten deshalb auf, hier nachzusteuern und der hochwertigen Weiterverarbeitung nicht den Weg zu verbaue. Hier sieht der bvse-Fachverbandsvorsitzende insbesondere auch die Dualen Systeme in der Pflicht, denen es offensichtlich eher um Masse statt um Qualität ginge.

Der europäische Binnenmarkt gewinnt für das Kunststoffrecycling gegenüber den Fernostmärkten zunehmend an Bedeutung. Damit werden die europäischen Kunststoffmärkte immer unabhängiger vom Export nach Asien, wo inzwischen sehr selektiv nach Preis und Qualität geordert wird. Auch der hohe Euro-Dollar-Wechselkurs hat das Fernostgeschäft 2011 beeinträchtigt. Darüber hinaus wurden chinesische Importbeschränkungen wirksam.

Unternehmen müssen sich behaupten

Im Wirtschaftsjahr 2011 ist die Kunststoffverfassungsmenge um vier Prozent gestiegen. Für 2012 prognostizieren die Mitglieder des bvse ein Wachstum um drei Prozent. Auch im ersten und zweiten Quartal 2012 konnte eine gute Nachfrage nach Recyclaten festgestellt werden. Die seit 2010 vermehrt zu beobachtenden Insolvenzen von Kunststoffrecyclern sind beruhigend, allerdings stehen dem auch Neugründungen und Markteintritte gegenüber. Für die Unternehmen der Branche wird es schwieriger, sich am Markt zu behaupten. Klar ist aber auch: Gute Qualitäten finden immer ihren Absatz, so das Fazit von Dirk Textor. □

Ressource Altpapier für die Zukunft sichern

Studie zeigt Möglichkeiten für nachhaltiges Wirtschaften auf

Altpapier ist eine wichtige Ressource. Eine neue Studie der bifa Umweltinstitut GmbH im Auftrag des bayerischen Umweltministeriums zeigt, wie die Wirtschaft diese noch nachhaltiger und umweltschonender nutzen kann. „Ressourcen stehen uns nur begrenzt zur Verfügung“, sagte Umweltminister Dr. Marcel Huber bei der Präsentation der Ergebnisse. „Wir dürfen diese Ressourcen nicht leichtfertig verschwenden - im Interesse nachfolgender Generationen und der Wirtschaft.“

Bayern setzt daher auf den Ressourceneffizienz-Dreisprung: Sparsamer Umgang mit Material, konsequentes Recyceln und den Einsatz alternativer Rohstoffe. „Das Beispiel Altpapier zeigt, dass Ressourcensparen funktioniert“, so Huber. Bereits jetzt setze die Papierindustrie zu rund 70 Prozent Altpapier ein. Zum Vergleich: Der Anteil aller recycelten Materialien am gesamten Rohstoffbedarf der deutschen Industrie liegt bei rund 15 Prozent.

In der Studie wurde anhand der Integrierten Produktpolitik (IPP) der gesamte Lebenszyklus des Altpapiers betrachtet: Von der Entwicklung über die Gewinnung der Rohstoffe, die Nutzung des Produkts bis hin zur Entsorgung. Ziel

der Einbeziehung der gesamten Wertschöpfungskette ist, die Umweltauswirkungen des Altpapierkreislaufs insgesamt zu erfassen und zu minimieren - ohne diese nur zu verlagern. In Workshops und Interviews wurden konkrete Handlungsempfehlungen für die Verbesserung erarbeitet, zum Beispiel wie Fremdstoffe im Altpapier vermieden werden können oder die Recyclingfähigkeit von Altpapierprodukten gesteigert werden kann. Huber: „Das Projekt hat gezeigt, dass sich eine ganzheitliche Betrachtung lohnt. Die Ergebnisse können auch auf andere Branchen übertragen werden.“

Die Broschüre mit den Ergebnissen der Studie ist unter www.bestellen.bayern.de/abrufbar. □

Bundestreffen der Regionalbewegung:

Ruf nach „Bundesprogramm Regionalvermarktung“

Anlässlich des 6. Bundestreffens der Regionalbewegung diskutierten über 100 Teilnehmer in Jülich-Barmen/NRW die Einführung eines „Bundesprogrammes Regionalvermarktung“. Damit soll dem steigenden Bedürfnis der Verbraucher nach glaubwürdigen regionalen Produkten Rechnung getragen und kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie Regionalvermarktungsinitiativen die dafür notwendigen Rahmenbedingungen ermöglicht werden.

Gemeinsam mit Mitgliedern aller im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien erörterte der 1. Vorsitzende des Bundesverbandes der Regionalbewegung, Heiner Sindel, Möglichkeiten einer Ausgestaltung eines solchen Programmes. „Eine Regionalisierung in Wirtschaft und Gesellschaft kann nur mit angemessener Unterstützung der Politik erfolgen. Es gilt, das enorme Potenzial zur Stabilisierung sowie zum Aufbau regionaler Wirtschaftskreisläufe zu nutzen“, betonte er. Auch Bioland-Präsident Jan Plagge sagte seine Unterstützung bei der Entwicklung eines „Bundesprogrammes Regionalvermarktung“ zu. „Wichtig ist der enge Schulterschluss mit der Bio-Branche auf Bundesebene, um gemeinsam Synergieeffekte für unsere Mitglieder in den Regionen zu nutzen“, so Sindel.

Modellprojekte durchführen

Intensiv wurde über eine Förderung zum Aufbau regionaler Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen diskutiert. Es gehe darum, im Rahmen eines „Bundesprogrammes Regionalvermarktung“ Modellprojekte für eine funktionierende Nahversorgung durchzuführen, Netzwerkbildung unter den Regionalinitiativen zu forcieren und vor allem die Zusammenarbeit entlang der Wertschöpfungsketten vom Erzeuger über die Verarbeitung und Vermarktung bis hin zum Verbraucher in Form von Bewusstseinsbildung und Aufklärung voranzutreiben.

Weitere Schwerpunkte sollen Forschungs- und Entwicklungsprojekten zum Aufbau regionaler Wirtschaftskreisläufe sein, um Wissenslücken im Bereich der Regionalvermarktungsstrukturen im Bundesgebiet zu schließen. So lässt sich beispielsweise bisher der Marktanteil regionaler Produkte auf Grund fehlender Definitionen und Informationen nicht beziffern.

Viel Zuspruch erhielt das Konzept eines „Regional-TÜVs“, das in Form eines „Regionalsiegels“ glaubwürdig arbeitende Regionalinitiativen und kleine sowie

mittelständische Unternehmen auszeichnen kann. Dieses Konzept wurde vom Bundesverband der Regionalbewegung entwickelt und soll im Laufe des Jahres gemeinsam mit den Initiativen im Bundesgebiet und dem Lebensmittelhandwerk ausgearbeitet werden.

Vernetzung der Nahversorgungssysteme

Ein weiteres wichtiges Ergebnis der Bundestagung war der Startschuss zur Vernetzung der verschiedenen Dorfläden-Systeme in Deutschland, die eine intakte Nahversorgung gerade in ländlichen Räumen gewährleisten soll. Der Trend der Zentralisierung im Lebensmittel Einzelhandel hält unvermindert an und die Länge der täglichen Einkaufsfahrten verdrängte sich in den letzten 10 Jahren auf über 400 Millionen Kilometer täglich.

Doch jeder Trend löst auch einen Gegentrend aus. In vielen Gemeinden wurden engagierte Bürger, nicht selten in enger Zusammenarbeit mit Behörden, aktiv, um eine zeitgemäße Nahversorgung für ihre Region neu aufzubauen oder zu sichern. Aus dieser Bewegung heraus hat sich eine Vielzahl unterschiedlicher Nahversorgungssysteme entwickelt, die ein lokales Angebot vom Lebensmittel-Vollsortiment über Kombinationen mit ärztlicher Versorgung, Friseur, Post und weiteren Dienstleistungen bis hin zu kulturellen Zentren bieten.

Zwar gibt es kein allgemeingültiges Schema zum Aufbau erfolgreicher bürgerschaftlich geführter Dorfläden, aber eine Reihe guter Gründe sich gemeinsam für die Zukunft zu wappnen, beispielsweise zur Anerkennung geeigneter Rechtsformen für Dorfläden. Die Initiatoren der DORV-Zentren (Dienstleistung und Ortsnahe Rundum Versorgung) sowie die Regionalbewegung werden in einer Arbeitsgruppe mit weiteren Akteuren im Bundesgebiet die systematische Ausweitung der Nahversorgungssysteme bearbeiten. □

Umweltminister Dr. Marcel Huber:

Ökoqualität bei Ausgleichsflächen verbessern

Bayern Vorreiter mit neuer Kompensationsverordnung

Künftig sollen für Ausgleichsmaßnahmen bei Eingriffen in die Natur und Landschaft einheitliche Standards in Bayern gelten. Dies betonte Bayerns Umweltminister Dr. Marcel Huber anlässlich der im Kabinett verabschiedeten Eckpunkte einer bayerischen Kompensationsverordnung.

„Bayern bekennt sich zum Schutz seiner Natur und Landschaft. Die Ausgleichsregelung ist ein zentrales Instrument zum Erhalt der hochwertigen bayerischen Landschaft. Schäden durch Eingriffe in unsere Natur müssen künftig bayernweit nach einheitlichen Qualitätskriterien repariert werden. Dabei soll jeder Ausgleich einen effizienten ökologischen Nutzen bringen“, stellte Huber fest. Deshalb gelte künftig der Grundsatz „Qualität vor Quantität“.

Ökologische Qualität als Maßstab

Huber: „Der Maßstab darf nicht allein der Flächenumfang sein, sondern vielmehr die ökologische Qualität der Maßnahme. Die Schaffung von naturschutzfachlicher Spitzenqualität reduziert zugleich die benötigte Kompensationsfläche.“ Ausgleichsmaßnahmen sollen durch Flächenpools und Ökokonten künftig regional und zeitlich flexibler gestaltet werden. Beispielsweise muss der Ausgleich nicht mehr direkt vor Ort erfolgen, sondern kann in naturschutzfachlich sinnvollere Gebiete gelenkt werden. Auch vorgezogene Naturschutzmaßnahmen können besser honoriert werden.

Interessenausgleich

„Gleichzeitig ebnen wir neue Wege für einen Interessenausgleich zwischen Naturschutz, Landwirtschaft und Infrastrukturvorhaben“, so Huber. Denn neben dem Naturschutz habe die neue Verordnung auch die Belange der Landwirtschaft im Blick. „Bayerns beste Acker-

böden genießen künftig besonderen Schutz und sollen bei Kompensationsmaßnahmen so weit wie möglich geschont werden“, sagte Huber. Künftig seien zuerst andere bessere Möglichkeiten der Kompensation zu prüfen wie beispielsweise Entseesung, Wiedervernetzung von Lebensräumen oder Bewirtschaftungs- und Pflegemaßnahmen. Außerdem bieten sich Erwerbsmöglichkeiten für Landwirte, wenn sie Kompensationsmaßnahmen in die Bewirtschaftung ihrer Flächen einbinden. Die Integration von Kompensationsmaßnahmen in die landwirtschaftliche Nutzung erhält einen höheren Stellenwert, z. B. die Anlage von Blühstreifen oder die extensive Bewirtschaftung von Grünland.

Landwirten den Rücken stärken

„Wir erreichen eine naturschutzfachliche Verbesserung und stärken den Landwirten den Rücken - ein Gewinn für beide Seiten“, unterstrich Huber. Mit den Maßnahmen könne beispielsweise der Fortbestand von Arten, die an bestimmte Formen der landwirtschaftlichen Nutzung angepasst sind, gesichert werden.

Mit der Erarbeitung einer bayerischen Kompensationsverordnung nimmt Bayern eine Vorreiterrolle in Deutschland ein. „Bayerns Weg schafft einen fairen Ausgleich der Interessen und kann Vorbild für andere Länder sein“, so Huber. Die bayerischen Eckpunkte sollen nun in eine Verordnung gegossen werden. Ein abgestimmter Entwurf soll Ende des Jahres vorliegen. □

An erster Stelle steht die Lebensqualität

Erfolgreiche Jahrestagung der Allianz pro Fachkräfte der Metropolregion Nürnberg

350 Unternehmer, Kammervorteiler, Akteure aus Arbeitsagenturen sowie aus den Städten und Landkreisen der gesamten Metropolregion Nürnberg haben sich in der NürnbergMesse getroffen, um Strategien und Projekte für die Zukunftsfähigkeit des Arbeitsmarktes zu entwickeln. Gemeinsame Plattform bildete die Allianz pro Fachkräfte – ein innovatives Netzwerk, das sich der Sicherung von Fachkräften in der Region verschrieben hat.

„Wachstum ist nicht mehr sexy. An erster Stelle steht die Lebensqualität“, betonte Christine Haderthauer. In ihrer Eröffnungsrede machte die bayerische Staatsministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen deutlich, worauf es ankommt bei der Sicherung von Fachkräften. Nürnbergs IHK-Präsident Dirk von Vopelius, Ralf Holtzwardt, Geschäftsführer der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Bayern, sowie der stellvertretende Ratsvorsitzende der Metropolregion, Dr. Günther Denzler, zeigten sich hier einer Meinung. Vor allem zähle es, die Belegschaft vor Ort fit zu halten und vorhandene Potenziale auf dem hiesigen Arbeitsmarkt zu nutzen.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

In Punkto Lebensqualität hat die Metropolregion vieles zu bieten. Künftig wird es aber darum gehen, Angebote in Aus- und Weiterbildung besser auf die Ansprüche vor Ort auszurichten, neue Wege in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf einzu-

schlagen und sich als Region attraktiver für zuziehende Arbeitskräfte aufzustellen. Zu den Aufgabenfeldern wurden auf der Jahreskonferenz beste Beispiele vorgestellt. Die Pilkington Deutschland AG, Weierhammer, präsentierte ihr Personalmanagementkonzept GENIUS. Thomas Braun, Human Resources Mana-



V. l.: Ralf Holtzwardt, Vorsitzender der Geschäftsführung, Bundesagentur für Arbeit RD Bayern, Esther Loidl, Vice-President Human Resources Brose Group, Christine Haderthauer, Bayerische Staatsministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, Dirk von Vopelius, Präsident der IHK Nürnberg für Mittelfranken. Bild: Meier

ger des oberpfälzer Unternehmens, stellt heraus, dass eine funktionierende generationsübergreifende Kommunikation und Zusammenarbeit heute die Basis des zukünftigen Erfolgs darstellt.

In insgesamt 17 Fachvorträgen und 14 Workshops wurde informiert und wurden neue Projekte erarbeitet und angestoßen. Dies ist für die ansässige Wirtschaft wichtig. Denn bedingt durch den demografischen Wandel wird sich der Wettbewerb um Arbeitskräfte in den kommenden Jahren zunehmend verschärfen. Im Jahr 2025 werden hierzulande rund

6,5 Mio. qualifizierte Arbeitskräfte fehlen, heißt es in einer Studie der Bundesagentur für Arbeit.

Fachkraftgewinnung

Zum Auftakt der Jahreskonferenz stellte sich mit der Brose Group ein Unternehmen vor, das bereits alle Hebel in Gang setzt, um qualifizierte Mitarbeiter zu gewinnen und zu halten. Für Personalleiterin Esther Loidl ist klar, dass sich die Gewinnung von Fachkräften auf globaler Ebene abspielt. Dennoch müssten sich international agierende Großunternehmen – Brose selbst beschäftigt über 19.000 Mitarbeiter, davon 6.000 in Franken – dieser Herausforderung auch vor Ort annehmen. Dazu gehören, Kontakte zu Schulen und Hochschulen zu pflegen oder bereits im eigenen Betriebskindergarten spielerisch für Technik zu begeistern. Doch bedeute Familienfreundlichkeit mehr: „Über Kinder wird gern geredet, über pflegebedürftige Eltern nicht – dies wird oft noch stark tabuisiert.“

Willkommenskultur

Wo auch immer nach Fachkräften gesucht wird, in einer Sache stimmten Arbeitsministerin Haderthauer und die Personalleiterin von Brose im Ganzen überein: Es muss weiter daran gearbeitet werden, eine stärkere Willkommenskultur in den Köpfen unserer Gesellschaft zu etablieren und diese zu leben. Darum geht es auch in der Metropolregion Nürnberg: Die bevorzugte Heimat für talentierte und engagierte Menschen aus aller Welt sein – die „Heimat für Kreative“.



Bezirkstagspräsident Manfred Hölzlein (links) erhielt den Ehrenring der Stadt Landshut aus den Händen von Oberbürgermeister Hans Rampf. Bild: Stadt Landshut

Auszeichnung der Stadt Landshut:

Goldener Ehrenring für Manfred Hölzlein

Mit dem Goldenen Ehrenring der Stadt Landshut wurde Bezirkstagspräsident Manfred Hölzlein von Oberbürgermeister Hans Rampf im Rahmen des Sommerempfangs der Stadt im Beisein zahlreicher Ehrengäste ausgezeichnet. Der Goldene Ehrenring, eine der höchsten Ehren, die die Stadt zu vergeben hat, kann laut Satzung an Persönlichkeiten verliehen werden, die sich um das Wohl oder das Ansehen der Stadt „hervorragend“ verdient gemacht haben.

Seit 40 Jahren Mitglied des Stadtrats, davon acht Jahre (1990 bis 1998) als Vorsitzender der CSU-Stadtratsfraktion, prägt Manfred Hölzlein dieses Gremium aufgrund seiner hohen Kompetenz bis heute ganz entscheidend.

Großes Engagement

Manfred Hölzlein, der erst vor kurzem seinen 70. Geburtstag feiern konnte, ist politisch seit Jahrzehnten aktiv. So ist er über seine Stadtratstätigkeit hinaus

unter anderem seit 1974 im Bezirkstag von Niederbayern, in dem er seit 1998 das Amt des Bezirkstagspräsidenten bekleidet, und seit 2003 Präsident des Verbandes der bayerischen Bezirke. Der Sorge um das Gemeinwohl der Bürgerinnen und Bürger Niederbayerns fühlt er sich besonders verpflichtet; vor allem der sozial schwachen Mitmenschen, was in seinem hohen ehrenamtlichen Engagement in vielen Hilfs- und Fördervereinen zum Ausdruck kommt.

Stichwort Gemeindearchive

Gemeinden sind gehalten, Unterlagen in mindestens einem separaten Raum aufzubewahren. Älteres, wertvolles Archivgut ist möglichst in einem Stahlschrank zu verwahren. Papiere gehören in Archivkartons, Amtsbücher können auf Regalen frei zugänglich sein. Verzeichnisse sollten heute mit dem Computer erstellt werden. In jeder Gemeinde sollte es jemanden geben, der für die Betreuung des örtlichen Archivs zuständig ist. Dies kann eine Person aus der Verwaltung oder ein an Heimatgeschichte interessierter Ehrenamtlicher aus der Gemeinde sein. Unterstützt werden die lokalen Archivbetreuer von dem für die jeweilige Region zuständigen Archivpfleger. pat

Was alte Rechnungen verraten

Heimatgeschichte: Ingrid Heeg-Engelhart unterstützt seit 25 Jahren Archivpfleger

Unterfranken. In der Ära der Globalisierung wächst das Bewusstsein, wie wertvoll und wichtig „Heimat“ ist. Viele Menschen begeben sich laut Dr. Ingrid Heeg-Engelhart vom Staatsarchiv in Würzburg auf die Suche nach den Wurzeln ihrer Familie, ihres Vereins oder Heimatorts. Wertvolle Hilfe leisten dabei über 350 kommunale Archive - so sie geordnet und verzeichnet sind. Dass dies geschieht, dafür sorgen unterfrankenweit fünf Vollzeitfachkräfte, Dutzende Archivbetreuer sowie 18 ehrenamtliche Archivpfleger.

Damit sind die Bedingungen für lokale Recherchen in Unterfranken besser als in anderen Bezirken, erklärt die aus Hösbach (Kreis Aschaffenburg) stammende Archivarin: „Bei uns sind alle Stellen für Archivpfleger besetzt.“ Das ist nicht mehr selbstverständlich. Denn das Ehrenamt ist zeitaufwändig. Mancherorts muss aus diesem Grund intensiv gesucht werden, bis sich jemand findet, der die Aufgabe übernimmt. So war das Ehrenamt im Kreis Aschaffenburg viele Monate vakant. Mit Michael Schneemeier aus Alzenau wurde soeben ein neuer Archivpfleger gefunden. Laut Kreispressesprecher Horst Bauer sucht man ohne Zeitdruck nach einer geeigneten Person: „Qualität geht hier vor Eile.“

Ständige Datenpflege

Das Thema „Digitale Archivalien“ ist für größere Kommunalarchive brandaktuell. Die Herausforderungen beim Umgang mit diesen Daten seien groß, so Doris Badel, Leiterin des Stadtarchivs Kitzingen: „Digitale Daten müssen ständig gepflegt werden.“ Badel ist eine von unterfrankenweit fünf Hauptamtlichen, die sich mit einer vollen Stelle um das Archiv vor Ort kümmern. Außer ihr gibt es noch in Würzburg, Aschaffenburg, Schweinfurt und Bad Kissingen Hauptamtliche, die ausschließlich für die kommunale Archivarbeit zuständig sind. In großen

Archiven gibt es außerdem eine technische gute Ausstattung mit Scannern und Laserdruckern. Kleine Archive sind hiervon noch weit entfernt.

Bestandsichtigung

In ihrer Eigenschaft als Ansprechpartnerin für Archivpfleger gibt Heeg-Engelhart seit 25 Jahren Tipps, wie auch kleine Archive so gestaltet werden können, dass leicht in ihnen recherchiert werden kann. Viel ist in den letzten Jahren geschehen, wie die im Staatsarchiv als Kopie deponierten Verzeichnisse belegen: In die meisten Archive ist nun Ordnung gebracht. Doch noch etwa zehn Prozent aller Archive warten darauf, dass jemand den Bestand sichtet und ein Verzeichnis anlegt. Dies wiederum ist zum Beispiel Voraussetzung dafür, dass eine Ortschronik verfasst werden kann. Oder Interessierte zu rekonstruieren vermögen, wem ein bestimmtes Grundstück früher einmal gehörte.

Warum etwas in einem Ort so und nicht anders ist, wird erst durch alte Quellen erklärlich. In lokalen Archiven finden sich häufig noch Rechnungen, die aus dem 16. Jahrhundert stammen, Urkunden und Amtsbücher werden hier aufbewahrt. Letzteren lässt sich entnehmen, wer wann Gemeinderat war, wer in welchem Jahr heiratete oder wer ursprünglich ein bestimmtes Anwesen sein Eigen nannte. In-

teressant ist auch, wie das „Armenwesen“ in früheren Zeiten organisiert wurde. So gab es, was heute kaum noch jemand weiß, mancherorts einst einen „Malz- und Bieraufschlag“. In Amorbach bei Miltenberg wurde diese kommunale Steuer zum Beispiel im Jahr 1879 eingeführt.

Einwöchiges Seminar für neue Aufgabe

Welche archivalischen Gattungen existieren, was ein „Depositum“ ist und was in einem Findbuch steht, müssen Menschen,

die Archivpfleger werden wollen, bei ihrem Amtsantritt noch nicht wissen. „Es genügt, dass sie an Geschichte und Heimatforschung interessiert sind“, so Heeg-Engelhart. Haben sie das Amt übernommen, werden sie in einem einwöchigen Seminar intensiv auf ihre neue Aufgabe vorbereitet. Dass es offensichtlich Spaß macht, als Archivpfleger die kommunalen Archive eines Bezirkes zu betreuen, lässt sich daran ablesen, dass viele lange im Amt sind. Heeg-Engelhart: „Nicht wenige unserer Archivpfleger begannen ihr Ehrenamt in den 1970er Jahren.“ pat

Mit der Praxisklasse zum Mittelschulabschluss und in den Beruf

Dillingen/Lauingen. Mit der Praxisklasse wird Schülerinnen und Schülern im Landkreis Dillingen seit 2006 ein alternativer Weg zum Mittelschulabschluss und dem Einstieg in eine Berufsausbildung angeboten. Jüngst wurde in der Hyazinth-Wäckere-Mittelschule durch das Schulamt Dillingen, die Mittelschule Lauingen und die St. Gregor Kinder-, Jugend- und Familienhilfe interessierten Eltern und Jugendlichen im Rahmen eines Informationsabends diese Möglichkeit vorgestellt, sich auch mit schulischen Schwächen auf den Mittelschulabschluss und eine berufliche Perspektive vorzubereiten.

Landrat Leo Schrell dazu: „Mit dieser besonderen 8./9. Jahrgangsstufe haben diese Jugendlichen die Chance, einen Einstieg in die Berufsausbildung zu finden. Das Angebot baut Schülerinnen und Schüler nach Misserfolgen und Frustrationen und mit teilweise massiven Motivationsproblemen so erfolgreich wieder auf, dass den meisten Absolventinnen und Absolventen im Anschluss der Einstieg gelingt – und damit die Basis für ein selbstständiges und erfüllendes Leben. In einer Regelklasse würde das vielen von ihnen nicht gelingen.“

Vertiefte Orientierung

In der Praxisklasse bereiten sich bis zu 15 Schülerinnen und Schüler aus dem Landkreis Dillingen auf ihren Mittelschulab-

gendlichen einen ganz persönlichen Perspektivenplan zur weiteren Laufbahn mit konkreten Schritten, begleitet dessen Umsetzung und „stärkt den Rücken“. In enger Zusammenarbeit mit den Eltern wird ein Unterstützungsnetz aus Familie, Schule, Betrieb, Agentur für Arbeit und im Einzelfall weiterer Partner geknüpft, das einen möglichst stabilen Start in Arbeit und Beruf ermöglicht.

Motivationsstärkung

Zum Schulalltag gehörten beispielsweise schon Projekte wie der „Dreh“ eines Filmes mit einem Profiteam oder das Erstellen von großflächigen Graffiti mit einem professionellen Künstler. Das stärkt Selbstbewusstsein und Motivation auch bei schwankendem eigenem Antrieb. Fast alle Jugendlichen konnten in den vergangenen Jahren mit einer tragfähigen Perspektive aus der Vollzeitschulpflicht entlassen werden, viele hatten zur Abschlussfeier schon einen Ausbildungsvertrag

in der Tasche. „Dieser schöne Erfolg ist nicht zuletzt dem großen Engagement und der fachlichen Kompetenz in der Zusammenarbeit von Mittelschule Lauingen und St. Gregor-Jugendhilfe zu verdanken“, so Landrat Schrell. Finanziert wird das Projekt mit Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds und besonders eingesetzten Lehrerstunden über das staatliche Schulamt.

Was die Praxisklasse ist, welche Chancen und Möglichkeiten sie bietet und wie Jugendliche diese besondere Bildungschance nutzen können, stellten beim Informationsabend Lehrerin Cornelia Burkhart und Diplompädagogin Sandra Thiergärtner sowie weitere Fachleute vor. Jugendliche und Eltern hatten die Gelegenheit Fragen zu stellen, um besser einschätzen zu können, ob diese besondere Bildungschance vielleicht auch für sie selbst oder ihr Kind passen könnte.

Weitere Informationen unter: www.st-gregor.de

Pschierer verleiht Soldnermedaille an Landrat Franz Meyer aus Vilshofen

Die Soldnermedaille für besondere Verdienste um das Vermessungswesen in Bayern verlieh Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer an den Landrat des Landkreises Passau, Franz Meyer, im Rahmen einer Feierstunde in München.

In seinem Amt als Finanzstaatssekretär hatte Franz Meyer, wie Pschierer in seiner Laudatio würdigte, die weitere Modernisierung der Bayerischen Vermessungsverwaltung vorangetrieben.

Stadt Neumarkt:

Nachhaltigkeitskonferenz setzt wichtige Impulse

OB Thumann übernimmt Schirmherrschaft für Klimatag

Bei strahlendem Sonnenschein und hochsommerlichen Temperaturen präsentierte die Stadt Neumarkt bei ihrer 5. Neumarkter Nachhaltigkeitskonferenz den 170 Teilnehmern ein vielfältiges und interessantes Programm. Im Mittelpunkt des Tages standen dabei das Thema Rio plus 20 und die Ergebnisse des großen Erdgipfels.

Während sich die Weltgemeinschaft in Rio nur auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen konnte, fand Neumarkts Oberbürgermeister Thomas Thumann in seiner Begrüßungsrede deutliche Worte: „Die Menschheit ist dabei den Planeten Erde auszubeuten und für die Zukunft unbrauchbar zu machen. Ganz besonders wenn man sich vorstellt, dass wir die natürlichen Ressourcen 1,3 Mal schneller verbrauchen als die Erde sie wieder regenerieren kann.“

Umsetzung vor Ort

Dr. Franz Ehrnsperger, Stifter des Neumarkter Nachhaltigkeitspreises und mit seiner Lammsbräu Kooperationspartner der Stadt bei der Nachhaltigkeitskonferenz, erinnerte daran, dass 80 Prozent aller Aufgaben im Bereich Nachhaltigkeit vor Ort umgesetzt werden und appellierte an die Menschen, selbst aktiv zu werden.

Dr. Hubert Weiger, Vorsitzender des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, der als Delegierter im Juni am Gipfel in Rio teilgenommen hatte, bezeichnete in seiner Ansprache die „materielle Fixierung als Grundübel unserer Kultur“. Da die Politik Angst habe vor einem „Weniger“ setze man nach wie vor auf Überfluss. Ziel müsse es aber sein, weg zu kommen vom „Wachstumsdogma“. Zugleich appellierte Weiger an alle engagierten Menschen weiter zu machen und mutig voranzugehen. Resignation nach dem Motto „Was können wir schon bewirken wenn die Welt nicht will“, müsse überwunden werden und stattdessen gezeigt werden, was alles möglich ist.

Paradigmenwechsel

Auch Dr. Hans Rudolf Herren, Präsident des Millennium Instituts Washington und Gründer der Schweizer Stiftung Biovision, machte klar, dass es „an uns Menschen liegt, wie die Welt der Zukunft aussieht“. „Wir haben es in der Hand“ so Herrn, „daher sollten wir sofort mit Änderungen anfangen“. In Herrns Vortrag nahm das Thema Landwirtschaft eine zentrale Rolle ein. Herren zufolge hat eine Landwirtschaft, die immer mehr Wasser, immer mehr Dünger und immer mehr Pestizide benötigt, keine Zukunft. „Wir brauchen einen Paradigmenwechsel“, so Herren. Das Ziel müsse lauten: „Transformation der Landwirtschaft“, weg von der „Diktatur des Agro-Business“.

Als eine „der größten Bedrohungen der Welt“ bezeichnete der Träger des alternativen Nobelpreises, Renée Ngongo die Umweltverschmutzung in den Bereichen Wasser, Luft und Boden. „Die Ressourcen der Erde werden unwiederbringlich zerstört“, so seine Botschaft an die Konferenzteilnehmer. Obwohl Afrika so viele Bodenschätze besitze, hätten Armut und Ungerechtigkeiten zugenommen. Ngongo sprach vom „Paradox des Überflusses“. Änderungen seien nur möglich, wenn Klimaschutz und Armutsbekämpfung gemeinsam angegangen werden. „Wir können nicht mehr so leben, als hätte unser Tun keine Auswirkungen

auf die Welt“, so der Nobelpreisträger.

Rohstoffzertifizierung

Ein erster Schritt den rücksichtslosen Umgang mit dem Regenwald und den Bodenschätzen einzudämmen, sieht er in einer Zertifizierung der Rohstoffe. Sie sei die Grundlage um zu einer verantwortungsvollen Nutzung zu gelangen. Schon heute seien die Auswirkungen der Kli-

maveränderung in Form verlängerter Trockenzeiten und heißeren Temperaturen spürbar. Dies, so Ngongos Befürchtung, werde zu 50 Millionen Umweltflüchtlingen führen. Unisono forderten alle Referenten ein Umdenken.

Die Stadt Neumarkt als Veranstalter der jährlich stattfindenden Neumarkter Nachhaltigkeitskonferenz und die Neumarkter Lammsbräu als Kooperationspartner sind sich bewusst, dass Aufklärung und Information entscheidende Bausteine auf dem Weg zu einem verantwortungsvolleren Umgang mit Natur und Schöpfung sind. Daher fand parallel zur Konferenz seit letztem Jahr auch eine Kinderakademie

statt. 83 Schülerinnen und Schüler der dritten bis sechsten Klassen aus sämtlichen Neumarkter Schulen ließen auch dieses Jahr wieder zu Klimabotschaftern ausbilden.

Biologischer Anbau

Bei ihrer Abschlusspräsentation forderten sie die Erwachsenen auf, den Klimaschutz ernst zu nehmen, weite Transportwege durch regionale Lebensmitteleinkäufe überflüssig zu machen und auf klimafreundlichen, biologischen Anbau und fair gehandelte Waren zu setzen. Außerdem wünschten sich die Kinder, dass der Klimaschutz mit vielen Partnern und Aktionen in Neumarkt noch besser sichtbar wird. Sie schlugen Oberbürgermeister Thumann daher vor, ab sofort den Donnerstag zum „Klimatag“ zu machen. Daher gaben Applaus übernahm der Oberbürgermeister Thomas Thumann zum Abschluss Konferenz ganz offiziell die Schirmherrschaft für den „Neumarkter Klimatag“. □



Echte Luchse kann man zum Beispiel im Tierfreigeleände des Nationalparkzentrums Falkenstein beobachten. obx-news

Urlaub in Ostbayern:

Freizeitspaß zum Nulltarif

Regensburg (obx) - Ob im Waldgeschichtlichen Museum im Inneren der Bäume wandeln, im Tierfreigeleände auf Expedition zu wilden Bären, Wölfen und Luchsen gehen oder in Europas größtem Archäologiepark auf den Spuren unserer Vorfahren wandeln - in Ostbayern gibt es viele Natur- und Geschichtserlebnisse zum Nulltarif. Besonders für Familien bietet die Region zwischen Regensburg, Passau und Bayerischem Wald zahlreiche attraktive Angebote für die preisgünstige Auszeit zwischendurch - ob beim Tagesausflug oder im Kurzurlaub.

Urlaub muss nicht teuer sein: Viele spektakuläre Naturerlebnisse gibt es in Ostbayern völlig kostenlos - zum Beispiel im Nationalparkzentrum Falkenstein (Landkreis Regen) im Bayerischen Wald. Bereits der Fußweg zum „Haus der Wildnis“ ist ein Erlebnis und führt die Besucher durch ein Tierfreigeleände mit einer Steinzeithöhle, Wildpferden, Wölfen und Luchsen. Im Nationalparkzentrum erfahren die Gäste bei freiem Eintritt in spannenden Ausstellungen und einem großen 3-D-Kino alles Wissenswerte rund um das größte zusammenhängende Waldgebiet Europas.

Moorfahrstuhl

Eine spannende Reise in die Natur bietet auch das Waldgeschichtliche Museum St. Oswald (Landkreis Freyung-Grafenau) im Bayerischen Wald. Außergewöhnliche Installationen wie Magmakammer, Moorfahrstuhl und begehbare Bäume führen die Gäste bei Gratis-Eintritt durch die Geschichte des Waldes.

Erdgeschichte

Wer einen kostenlosen Ausflug in die Erdgeschichte unternehmen möchte, bekommt faszinierende Einblicke auf dem Geopfad in der Tegernheimer Schlucht bei Regensburg. An sieben Stationen können Besucher auf drei Kilometern wie durch ein Fenster viele Millionen Jahre in die Geschichte unseres „blauen Planeten“ zurückblicken. Höhepunkt des Lehrpfads ist der Donaurandbruch an der letzten Station, der einen spektakulären Ausblick über das Donautal gewährt.

Druidenkräutersalben

Europas größter Archäologiepark im Altmühltal zwischen Kelheim und Dietfurt entführt seine Besucher auf eine Gratis-Reise zu unseren Vorfahren bis in die Steinzeit. An 18 Stationen wie einem imposanten keltischen Stadttor, einer Opferplattform aus der Bronzezeit oder einem nachgebauten vorgeschichtlichen Wohnhaus wird erklärt, wie Steinzeitmenschen in rauer Umgebung überlebten, was Druiden in ihre Kräutersalben mischten oder wie die Kelten vor ihren Feinden warteten. Den Archäologiepark kann man zu Fuß, per Rad oder mit dem Auto erkunden.

Eine Expedition in die jüngere Vergangenheit der Region bietet das Freilichtmuseum Finsterau (Landkreis Freyung-Grafenau) in Niederbayern. Bei kostenlosen Sonntagsführungen können Besucher die aufwändigen Rekonstruktionen alter Bauernhäuser,

vollständiger Höfe, einer Dorfschmiede und eines Straßenwirtschauses aus dem Bayerischen Wald unter fachkundiger Leitung besichtigen. □

GEMEINSCHAFTSZEITUNG

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Robmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Christiane Juckenack (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 46 vom 01.01.2011

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Druck und Auslieferung:

Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Jungjournalisten im Landratsamt Miltenberg

Einmal einen richtigen Ausdauerstapler kennenlernen und einer Politikerin Löcher in den Bauch fragen – für die Jungjournalisten des Projekts „Schule macht Zeitung“ ist das Wirklichkeit geworden. Im großen Sitzungssaal des Miltenberger Landratsamts bekamen sie Gelegenheit, Fragen zu stellen und darüber auch etwas zu schreiben.

Das Landratsamt Miltenberg als Kooperationspartner des Aschaffener Main-Echo-Verlags nutzt diese Gelegenheit gerne, um auch in eigener Sache Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. Auf diese Weise gewinnen alle Beteiligten: Die Schüler können dank der günstigen Verkehrsbindung des Landratsamts schnell vor Ort gelangen und spannende Gesprächspartner interviewen, der Zeitungsverlag Main-Echo führt Kinder schon im Alter von neun und zehn Jahren an die Tageszeitung heran und das Landratsamt bekommt Gelegenheit, sich und seine Dienstleistungen kindgerecht vorzustellen.

Zwei Gruppen

An zwei Tagen war der große Sitzungssaal jeweils für eineinhalb Stunden prall gefüllt, als die Kinder der Klassen 4a und 4b der Dr.-Konrad-Wiegand-Volksschule Klingenberg, der Klasse 4c der Mozart-Volksschule Elsenfeld, der Klassen 4a und 4b der Josef-Anton-Rohe-Volksschule Kleinwallstadt und der Klasse 4c der Josef-Anton-Rohe-Volksschule Hausen in zwei Gruppen journalistisch tätig wurden.

Eigene Presseausweise

Mit einem eigens für sie entworfenen Presseausweis taten sie das, was auch die großen Journalisten tun: Bei einer Pressekonferenz stellten sie den Prominenten jede Menge interessanter Fragen. Und der ein oder andere Schüler durfte auch ganz vorne sitzen; da wo sonst der Landrat und die Mitarbeiter der Verwaltung Platz nehmen.

Extremsportler

Am ersten Tag lernten die Schüler den Ausdauer- und Extremsportler Stefan Schlett kennen, der schon knapp 250 Berge bestiegen, 664 Marathonläufe bestritten und rund 200 Inseln besucht hat. Aufsehenerregend kam Schlett schon in den Sitzungssaal: Auf seinem Fahrrad fuhr er bis ganz nach vorne. Ein Auto hat er nämlich nicht, erzählte er. Viel Geld verdient Schlett mit seinen Extremtouren nicht, erfahren die Jungreporter auf ihre Fragen, aber zum Leben

reicht es dem 50-Jährigen, der auch schon mehrere kuriose Wettkämpfe bestritten hat.

Zielsetzung

In einer Disziplin hält er sogar den Weltrekord: Er ist auf einer Rolltreppe sage und schreibe 21.000 Stufen gelaufen. In drei Stunden und 46 Minuten hat er außerdem auf einem Kreuzfahrtschiff einen Marathon absolviert. Und da er ständig in Bewegung ist und irgendeinen Sport betreibt, kann er sogar so viel essen wie er will und was er will, beantwortete Schlett eine Frage aus dem Publikum. Dass er zum Rennen nicht nur die Beine braucht, sondern auch seinen Kopf, war für die Journalisten auch interessant. Denn, so Schlett, bei langen Strecken setzt er sich immer ein Ziel nach dem anderen – beispielsweise eine Verpflegungsstation, dann die nächste.

Politikeralltag

Dass auch eine Politikerin viel zu erzählen hat, erfuhren die Jungjournalisten am nächsten Tag, als die stellvertretende Landrätin Claudia Kappes am Mikrophon stand. Von ihr erfuhren die Schüler, dass sie schon um 5.15 Uhr morgens aufsteht und meistens bis in die Nacht hinein arbeitet. Viel Freizeit hat sie nicht, aber um ihren Garten kümmert sie sich gerne. Sie erzählte, wie sie vom Kreistag in geheimer Wahl zur stellvertretenden Landrätin gewählt wurde und dass sie immer dann im Einsatz ist, wenn Landrat Roland

Schwing verhindert ist. Dann nimmt sie viele Termine wahr wie Feste, Ehrungen und Eröffnungen, sie leitet aber auch Sitzungen.

Interesse für Lokalpolitik

Das sei manchmal ganz schön stressig, da sie auch Bürgermeisterin von Stadtprozelten ist, gab sie zu, „aber das habe ich ja schon vor meiner Wahl gewusst.“ Kappes machte den Kindern Mut, sich für Lokalpolitik in ihren Gemeinden zu interessieren und immer zu fragen, wenn sie etwas wissen wollen. Eine besondere Ausbildung brauche es nicht, um Landrat zu werden, antwortete sie auf eine Frage und nannte ihren eigenen Lebenslauf: Sie selbst war Lohn- und Finanzbuchhalterin, nun ist sie Bürgermeisterin und stellvertretende Landrätin.

Luftbildquiz

An beiden Tagen nutzte auch Gerhard Rühl, Leiter des Büros des Landrats, die Gelegenheit, etwas über das Landratsamt zu erzählen und den Schülern eine Ausbildung in der Verwaltung schmackhaft zu machen. Schülergerecht erklärte er die Aufgaben der Behörde. Aufmerksam lauschten die Schüler, als er etwa vom Lagezentrum des Landratsamtes sprach, von dem aus bei Katastrophen die Einsatzkräfte koordiniert werden. Abwechslung brachte ein kleines Luftbildquiz, bei dem die Schüler Schulen aus der Vogelperspektive erkennen mussten. Mit einer kleinen, vom Landratsamt spendierten Stärkung verließen die Jungjournalisten die Behörde, im Gepäck zahlreiche Impressionen und um viele Informationen reicher. □



Jede Menge Fragen prasselten auf die stellvertretende Landrätin Claudia Kappes (r.) ein, als sie den Jungjournalisten im Rahmen des Projekts „Schule macht Zeitung“ Rede und Antwort stand. □

Tourismusverband Franken:

Konsequentes Streben nach Qualität

Mitgliederversammlung in Weißenstadt – Rekordergebnis übertroffen

„Franken bleibt in Bewegung – und die Richtung geht klar nach oben“, lautete das Fazit des Vorsitzenden des Tourismusverbandes Franken, Innenminister Joachim Herrmann MdL bei der diesjährigen Mitgliederversammlung in Weißenstadt. „2010 haben wir schon ein Rekordergebnis erzielt – das wir mit einem stolzen Plus von 5 Prozent 2011 noch einmal übertroffen haben“, zeigte sich Herrmann sichtlich erfreut.

Wie der Verbandsvorsitzende bemerkte, „verdanken wir das Ergebnis mit rund 21,3 Mio. Übernachtungen unserem konsequenten Qualitätsstreben und unserem Gespür für die richtigen Themen, ohne dass wir jedem Trend hinterherjagen“. Bisher sei auch das Jahr 2012 schon ein voller Erfolg: Im Zeitraum von Januar bis April stiegen die Übernachtungszahlen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum nochmals um 7,8 Prozent.

Kernkompetenzen

Franken liegt in den ersten vier Monaten des Jahres deutlich über den Übernachtungszahlen Gesamtbayerns, das ein Plus von 6,4 Prozent verzeichnet. Besonders wichtig sind die Gäste aus dem Ausland: In diesem Segment stiegen die Übernachtungszahlen von Januar bis April 2012 sogar um 10,2 Prozent. Trotz dieses Erfolges warnte Herrmann davor, den fränkischen Tourismus als Selbstläufer zu sehen. „Dass wir heute so gut dastehen, ist das Ergebnis eines konsequent verfolgten Weges, bei dem wir auf Qualität, bewährte Kommunikationsstrategien unabhängig von Verwaltungsgrenzen und unsere Kernkompetenzen setzen.“

Herrmann geht davon aus, dass der touristische Aufwärtstrend Frankens auch in den kommenden Monaten erhalten bleibt. Schließlich warte die Saison 2012 in Franken mit vielen Höhepunkten auf – Beispiel Nürnberg als Heimatstadt von Albrecht Dürer. Das Germanische Nationalmuseum zeigt bis zum 2. September 2012 die größte Dürer-Ausstellung in Deutschland seit 40 Jahren.

Brücke in die Geschichte

Auch in Kronach schlägt eine besondere Ausstellung eine Brücke in die Geschichte: Auf der Festung Rosenberg dreht sich die Bayernausstellung 2012 bis 21. Oktober 2012 um „Frankens Bollwerke“. Kriegszeiten, Belagerungen und der Alltag auf einer Burg sind die Schwerpunkte der Ausstellung, und so probieren die Besucher etwa an Aktivitäten aus, wie eine Kanone funktioniert und wie die Burgen gegen feindliche Angriffe gesichert wurden.

Landesgartenschau

Doppelten Grund zum Feiern hat 2012 die UNESCO-Welterbestadt Bamberg. Am 6. Mai jährte sich zum 1.000sten Mal die Weihe des Bamberger Kaiserdoms und im Jubiläumsjahr entdeckt man den Dom und seine Besonderheiten neu. Sowohl das Jubiläum selbst als auch die Jubiläumsausstellung im Diözesanmuseum tragen den Titel „Dem Himmel entgegen“. So führt die Ausstellung bis Ende Oktober 2012 unter anderem in eine mittelalterliche Dombauhütte oder beleuchtet den Spannungsbogen zwischen Denkmal und heiligem Raum. Der zweite Bamberger Höhepunkt lässt Besucherherzen aufblühen: Bis 7. Oktober 2012 ist Bamberg Gastgeber der Landesgartenschau. Für dieses große Gartenfest erwacht eine ehemali-

ge Industriebrache aus ihrem Domröschenschlaf.

Grünes Paradies

Franken stellt aber nicht nur aktuelle Veranstaltungen in den Mittelpunkt seines Marketings, sondern auch Besonderheiten, wie die etablierte Produktlinie „Franken kulinarisch erleben“ mit den drei Säulen „Franken – Wein.Schöner.Land!“, „Franken – Heimat der Biere“ und „Franken – Land der Genüsse“ zeigt. Neu ist das Thema „Parks & Gärten. Frankens Paradiese“, zu dem unter anderem eine ausführliche Broschüre erschienen und eine eigene Website online ist. „Mit Naturparks und einzigartigen Landschaften hat sich Franken zu Recht seinen Ruf als grünes Paradies erworben“, erläuterte Herrmann. „Mit dem Thema Parks und Gärten zeigen wir unsere grüne Pracht mit Paradiesen von Menschenhand geschaffen – und das ergänzt sich wunderbar.“

14 Wanderrouten

Gerade Urlaubsformen, bei denen man die Natur aktiv entdecken kann, spielen eine große Rolle in Franken, der man durch außergewöhnliche Qualität gerecht wird. So sind mittlerweile 14 Wanderrouten in Franken als „Qualitätsweg Wanderbares Deutschland“ bzw. als „Premium-

Landkreis Anzing:

Seniorenarbeit kann sich sehen lassen

„Seniorenarbeit ist ein Gestaltungsauftrag“, so Günther Gruber, der in Anzing für die Koordination rund um die Angebote für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger zuständig ist. CSU-Ortsvorsitzender Rupert Strasser hatte Gruber eingeladen, im Rahmen einer Vorstandssitzung die aktuellen Angebote für die Senioren in Anzing vorzustellen. Strasser, der auch Seniorensprecher der Gemeinde ist, rief dazu auf, sich in den verschiedenen Vereinen, Organisationen und Initiativen für die Älteren aktiv zu engagieren und dort, wo noch Defizite bestehen, gemeinsam nach Lösungen zu suchen.

In den Jahren 2009 und 2010 sei Anzing an dem Modellprogramm „Aktiv im Alter“ des Bundesfamilienministeriums beteiligt gewesen, was wesentlich dazu beigetragen hat, die Seniorenarbeit in der Gemeinde zu intensivieren, betonte Günther Gruber. Er stellte beispielhaft die aus dem den damals in „Bürgerforen“ entstandenen Initiativen „Aktiv ab 55“ und „70plus“ vor. Die Senioren würden die Angebote wie geselliges Beisammensein, gemeinsames Radfahren, Wandern, kulturelle Veranstaltungen, den englischen Stammtisch oder die Canasta-Runden „Stütze“ der Seniorenarbeit seien die Nachbarschaftshilfe, die Seniorengemeinschaft der Pfarrei, die AWO oder auch der VdK, und der Agenda-Arbeitskreis. „Unsere Anzinger Seniorenarbeit kann sich im Landkreis sehen lassen“, betonte Gruber.

Gruber sprach aber auch einige Defizite an: So könnte die Vernetzung der verschiedenen Gruppierungen in der Seniorenarbeit noch verstärkt werden und es könnten sich noch mehr Anzinger ehrenamtlich engagieren.

weg“ zertifiziert. Als beständig starke Größe zeigt sich auch der Radtourismus in Franken mit seinem umfangreichen Streckennetz. Als bisher einzige Radwege in Deutschland wurden der „Main-Radweg“ und der Radweg „Liebliches Taubertal – der Klassiker“ vom Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club (ADFC) mit fünf Sternen und damit mit der höchsten Qualitätsstufe ausgezeichnet.

Neuromarketing

Der Mitgliederversammlung vorausgegangen war ein Fachgespräch zum Thema „Dem Kunden in den Kopf schauen – Wie Sie mit Neuromarketing Ihre Zielgruppen besser verstehen“. Bernd T. Werner, Gruppe Nymphenburg Consult AG München, zeigte in seinem Vortrag anhand einer auf neurowissenschaftlichen Erkenntnissen basierten Zielgruppen-Typologie, wie der Kunde besser eingeschätzt und verstanden werden kann. Warum reagiert er eine Kunde begeistert auf etwas während ein anderer entsetzt abwinkt? Aus welchem Grund kann bei manchen Kunden für das „unschlagbare Angebot“ kein Interesse geweckt werden?

Mit Hilfe des Neuromarketingansatzes Limbic® können Werner zufolge Zielgruppen besser erkannt und speziell auf deren Bedürfnisse angesprochen werden. Sein Vortrag warf einen spannenden und unterhaltsamen Blick auf „unterschiedliche Typen“ und deren Entscheidungsverhalten. Dabei zeigte er auch konkrete Beispiele aus dem Tourismus und gab Tipps und umsetzbare Hinweise für die praktische Anwendung. **DK**



Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Na, ist euch aufgefallen, was für ein bemerkenswertes Jubiläum letztes Wochenende gefeiert wurde? 20 Jahre Handy, wenn das kein Grund zum Jubeln ist.“ Mein Chef, der Bürgermeister, freute sich an unseren verständnislosen Gesichtern.

Während unsereins mit der mentalen Verarbeitung des Halbfinal-Aus unserer Mannschaft bei der Fußball-EM und mit Schwitzen beschäftigt war, hat unser Chef sich auf die Artikel gestürzt, die zum Mobil-Jubiläum erschienen sind. Jetzt, wo er erzählt, verstehe ich ihn: Zwischen 30. Juni und 1. Juli 1992 wurde das digitale D-Netz in Betrieb genommen, das dem damals marktbeherrschenden C-Netz bald den Rang ablaufen sollte. Vergleicht man die Situation damals mit heute, wird einem klar, dass wir tatsächlich in einer Zeit der digitalen Revolution leben, die unser Leben gründlich durcheinander gebracht hat.



Vielleicht aber haben erst die Einführung des D-Netzes, seine Ergänzung durch das E-Netz und die damit einhergehende Miniaturisierung der Mobiltelefone und der Preissturz bei den Gebühren zu unseren jetzigen Kommunikationsbedürfnissen geführt. Schließlich telefonieren heute die Deutschen im Durchschnitt 42 Stunden im Jahr mobil und verschicken 700 SMS (meine Nichte locker das Dreifache). 60 Prozent der Jugendlichen würden lieber auf Sex verzichten als auf ihr Mobiltelefon, 53 Prozent der männlichen Jugendlichen glauben, sie könnten eine Woche ohne Handy aushalten, bei den weiblichen sind nur 39 Prozent so optimistisch.

Von den ersten D-Netz-Porties (so hießen Handys damals, die ihren pseudoanglo-deutschen Namen angeblich den Marketingleuten der Telekom verdanken), die von Fachzeitschriften mit Hundeknochen verglichen wurden und weder in einer Hand- noch Hosentasche Platz hatten, bis zu den heutigen Smartphones, die außer Tango tanzen und Kühe melken so gut wie alles können, hat es nur zwei Jahrzehnte Entwicklung bedurft – eigentlich Wahnsinn, oder?

Mein Chef, der Bürgermeister, macht uns aber auch mit einer der Gegenbewegungen vertraut. 320.000 Menschen weltweit haben sich z.B. über ein Internetportal zusammengefunden und schicken sich gegenseitig Postkarten – ganz traditionell mit der gelben Post und Laufzeiten von vielen Tagen rund um den Erdball. Ein Comeback der Langsamkeit und der überlegten Kommunikation. Dazu passt ein Goethe-Wort, das ich dem Chef aufs - na klar - Handy schicke: „Man muss etwas zu sagen haben, wenn man reden will.“

Kommunikation ist menschlich

Mit dem C-Netz mobil zu telefonieren, war unheimlich teuer und beschwerlich. Eigentlich gab es nur in Autos eingebaute Telefone, das mobile Zusatzteil wog fünf Kilo und sah aus wie ein tiefschwarzer Notfallkoffer. Der Kasten kostete stolze 2.500 Euro und die Gesprächsminute dann noch mal einen Euro. Wir bekommen kaum zusammen, wer damals bei uns ein solches C-Netz-Telefon hatte – vielleicht zwei oder drei Geschäftsleute, die nach der Wiedervereinigung rasch in den jungen Ländern engagiert waren, ein erfolgreicher Anwalt, der heute noch jedes elektronische Spielzeug als Erster hat. Schon beim Landrat sind wir uns unsicher und der Vorgänger vom Bürgermeister hatte geschert kein solches Teil im Dienstwagen.

Wie zum Henker haben wir damals unser Kommunikationsverlangen außerhalb der eigenen Wände gestillt? Natürlich gab es noch an jeder Ecke das vormals gelbe, staatliche Telefonhäuslerl, wahlweise mit Karte oder Münzen zu betreiben, in dessen Innerem ein Aufkleber mahnte: „Fasse Dich kurz.“ – der hohen Gebühren wegen, und weil andere auch mal wollten. Aber ich erinnere mich auch noch, wie meine Eltern während des Italien-Urlaubs sorgfältig

Hilfestellung geben würden, noch nicht ausreichend angenommen. Hier müssten, so Gruber, wohl noch Hemmschwellen abgebaut werden.

In der Diskussion ging es um die Perspektiven der Anzinger Seniorenarbeit. Rupert Strasser und sein Stellvertreter Bernhard Haimmerer gingen auf die Planungen für die Senioreneinrichtung in der Högerstraße ein. Hier sollen Wohnungen und Pflegeplätze entstehen; die Gemeinde Anzing plant, dies ohne Investor selbst zu schultern. Günther Gruber betonte, dass im Rahmen der Einrichtung auch zahlreiche Arbeitsplätze in Anzing entstehen, dies komme der ganzen Gemeinde zugute.

Ein weiteres Thema war die

Verbesserung der innerörtlichen Querungshilfen für Ältere und die Verbreiterung der Gehwege, zum Beispiel an der Högerstraße beim Gasthof „Alte Post“. Hier setzte sich die CSU-Gemeinderatsfraktion besonders ein, so Rupert Strasser. Er schlug daneben auch vor, künftig die verschiedenen Initiativen für junge Familien in der Gemeinde und die Seniorenarbeit enger zu verzahnen. „Wir wollen Anzing zu einer familienfreundlichen Kommune machen, da gehören Jung und Alt eng zusammen. Jeder kann vom anderen profitieren“, so der CSU-Ortsvorsitzende. Strasser dankte Günther Gruber abschließend und seinen Mitstreitern für ihre engagierte Arbeit für die Gemeinde. **ka**

dem Pfaffenhofener Rathaus keine „schwarzen Löcher“ ohne Bild und Ton, denn hier haben alle Stadträte der Übertragung zugestimmt.

Tagesordnungen

„Wir haben nichts zu verheimlichen“, erklärt Thomas Herker stellvertretend für alle 30 Stadträte. Und damit die Bürger daheim am PC auch immer wissen, worüber da im Festsaal des Rathauses gerade diskutiert wird, sind die Tagesordnungen direkt mit eingebunden und auch die Beschlussvorlagen und Protokolle der Sitzungen sind jederzeit mit einem Link auf Ratsinformationssystem auf www.pfaffenhofen.de verfügbar.

Wortmeldungen

Das Übertragungsbild ist beim Livestream grundsätzlich auf das Podium mit Bürgermeister, Verwaltung und Leinwand ausgerichtet. Bei Wortmeldungen kommen die jeweiligen Stadträte ins Bild. Erst wenn ein Stadtrat den Mikrofonknopf betätigt, wird die Kamera auf diesen Sprechplatz ausgerichtet. Da keine Kameraraschwenks übertragen werden, ist sichergestellt, dass nur aktive Redner zu sehen sind.

Zwei Qualitätsstufen

Mit dem Livestream wurde die Firma pn medien (Pafnet) beauftragt. Sie bietet die Übertragung in zwei Qualitätsstufen an, damit auch User mit einem langsamen Internetzugang die Sitzung verfolgen können.

Der Livestream findet sich im Internet unter:
www.pfaffenhofen.de/livestream

Transparent und weltoffen

Pfaffenhofen a. d. Ilm überträgt als erste bayerische Kreisstadt alle Stadtrats-Sitzungen live im Internet

„Live aus dem Rathaus Pfaffenhofen!“ heißt es künftig alle vier Wochen im Internet: Ende Juni wurde erstmals eine Sitzung des Pfaffenhofener Stadtrates live im Internet übertragen. Alle vier Wochen kann man dann auf www.pfaffenhofen.de/livestream die öffentlichen Stadtrats-Debatten mitverfolgen.

Der Stadtrat hat die Live-Übertragung seiner öffentlichen Sitzungen Anfang Februar beschlossen. Mittlerweile wurden die technischen Voraussetzungen geschaffen und bei einem Probelauf in der letzten Bauausschuss-Sitzung wurde das Streaming bereits erfolgreich getestet. Die Premiere konnten alle Interessierten nun vom Wohnzimmerstuhl oder von unterwegs mitverfolgen. Und das sollen sie künftig bei allen öffentlichen Stadtratsitzungen können, wie Bürgermeister Thomas Herker erklärte: „Wir wollen mehr Offenheit und Transparenz schaffen

und den Bürgern einen Zugang zu den Sitzungen ermöglichen, ohne dass sie ins Rathaus kommen müssen.“

Jeder kann zuschauen

Durch den Livestream werden sicher viele Pfaffenhofener erstmals eine Stadtratsitzung miterleben, denn Zuschauer im Sitzungssaal gibt es meistens nicht allzu viele. Jetzt kann sich jeder hier jederzeit reinklicken!

Mit der Live-Übertragung übernimmt die 24.000-Einwohner-Stadt in der Hallertau wieder

einmal eine Vorreiterrolle: Acht Monate nachdem Bürgermeister Herker mit dem Titel „Lebenswerteste Stadt der Welt“ von den LivCom Awards aus Südkorea heimkehrte, macht Pfaffenhofen jetzt mit den Attributen „transparent und weltoffen“ von sich reden, da sie als erste bayerische Kreisstadt alle öffentlichen Stadtratsitzungen komplett live im Internet überträgt.

Zustimmung aller Stadträte

So viel Offenheit beweisen bisher nur sehr wenige deutsche Städte und in Bayern hat sich nur die Stadt Passau bereits für Livestreams aus dem Stadtrat entschieden. Im Gegensatz zu Passau gibt es aber bei der Übertragung aus

Europaregion Donau-Moldau:

Feierliche Gründung in Linz

Nach dreijähriger intensiver Vorbereitungszeit wurde auf einem Donauschiff in Linz die Europaregion Donau-Moldau (EDM) feierlich gegründet. Bei der internationalen Arbeitsgemeinschaft handelt es sich um einen Zusammenschluss von sieben Regionen mit sechs Millionen Einwohnern: in Deutschland sind es die Regierungsbezirke Niederbayern, Oberpfalz und der Landkreis Altötting, in Tschechien die Kraje Südböhmen, Pilsen und Vysocina und in Österreich das niederösterreichische Most- und Waldviertel sowie Oberösterreich.

Damit Niederbayern und der oberbayerische Landkreis Altötting in diesem grenzübergreifenden Kreis als starker Partner auftreten können, war im Vorfeld in Passau der Verein „Europaregion Donau-Moldau e.V.“ aus der Taufe gehoben worden. Die Sitzung wurde von Deggendorfs Landrat Christian Bernreiter, dem Sprecher der niederbayerischen Landräte, eröffnet und vom Euregio-Vorsitzenden, Landrat Ludwig Lankl (Freyung-Grafenau), geleitet.

Die Versammlung verabschiedete die Satzung und beschloss die Eintragung in das Vereinsregister. Dem folgte die Wahl des Gründungsvorstands. Vorsitzender ist Landrat Ludwig Lankl (Freyung-Grafenau), sein Stellvertreter Landrat Franz Meyer (Passau). Zu Beisitzern wurden Landrat Christian Bernreiter (Deggendorf), Landrat Michael Adam (Regen) und Oberbürgermeister Markus Pannermayer (Straubing) berufen.

Beim Gründungsfestakt in Linz hob Bayerns Europaministerin Emilia Müller den Wert der Europaregion für die Oberpfalz

hervor: „Die Europaregion Donau-Moldau, deren Vorbereitungsphase ich von Beginn an mit Nachdruck unterstützt habe, ist für die Oberpfalz einer der Schlüsselbausteine für eine gute Zukunft. Sie wird unsere Heimat im Verbund mit ihren Nachbarregionen noch stärker europaweit als Marke zwischen den Metropolregionen München, Nürnberg, Prag und Wien profilieren. Und sie wird für die Oberpfälzer auf vielen Feldern konkreten Nutzen bringen.“

Idee mit Leben füllen

Der Oberpfälzer Bezirkstagspräsident Franz Löffler sieht klar die Vorteile der grenzüberschreitenden Kooperation für die Menschen: „Die Europaregion Donau-Moldau ist eine hervorragende Chance, den Raum zwischen München, Nürnberg, Prag und Wien noch besser zu vernetzen. Es geht darum, diese Idee mit Leben zu füllen und den Menschen den Mehrwert einer breit angelegten grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bewusster zu machen.“

Landrat Ludwig Lankl, der das Gründungsstatut der EDM in Linz gemeinsam mit den anderen EDM-Regionen unterzeichnete, meinte: „Der Austausch zwischen den Regionen eröffnet uns Möglichkeiten zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, die wir als einzelne Regionen nicht hätten.“

Neue Epoche

Als „neue Epoche der trilateralen Zusammenarbeit“ begrüßte Ivo Grüner, Vize-Hauptmann der Region Pilsen, die grenzüberschreitende Kooperation: „Wir werden mit der Europaregion dafür sorgen, dass unsere Unternehmen, die Bevölkerung und unsere Wirtschaft von den Entwicklungen in anderen Regionen lernen und profitieren können und werden unser Know-how beisteuern.“

Die niederösterreichische Landesrätin Barbara Schwarz zeigte sich davon überzeugt, „dass die trilaterale Zusammenarbeit in ganz verschiedenen Bereichen Sinn für alle Beteiligten macht, etwa wenn es um grenzüberschreitende Infrastrukturmaßnahmen oder Ausbildungswege für die Jugend geht“.

Beste Startposition

Die künftige Zusammenarbeit soll der Europaregion die „beste Startposition im europäischen Wettbewerb der Regionen“ bringen. Geplant ist unter anderem die Zusammenarbeit in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Bildung, erneuerbare Energien, Tourismus, Mobilität sowie Kultur. Außerdem könne man stärker in Berlin, Prag und Wien aber auch in Brüssel auftreten.

Jede Partnerregion übernimmt die Federführung in einem der insgesamt acht Themenbereiche, die Oberpfalz ist zuständig für das Zukunftsfeld „Die EDM als

Forschungs- und Innovationsraum“. In den vergangenen Jahren hat sich die Oberpfalz mit zahlreichen Forschungseinrichtungen an den Hochschulen und in der Wirtschaft zu einem zukunftsorientierten Wissenschafts- und Forschungsstandort entwickelt. Diese Stärken will die Oberpfalz in das EDM-Netzwerk einbringen und in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit weiter entwickeln. **DK**

Bürgermeisterwahlen in Bayern

Ergebnisse in Deggendorf, Hauzenberg und Icking

Der 34-jährige Kreisrat und dritte Bürgermeister von Deggendorf Christian Moser ist zum neuen Oberbürgermeister gewählt worden. Für den CSU-Politiker stimmten 56,7 Prozent. Er tritt damit die Nachfolge seiner 61 Jahre alten Parteikollegin Anna Eder an, die sich nicht mehr zur Wahl gestellt hatte. Eder war einst die erste Oberbürgermeisterin Niederbayerns.

Abgeschlagen landete der Kandidat der Freien Wähler Georg Meiski mit 25,3 Prozent der Stimmen auf Platz zwei, die Grünen-Politikerin Renate Franzel erhielt 8,0 Prozent, der SPD-Bewerber Jakob Hamburg 7,5 Prozent. FDP-Mann Karl Hauser musste sich mit 2,5 Prozent begnügen.

In Hauzenberg (Landkreis Passau) wurde die parteilose Kandidatin der CSU Gudrun Donaubauer zur neuen Bürgermeisterin bestimmt. Die 47-jährige Geografin setzte sich mit 55 Prozent der Stimmen gegen den bisherigen dritten Bürgermeister Otto Obermeier, der für die Freien Wähler angetreten war, durch.

Der neue Amtsinhaber hat die schwierige Aufgabe, die Kasernenaffäre aufzuklären. Anfang 2012 war bekannt geworden, dass der Kassierer der Stadtkasse über Jahre hinweg zwei Mil-

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt eine Eigenbeilage des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH zum Jubiläum „40 Jahre MVV“ bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. **□**

Staatsbad Bad Kissingen:

Planungssicherheit für die Zukunft

Der Freistaat investiert über 21 Mio. Euro in das ehemalige Luitpoldbad und verlängert sein Engagement im Bereich des operativen Kurgeschäftes bis 2025. Die Stadt Bad Kissingen übernimmt bis 2018 schrittweise weitere 13 Prozent der Geschäftsanteile an der Staatsbad GmbH. „Alle Beteiligten gewinnen mit dieser Einigung ein großes Stück Planungssicherheit für die Zukunft“, stellte Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer bei der Unterzeichnung des Staatsbad-Konsortialvertrags zwischen dem Freistaat Bayern und der Stadt Bad Kissingen fest.

„Der Freistaat wird im Bereich der Staatsbäder-Immobilien seinem kulturellen Erbe und seiner Verantwortung unverändert gerecht. Das operative Geschäft wird vor Ort geleistet. Dies geht nur mit verstärktem kommunalem und privatem Engagement“, betonte Pschierer. Die Verantwortung für das Staatsbad werde schrittweise in kommunale Hände gelegt, in für Bad Kissingen verträglichen Schritten. Die Stadt habe nach dem neuen Vertrag ab 2018 insgesamt 53 Prozent Anteile an der Staatsbad GmbH.

Der Staatssekretär erinnerte daran, dass der Freistaat für Investitionen in das Staatsbad Kissingen in den letzten 30 Jahren bereits

mehr als 100 Millionen Euro aufgebracht habe. Das Luitpoldbad werde in den nächsten Jahren für über 21 Millionen Euro zu einem Behördenzentrum ausgebaut.

Das Staatsbad Bad Kissingen werde sich in Zukunft vom Kurgast stärker zum Gesundheitstouristen hin ausrichten müssen. „Bei diesem Wandel wird es der Freistaat Bayern offensiv unterstützen“, kündigte Pschierer an. Mit seiner Funktion als Gesundheitsnetzwerk stärke das Staatsbad auch den ländlichen Raum. Die Veränderungen in der Sozialgesetzgebung führten zu Veränderungen bei den Bayerischen Staatsbädern. Die Bedeutung der klassischen Kur werde abnehmen, die Zukunft liege in der Prävention und im Gesundheitstourismus. „Die Menschen haben verstärkt das Bedürfnis, etwas für die Erhaltung ihrer Fitness und Gesundheit zu tun. Gepflegte Ambiente und toller Service - darauf fußt der Erfolg der bayerischen Heilbäder und Kurorte. Deshalb muss auch dieses Segment der bayerischen Tourismusindustrie noch attraktiver gestaltet werden“, erklärte Pschierer. **□**

lionen Euro unterschlagen hatte.

Ohne Gegenkandidat wiedergewählt wurde die Ickinger Bürgermeisterin Margit Menrad (Unabhängige Bürgerliste Icking). Das stolze Ergebnis von 87,4 Prozent der gültigen Stimmen wurde getrübt durch die geringe Wahlbeteiligung. Lediglich 27,3 Prozent der Bürger gaben ihr Votum ab. **DK**

Vorschau auf GZ 14

In unserer Ausgabe Nr. 14, die am 19. Juli 2012 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energieversorgung · Energiesparmaßnahmen
- Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV
- Winterdienst-Planung · Kommunalfahrzeuge
- Fachliteratur für Kommunalpolitiker und Kommunalverwaltungen
- Kommunale Rechtsfragen

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Abfallbehälter

BECK GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/69 33 00
www.stadtmobel.de

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Bänke

Nusser Stadtmöbel GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/693-111
www.stadtmobel.de

Fahradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Kommunale Energieberatung

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert
Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!
Tel. 089/89066890 • www.klima-kommune.de
Peter.Keller@greencity-energy.de

Parkbänke

Zinder
PARKBÄNKE
Zum Moos 1a
87772 Pfaffenhausen
Telefon 08265/7332695
parkbank@max-zinder.de
www.max-zinder.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Partner in Sachen Druck

Gemeindezeitungen · Wahldrucksachen · und vieles mehr

ORTMAIER DRUCK GmbH
Tel. 0 87 32 / 92 10-663 · Fax 0 87 32 / 92 10-669
service@ortmaier-druck.de · www.ortmaier-druck.de

Das Online-Druckportal - Ein Service der Ortmaier Druck GmbH

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (027 73)82218
Telefon: (027 73)82256 · www.hailo-professional.de

Inserieren bringt Erfolg!

www.gemeindezeitung.de

Sportgeräte

www.benz-sport.de ORIGINAL
BENZ SPORT
Tel. 07195 / 69 05 - 0 | Fax 07195 / 69 05 - 77 | info@benz-sport.de

Urkunden, Diplome, Zertifikate

URKUNDEN Atelier.at
Wertschätzung & Anerkennung
Urkunden für jeden Anlass
und Urkundenzubehör
www.urkunden-atelier.at

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (0 8171) 93 07-13

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
0 53 26 / 5 02-0
Wartehallen
38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Feuerungsanlagen

LRS
LÜFTUNGS-REINIGUNGS-SERVICE
Franz Sedlmeier
Inhaber
Lüftungs-Reinigungs-Service
Wolfratshäuser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
E-Mail: info@lr-service.de
Internet: www.lr-service.de

DAL
LÜFTUNGS-REINIGUNGS-SERVICE

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led
gerasmühle str. 23
90547 stein
telefon: 0911/69 39 65
telefax: 0911/69 59 63
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Vertragshändler für: **ledlight star**
Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!



Beim Festakt in München: Freude und Stolz auf 40 Jahre MVV (v. l.): Geschäftsführer Alexander Freitag, OB Christian Ude, Verkehrsminister Martin Zeil, MVV-„Gründungsvater“ Alt-OB Dr. Hans-Jochen Vogel und Landrat Thomas Karmasin.
Bild: MVV/Mike Schmalz

Ganzheitliche Ansätze mit Synergieeffekten:

40 Jahre



Von Alexander Freitag, MVV-Geschäftsführer

Im Jahr 2012 wird der Münchner Verkehrs- und Tarifverbund vierzig Jahre alt. Bei einem solchen Jubiläum hält man gerne Rückschau auf das bisher Geleistete. Als im Mai 1972 der Verbundverkehr startete, kam ein vielschichtiger Planungs- und Entscheidungsprozess zu einem guten Ende. Bereits einige Jahre zuvor diskutierte man, ob die vorhandene Tram zu einer Unterpflasterstraßenbahn auszubauen oder doch eine vollwertige U-Bahn erforderlich sei, um die zu erwartenden Verkehrsströme zu bewältigen.

Zu prüfen war auch, welches Verkehrsunternehmen die klassische Verkehrsachse vom Hauptbahnhof über den Marienplatz zum Ostbahnhof betreiben sollte. Bei den damals neuen, einheitlichen Verbundfahrpreisen fragte man sich, ob Kostendeckung angestrebt oder durch günstige Tickets eher eine möglichst große Verkehrsverlagerung auf den ÖPNV bewirkt werden sollte.

Dies waren nur einige der grundlegenden Probleme, die frühzeitig gelöst werden

mussten. Dann galt es, die grundsätzliche Weichenstellung zwischen einem „bloßen“ Tarifverbund oder einem „echten“ Verkehrs- und Tarifverbund, mit weitgehender Integration des ÖPNV im Großraum München, vorzunehmen.

Integrierter Verkehrsverbund

Die Gründungsväter von damals haben mit der Entscheidung zu Gunsten des integrierten Verkehrsverbun-

des ganzheitliche Ansätze mit Synergieeffekten vor Kirchturmdenken und Einzelinteressen gesetzt. Sie haben sowohl auf der politischen Ebene der Gebietskörperschaften als auch auf der Ebene der Verkehrsunternehmen Barrieren überwunden - zum Wohl der Fahrgäste.

Wettbewerbsfähiges ÖPNV-Angebot

Dieser Ansatz gilt inzwischen als Königsweg für ein wettbewerbsfähiges ÖPNV-Angebot und hat in vielen Regionen - nicht nur in Deutschland - Nachahmer gefunden. Den Gründervätern von damals kann daher nicht genug für ihre mutigen und vorausschauenden Entscheidungen gedankt werden, die sich aus heutiger Sicht

durchwegs als richtig und zukunftstauglich erwiesen haben.

Wie stellt sich die aktuelle Situation unseres Jubilars dar? Die Bewohner des Großraums München profitieren tagtäglich und unmittelbar von dem, was Verkehrsunternehmen, Aufgabenträger und Verbundgesellschaft leisten. Ein beispielloses Verkehrsangebot schafft Mobilität (Fortsetzung nächste Seite)



(Fortsetzung von Seite 1)
 lität für die ganze Region. Während zu Beginn jeder Einwohner im Verbundgebiet im Durchschnitt 163 Fahrten im MVV unternahm, sind es heute 235 Fahrten im Jahr. Was dem Großraum München damit an motori-

schauende Entscheidungen wie vor 40 Jahren notwendig.

Integrationsbedürfnis in die Metropolregion

Mit derselben Tatkraft wie in den Gründerjahren ist der dringend gebotene Ausbau



Bundeskanzler Willy Brandt gemeinsam mit dem „Gründungsvater“ des MVV, Münchens Oberbürgermeister Dr. Hans-Jochen Vogel nach der Besichtigung des Stachus-Untergeschosses im Jahr 1972. □

siertem Individualverkehr mit all seinen negativen Folgen erspart wird, vermag sich jeder selbst auszumalen.

Damit das MVV-System aber nicht Opfer des eigenen Erfolges wird, sind nun wieder vergleichbar voraus-

der Infrastruktur nun möglichst rasch anzugehen. In einem sich zunehmend liberalisierenden ÖPNV-Markt ist den zentrifugalen Kräften entgegenzuwirken und die Integrationskraft der Regieebene zu stärken. Die räumli-



Anlässlich des 40. MVV-Geburtstags überreichte MVV-Geschäftsführer Alexander Freitag neben dem aktuellen Fahrplanbuch 2012 Oberbürgermeister Christian Ude den Nachdruck der limitierten Jubiläumsausgabe des MVV-Fahrplanbuches von 1972. □

che Ausdehnung des Verbundsystems ist vor dem Hintergrund der Verkehrsströme und dem Integrationsbedürfnis in die Metropolregion zu überprüfen. Die Finanzierung für den Erhalt und den Neubau der Infrastruktur sowie den laufenden Betrieb ist langfristig sicher zu stellen. In diesem Sinne vermag der Blick zurück anlässlich des runden Geburtstages auch eine Perspektive für den Ausblick in eine erfolgreiche Zukunft geben.

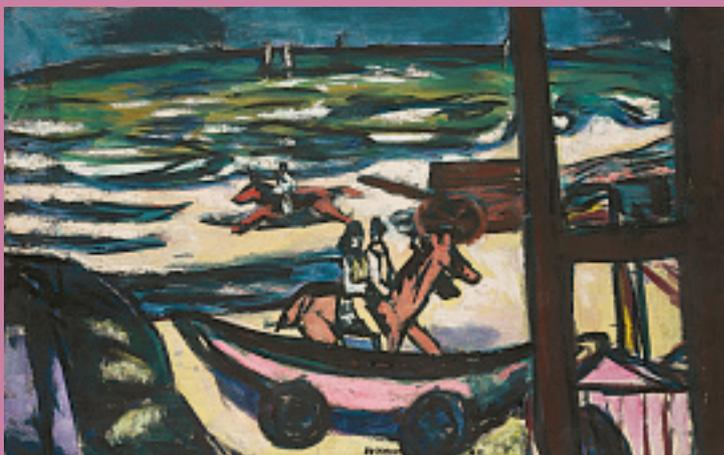
Anlass zu danken

Das stolze Jubiläum ist auch willkommener Anlass, sich einmal ganz herzlich zu bedanken. Ein herzliches Dankeschön gilt den kompetenten Verbundverkehrs-

unternehmen und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die tagtäglich an der Nahtstelle zum Kunden ihre Arbeit verrichten. Dank gilt den Aufgabenträgern, die mit wegweisenden verkehrspolitischen Entscheidungen, Vorgaben und Steuerungsinstrumenten den Rahmen für den Erfolg des Verbundsystems geschaffen haben und künftig erhalten müssen. Besonders zu danken ist den Fahrgästen, die das Angebot aus einer Hand und die gemeinsame Benutzeroberfläche des MVV gut annehmen. Die „Abstimmung mit der Fahrkarte“ ist die beste Begründung für den Erhalt und Ausbau des Systems.

Der MVV und seine Verbundpartner wünschen allzeit gute Fahrt! □

Das Kunstmuseum am Starnberger See



Max Beckmann, Museum Norddeich (Strand am Strand), 1946 © VG Bild Kunst, Bonn 2012

Expressionisten
 Sonderausstellungen
 Events

 BUCHHEIM
 MUSEUM

Bernried am
 Starnberger See

www.buchheimmuseum.de

Münchner Verkehrsgesellschaft:

München fährt MVG

U-Bahn, Bus und Tram in München werden von der Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) betrieben. Die Verkehrstochter der Stadtwerke München (SWM) ist das zweitgrößte kommunale Verkehrsunternehmen in Deutschland – und größter Partner im Münchner Verkehrs- und Tarifverbund. Sie verantwortet den Linienbetrieb, plant das Angebot und den Fahrzeugeinsatz, verantwortet den Fahrsccheinverkauf und betreibt Marketing, Markt- und Verkehrsforschung.

Was 1861 mit Großraumkutschen auf einer Linie in der Innenstadt begann, hat sich in 150 Jahren zu einem dichten und flächendeckenden Netz aus über 80 U-Bahn-, Bus- und Tramlinien entwickelt. Das MVG-Betriebszentrum steuert im Berufsverkehr mehr als 80 U-Bahnzüge, mehr als 80 Tram-



bahnen und fast 400 Busse gleichzeitig. In keiner anderen deutschen Großstadt ist das Angebot dichter und nirgendwo sonst wird es besser genutzt. Allein in den letzten zehn Jahren hat die MVG ihr Angebot um knapp 20 Prozent gesteigert. Sie zählt inzwischen über 522 Millionen Fahrgäste – rund 1,5 Millionen pro Tag – und bekommt Jahr für Jahr Spitzenwerte in unabhängigen Befragungen zur Kundenzufriedenheit. 95 Prozent der Münchnerinnen und Münchner sind MVG-Kunden. Für sie sichern die rund 2.700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei U-Bahn, Bus und Tram ein Stück Münchner Lebensqualität.

Der Fahrgastverband Pro Bahn würdigte die MVG und ihren Geschäftsführer Herbert König 2011 mit dem

„Fahrgastpreis“ für den „fahr-gastbezogenen Nahverkehr, die Revitalisierung der Tram und Verbesserungen und Ausbauten trotz schwierigster Finanzlage“. Und der ADAC kürte das Münchner ÖPNV-Angebot gar zum besten in Europa. Eine Wurzel des Erfolgs ist auch, dass das Verkehrsunternehmen MVG im Rahmen des Stadtwerke-Konzerns und als städtische Gesellschaft Teil der kommunalen Daseinsvorsorge ist. Die MVG bietet damit ein Angebot aus einem Guss – wirtschaftlich, aber nicht profitorientiert; im besten Sinne unternehmerisch, aber gleichzeitig dem städtischen Gemeinwohl verpflichtet. In München fahren Bus und Bahn schon seit über 100 Jahre unter städtischer Flagge.

Der weitere Ausbau des MVG-Netzes ist im Rahmen der „MVG-Angebots-offensive 2010 – 2020“ fest vorgesehen: Zu den größten Meilensteinen zählt dabei die Einführung des 2-Minuten-Takts auf einem ersten U-Bahnabschnitt in der Innenstadt zum Fahrplanwechsel im Dezember 2013, um Kapazitätsengpässen entgegen zu wirken. Seit vergangenem Dezember fährt die neue „Tram St. Emmeram“ auf 4,3 Kilometern in den Münchner Osten. Bei der Tram setzen SWM/MVG auf weitere Neubauprojekte wie die Verlängerung zum Pasinger Bahnhof (bis Ende 2013), die Tram-Westtangente und die Tram-Nordtangente mit ihrem fahrleitungswesen Teilstück im Englischen Garten. 150 Jahre nach seiner Eröffnung boomt der Nahverkehr in München. □

Mobilität ist Lebensqualität

„München mag Dich“. Mit diesem Slogan präsentiert sich München als lebenswerte und weltoffene Metropole.

Besonders gut ist: Auch München wird gemocht. Von seinen Bewohnern genauso wie von Besuchern aus aller Welt. Zur guten Lebensqualität einer Stadt gehört auch, dass eine umwelt-



freundliche und hochwertige Mobilität gewährleistet wird – und dies geht in einem Ballungsraum nur mit öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Die Basis dafür wurde vor 40 Jahren gelegt. Die Gründungsväter des MVV haben sich wider dem damaligen Zeitgeist nicht vom Leitbild der autogerechten Stadt beeinflussen lassen. Vielmehr brachten sie mit bemerkenswertem Weitblick ein beispielhaftes Verkehrskonzept auf den Weg, das auch Stadt und Umland immer enger miteinander verknüpfte.

Die Erfolgsgeschichte des öffentlichen Verkehrs in München basiert auf der visionären Entscheidung, in München ein vollwertiges U-Bahn-System zu errichten. Gemeinsam mit dem S-Bahn-Netz bildet es das Rückgrat des MVV-Systems. Ergänzt wird es durch Trambahn- und Busnetze. Aber erst der Verkehrsverbund macht hieraus – getreu dem Motto „1 Netz. 1 Fahrplan. 1 Ticket“ – das für den Fahrgast richtig attraktive, einheitliche unternehmens- und gebietsübergreifende Gesamtsystem.

Die durchschnittlich 235 Fahrten pro Einwohner und Jahr sprechen eine deutliche Sprache – der Großraum München liegt hier bundesweit klar an der Spitze. Durch Zusammenarbeit der verschiedenen Aufgabenträger und die Kooperation der Verkehrsunternehmen ist der MVV ein Paradebeispiel für interkommunale Zusammenarbeit. Garant für dieses gelungene Zusammenspiel ist die Verbundgesellschaft als Dachorganisation, mit der die Aktivitäten gebündelt werden.

Seit nunmehr 40 Jahren nimmt die MVV GmbH als Managementgesellschaft zentrale Aufgaben wie die Ausgestaltung des Gemeinschaftstarifs, die Organisation des regionalen Busverkehrs, die konzeptionelle Verkehrsplanung oder das unternehmensübergreifende Marketing wahr. Über die Dachmarke „MVV“, unter der ÖPNV in München und seinem Umland angeboten wird, ist „MVV fahren“ im Bewusstsein der Bürger ein Synonym für schnelle, komfortable und ökologisch nachhaltige Mobilität.

Wesentlicher Faktor auch für den großen wirtschaftlichen Erfolg des Ballungsraums München ist der ÖPNV, ganz entscheidend für den Erfolg des ÖPNV ist wiederum die Infrastruktur. Der Handlungsbedarf ist hier drängend, in Zeiten knapper Kassen sind mutige, strategische Entscheidungen gefragt. So würde die zweite Stammstrecke für die S-Bahn mit dem Ausbau des Bahnknotens München neue zukunftsweisende Handlungsoptionen für die nächsten 40 Jahre für Stadt und Umland eröffnen.

Christian Ude

Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München
Vorsitzender der MVV-Gesellschafterversammlung

1 Netz. 1 Fahrplan. 1 Ticket.

Der freie Verkehr von Personen ist eine der zentralen Voraussetzungen für unser offenes und freiheitliches Gesellschaftsmodell. Gerade in wirtschaftlich dynamischen Regionen, zu denen München mit seinem Umland vorrangig gezählt werden darf, ist Mobilität ein zentrales verkehrspolitisches Anliegen. Es handelt sich aber auch um ein spannungsgeladenes und oftmals umstrittenes Thema. In diesem Spannungsfeld agiert seit nunmehr vierzig Jahren der MVV.



So vielfältig die Herausforderungen in dieser Zeitspanne waren, eines hatten sie gemeinsam: Sie wurden vorbildlich gemeistert. Ob es eines der größten S-Bahn-Netze

Deutschlands war, das pünktlich zu den Olympischen Spielen 1972 bereitstand, die Schaffung eines attraktiven Verbundtarifs oder auch die Integration der zahlreichen Verkehrsunternehmen zu einem gemeinsamen Ganzen – das MVV-Leitmotiv „1 Netz. 1 Fahrplan. 1 Ticket.“ bringt auf den Punkt, was in dieser Zeitspanne erreicht wurde. In Anbetracht des bisher Geleisteten erwarte ich, dass auch die bevorstehenden Herausforderungen bewältigt werden.

Das MVV-Netz nimmt einen Spitzenplatz bei Dichte und Bedienungsqualität ein. Es ist eingebunden in den bayernweiten Schienenpersonennahverkehr (SPNV) und eng vernetzt mit dem Regionalbusverkehr in den Verbundlandkreisen. Die weitere Integration der Verkehrsträger sowie die Sicherung der Qualität der Leistungen bleibt eine Hauptaufgabe des MVV.

In einer Verkehrsprognose für das Jahr 1972 ist man von 240.000 SPNV-Fahrten pro Werktag im MVV-Gebiet ausgegangen. Inzwischen verzeichnet der SPNV im Verbundraum werktäglich rund 800.000 Fahrten. Niemand hat beim Verbundstart einen solchen Erfolg für möglich gehalten.

Man kann heute schon sicher sagen, dass sich der Großraum München weiter dynamisch entwickeln wird. Gerade deshalb brauchen wir dringend infrastrukturelle Verbesserungen. Die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur muss mit den wachsenden Mobilitätsbedürfnissen und der steigenden Bevölkerungszahl im MVV-Raum Schritt halten. Der Freistaat Bayern als Aufgabenträger für den Schienenpersonennahverkehr ist sich dieser Verantwortung bewusst und hat Zukunftsprojekte für den Bahnknoten München erarbeitet. Nunmehr müssen alle Partner den notwendigen Beitrag für eine Sicherung des ÖPNV in der Stadt München und dem Umland leisten.

Der MVV gibt im Großraum München dem Öffentlichen Nahverkehr ein Gesicht, das über Kommunal- und Unternehmensgrenzen hinweg von den Kunden erkannt und geschätzt wird. Mit der Verbundgesellschaft verfügen wir über einen verlässlichen Partner, um den öffentlichen Verkehr im Großraum München bedarfsgerecht weiterzuentwickeln und auch in Zukunft wettbewerbsfähig zu halten. Für diese bewährte Partnerschaft bedanke ich mich und wünsche der MVV GmbH viel Erfolg für die Zukunft.


Martin Zeil
 Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

40 Jahre S-Bahn München:

Das Rückgrat des Verkehrs zwischen Stadt und Region

Es begann mit einer großartigen verkehrsplanerischen Pionierleistung, die Innenstadt Münchens mit dem Umland im Rahmen eines modernen S-Bahnsystems direkt zu verbinden: Die Idee des Stammstreckentunnels wurde in München beispielhaft und erstmalig umgesetzt und wurde dann zum Vorbild zahlreicher Stadtverkehrssysteme. Am 15. Juni 1966 fand dazu der Spatenstich statt. Bereits am 28. Mai 1972 war die neue Bahnstrecke voll befahrbar.

Damals wie heute schätzen die Fahrgäste die Vorteile dieser direkten Innenstadt-Verbindung. Mit fast jeder S-Bahn-Linie können die Bewohner der umliegenden Landkreise die ganze Innenstadt umsteigefrei erreichen. Umgekehrt kann jeder Münchner mit seiner S-Bahn schnell und bequem in das attraktive Umland fahren: Die S-Bahn München gilt als Garant für Flexibilität, Schnelligkeit und Lebensqualität.

Verbesserte Taktfolge

Die Taktfolge hat sich mit dem Übergang von der Vorortbahn zur S-Bahn ebenfalls deutlich geändert. Bei vielen Strecken ist aus einem 60- bis 20-Minuten-Takt geworden. Seit Dezember 2004 gibt es auf fünf Linienästen in der Hauptverkehrszeit bereits einen 10-Minuten-Takt. Somit schuf die S-Bahn München die Voraussetzungen für eine dynamische Entwicklung der Region und der Landeshauptstadt, die so kaum vorherzusehen war. Das S-Bahn-System wurde für ein Aufkommen von täglich 240.000 Fahrgästen konzipiert, heute benutzen werktäglich bis zu 800.000 Fahrgäste die roten Züge.

Ein herausragender Meilenstein war die Modernisierung der Stammstrecke von 2002 bis 2004. Im Rahmen eines 266 Millionen Euro Investitionsprogramms wurde die Leit- und Sicherungstechnik auf die moderne Linienzugbeeinflussung (LZB) umgestellt und damit

die Kapazität der Stammstrecke auf 30 Züge pro Stunde und Richtung erhöht. Damit hält die S-Bahn München den Europarekord in puncto Zugfolge: Nirgendwo fahren mehr Züge auf zwei Gleisen innerhalb einer Stunde als bei der S-Bahn München. Das ist eine technische und organisatorische Meisterleistung.

Das größte Eisenbahn-Nahverkehrssystem in Deutschland

Inzwischen ist das Münchner S-Bahn-Netz auf 442 Kilometer Länge mit 148 Stationen angewachsen und damit noch vor Berlin das größte Eisenbahn-Nahverkehrssystem in Deutschland.

Mit 120 Fahrzeugen der Baureihe ET 420 startete die S-Bahn München im Mai 1972. Die neuen S-Bahntriebfahrzeuge lösten die alten Vorortzüge ab, ein für damalige Verhältnisse deutlicher Komfortsprung. Verkehrsexperten aus der ganzen Welt kamen in der Folgezeit nach München und informierten sich über das neue S-Bahn-System und den ET 420.

Nach über 30 Jahren wurde es Zeit für einen neuen und moderneren Zug: den ET 423. Auch dabei standen die Wünsche der Kunden im Vordergrund. Ansprechendes Design, hoher Fahrkomfort, geringe Lärmentwicklung, Energierückspeisung, ein völlig neu konzipiertes Fahrgastinformationssystem, durchgängige Begebarkeit, Kom- (Fortsetzung nächste Seite)

Liberalisierung im MVV-Regionalbusverkehr:

Chancen nutzen, Risiken begrenzen

Qualitätsoffensive zum Nutzen der Kunden / Aktiver Mittelstandsschutz / Fahrgaststeigerungen um 74%

Der MVV-Regionalbusverkehr ist neben der S-Bahn und den städtischen Verkehren mit U-Bahn, Tram und Stadtbus eine der drei tragenden Säulen des Verbundes. Er erschließt in den acht Verbundlandkreisen Dachau, Ebersberg, Erding, Freising, Fürstenfeldbruck, München, Starnberg und Bad Tölz-Wolfratshausen eine rund 5.200 Quadratkilometer umfassende Region mit nahezu 1,4 Mio. Einwohnern in 174 Gemeinden. Auf den gut 200 Linien mit mehr als 3.000 Haltestellen sind täglich über 530 Busse, betrieben durch rund 40 Unternehmen, unterwegs.

Vor 16 Jahren hat unter dem Einfluss der europäischen Gesetzgebung die Liberalisierung des ÖPNV in den MVV Einzug gehalten. Der MVV hat hier neben den Risiken vor allem die Chancen gesehen und sukzessive – verbunden mit einem Qualitätsprojekt – immer mehr Linien des MVV-Regional-

busverkehrs im Wettbewerb vergeben. Die übrigen Vergaben erfolgten beihilfekonform im Rahmen von marktorientierten Direktvergaben. Seit 1996 hat der MVV mehr als 90 europaweite Ausschreibungen durchgeführt und damit deutschlandweit, gemessen an der Zahl der Verfahren, die meisten Erfahrungen gesammelt.

Die Aufgabenträger verfolgen klare Ziele:

- **Steigerung der Attraktivität der Leistung für die Fahrgäste:** Über die Definition und Umsetzung der MVV-Qualitätsstandards gibt es mittlerweile fast flächendeckend ein einheitliches Erscheinungsbild von Bussen und Haltestellen. Die Fahrzeuge sind barrierefrei sowie mit Klimaanlage und Fahrtausweisdruckern, die das gesamte Tarifsortiment anbieten, ausgestattet; durch Vorgabe von hohen Umweltstandards leisten sie einen Betrag zum Umweltschutz. Die Qualitätsanforderungen werden kontinuierlich fortgeschrieben.

- **Finanzierbarkeit des Angebots für die Aufgabenträger:** Die Aufgabenträger investieren Jahr für Jahr hohe Summen in den MVV-Regionalbusverkehr, allein im letzten vollkommen abgerechneten Berichtsjahr (2010) betragen die Betriebskostenzuschüsse 26 Mio. €.

Da die Verkehre als Bruttoverträge ausgestaltet sind, tragen die Aufgabenträger das Risiko der defizitären Verkehre, haben dafür aber Freiheit bei ihrer Ausgestaltung. Vor

(Fortsetzung von Seite 4) munikationsmöglichkeiten mit dem Fahrer sowie eine Klimatisierung sind wesentliche Merkmale dieses Fahrzeugs, von dem die S-Bahn München heute 238 Stück in Einsatz hat.

Die S-Bahn München ist ein modernes Dienstleistungsunternehmen mit über 1.000 Mitarbeitern und ein großer Ausbildungsbetrieb mit rund 90 Azubis, Lokführer, Schlosser, Service-Team, Elektriker, Planer, Kundendialog, Kundencenter sind nur einige der Einsatzfelder der Mitarbeiter, die sich tagtäglich für die Fahrgäste einsetzen.

40 Jahre S-Bahn München sind eine Erfolgsgeschichte für München und die angrenzenden Landkreise. Dennoch bleibt die Entwicklung nicht stehen. Auf der Tagesordnung stehen der weitere Ausbau der S-Bahn München, zusätzliche Fahrzeuge, ein modernes rechnergestütztes Betriebsleitsystem auf Basis einer GPS-Fahrzeugortung, die Erweiterung der Abstellmöglichkeiten in der Werkstatt Steinhausen und nicht zuletzt der neue Verkehrsvertrag ab 2018. □

MVV-Regionalbusverkehr erschließt die Region

Beim Stichwort „MVV“ denken viele zuerst einmal an die blauen U-Bahn- oder roten S-Bahn-Züge, die im dichten Takt durch das Münchner Stadtgebiet fahren und während der nunmehr vierzigjährigen MVV-Geschichte zu einem festen Alltagsbestandteil der Landeshauptstadt geworden sind. Betrachtet man eine Karte des weitläufigen Verbundgebietes, so erkennt man jedoch sofort eine weitere Dimension des Münchner Verkehrs- und Tarifverbunds. Die S-Bahn-Strecken und die in den Verbundverkehr integrierten Regionalbahn-Linien erstrecken sich weit in das Münchner Umland.



Die Erschließung der teils weitläufigen Fläche zwischen diesen Schienenachsen obliegt dem MVV-Regionalbusverkehr. Hier leisten die acht Verbundlandkreise in enger und bewährter Zusammenarbeit mit der Verbundgesellschaft ein beträchtliches Engagement. Seit 1996 findet dies auch Niederschlag in der Organisationsstruktur der MVV GmbH. Im Zuge der Umstrukturierung zum Aufgabenträgerverbund wurden die Landkreise zu Gesellschaftern der Verbundgesellschaft – neben dem Freistaat Bayern und der Landeshauptstadt München.

Gerade in den letzten Jahren hat der MVV-Regionalbusverkehr eine Dynamik entwickelt, von der in den Anfangsjahren des MVV kaum jemand zu träumen wagte. Der Erfolg basiert im Wesentlichen auf drei Faktoren: Grundlage des verbesserten Leistungsangebotes ist der für den MVV-Regionalbusverkehr schon beinahe sprichwörtliche „Wettbewerb mit Augenmaß“. Es werden bewusst kleine Losgrößen zur Ausschreibung gebracht, bei denen kleinere und mittelständische Unternehmen konkurrenzfähig sein können gegenüber den „Global Playern“ auf dem Verkehrsmarkt.

Die von der MVV GmbH erarbeiteten Qualitätsstandards geben nicht nur die attraktive Gestaltung von Fahrzeugen und Haltestellen vor, sondern definieren auch Anforderungen an Fahrpersonal und Betriebsführung sowie Umwelt- und Sozialstandards.

Als drittes zu nennen sind die vielfältigen Bemühungen der Verbundgesellschaft, das bestehende Angebot umfassend zu kommunizieren. Vom Fahrplanbuch bis zur „App“ reicht die Palette der Fahrgastinformationen. Zugangsbarriere zum ÖPNV werden systematisch abgebaut.

Wir Verbundlandkreise gratulieren dem MVV zu seinem runden Geburtstag ganz herzlich und freuen uns auf die künftige Zusammenarbeit mit einem kompetenten und verlässlichen Partner.

Landrat Thomas Karmasin
Sprecher der MVV-Verbundlandkreise

allein durch die Ausschreibungen sanken die durchschnittlichen Betriebskostenzuschüsse der Aufgabenträger zwischen 1997 und 2010 um

27 %, in der gleichen Zeit stieg der durchschnittliche Kostensatz je Nutzwagenkilometer (nur) um 6,6 %, (Fortsetzung nächste Seite)

Kompetente Unterstützung von Kommunen und Verkehrsunternehmen

Seit nunmehr bald 15 Jahren berät MVV-Consulting Gemeinden und Unternehmen in ÖPNV-Fragen. 1998 gründete die MVV GmbH den Bereich MVV-Consulting als eigenständiges Profit-Center. Seitdem steht das MVV-Know-how auch Kommunen, öffentlichen und privaten Verkehrsunternehmen und Verkehrsverbänden außerhalb des MVV-Wirkungsbereiches zur Verfügung. Ein großer Erfahrungsschatz, der die gesamte Bandbreite des öffentlichen Verkehrs abdeckt.

Inzwischen wurden weit über 200 Aufträge und Projekte durch MVV-Consulting erfolgreich abgeschlossen. Untersuchungen für Garmisch-Partenkirchen, Kaufbeuren, Ingolstadt oder die Landkreise Dillingen, Neu- markt i. d. Opf. oder Lindau, Beratungstätigkeiten u.a. für den Verband Region Stuttgart (VRS), die BMW AG oder den Oberösterreichischen Verkehrsverbund (OÖVV) bestätigen dabei die rege Nachfrage nach dem

MVV-Know-how außerhalb des Verbundraumes.

Gutachten zu P+R und B+R

Auch Park+Ride und Bike+Ride-Studien sind ein intensives Betätigungsfeld, das im gesamten oberbayerischen Raum nachgefragt wird. Nahezu 30 Gemeinden und Städte, darunter Bad Endorf, Pfaffenhofen / Ilm, Rosenheim oder Weilheim haben bereits Gutachten zur

Ermittlung erforderlicher Stellplätze im P+R und B+R beauftragt.

Praxisforum

Das große Interesse an MVV Consulting zeigt sich auch im Erfolg des „ÖPNV-Praxisforum“, einer einmal im Jahr durchgeführten Diskussionsveranstaltung zu aktuellen ÖPNV-Themen, die durch MVV Consulting ins Leben gerufen wurde und die mittlerweile regelmäßig Besucher aus dem ganzen süddeutschen Raum nach München zieht. Schwerpunktthema der Veranstaltung 2011 war die Nahverkehrsplanung. 2012 ist eine Veranstaltung zum Thema Qualitätssicherung im ÖPNV geplant.

Schwerpunkt Nahverkehrsplanung

Das größte Betätigungsfeld von MVV-Consulting ist aber die Unterstützung von Kommunen und Landkreisen im MVV-Raum selbst. Mittlerweile stammen bereits sechs von acht Nahverkehrsplänen in den MVV-Landkreisen aus dem Bereich Consulting (Dachau, Ebersberg, Erding, Freising, Fürstentfeldbruck, Starnberg). Für viele Kommunen wie Dachau, Freising, Grafing, Odelzhausen oder Starnberg erstellte oder aktualisierte MVV-Consulting Gemeinde- oder Stadtverkehrskonzepte.

Des Weiteren bietet MVV-Consulting allen Verbundgemeinden seit 2005 die Erstellung eigener Gemeindefahrplanhefte oder Minifahrpläne an. Auch an Forschungsprojekten wie z.B. bei „Siedlung und Mobilität – SuM“ ist MVV-Consulting beteiligt.

Vorteile für den Fahrgast

Ein interessanter Gesichtspunkt ist, dass MVV-Consulting viele Aufgabenstellungen bearbeiten kann, die der MVV aus Kapazitätsgründen über seine Regelorganisation

üblicherweise nicht oder nur schwer erfüllen kann. Insbesondere unter dem Realisierungsaspekt birgt dies große Vorteile, da die spätere Umsetzung von Planungen i.d.R. generell in die Kompetenz der Regieebene des MVV fällt. Und damit kann auch der Fahrgast unmittelbar von den Leistungen von MVV-Consulting profitieren. □

Chancen nutzen ...

(Fortsetzung von Seite 5) während die allgemeine Preissteigerung 20,0 % betrug. Die so erzielten Einsparungen investierten die Aufgabenträger in eine Ausweitung des Angebots: Die Betriebsleistung stieg zwischen 1996 und 2011 um 53 %.

Die Fahrgäste danken es: Die Fahrgastzahlen stiegen von 1996 bis 2011 sogar um 74 %, die Personenkilometer um 65 %. Das Ziel, neue Kunden zu gewinnen, wurde durch diese Angebots- und Qualitätsoffensive erreicht.

Aber auch die Interessen der Verkehrsunternehmen stehen im Fokus: Aufgabenträger und MVV GmbH betreiben gezielt aktiven Mittelstandsschutz, indem sie möglichst einzelne Linien, sonst aber nur kleinere Lose aus-schreiben. So konnten sich die mittelständischen Verkehrsunternehmen gut behaupten. Sie haben etwa 75 % der bisher ausgeschriebenen Verkehrsleistung gewonnen.

Fazit: Der Wettbewerb im MVV-Regionalbusverkehr ist eine Erfolgsgeschichte. Die Interessen der Fahrgäste, Verkehrsunternehmen und Aufgabenträger wurden gewahrt. Die Fahrgäste erhalten mehr und bessere Leistungen und nehmen dieses Angebot der Aufgabenträger an. Die Aufgabenträger können über die Verbundgesellschaft den ÖPNV als Teil der Daseinsvorsorge wirtschaftlich und ökologisch gestalten, ihre hohen Investitionen rechnen sich. □





Mobilität im Landkreis München

Der Landkreis München ist seit 1978 Gesellschafter im Münchner Verkehrs- und Tarifverbund und gestaltet dessen Erfolgsgeschichte seit vielen Jahren mit. Bedingt durch seine Lage unmittelbar angrenzend an die Landeshauptstadt München ist der ÖPNV für den Landkreis München eine zentrale Herausforderung, der es sich täglich zu stellen gilt. Seine Zugehörigkeit zum Ballungsraum München stellt den Landkreis München verkehrstechnisch vor besondere Herausforderungen.

Der Landkreis München setzt sich zusammen aus 29 Landkreiskommunen, davon 27 Gemeinden und zwei Städten mit derzeit rund 320.000 Einwohnern. Er ist damit der bevölkerungsstärkste Landkreis in Bayern mit einer Gesamtfläche von 667,24 Quadratkilometern. Die Einwohnerzahlen des Landkreises werden auch in Zukunft weiter steigen und damit das Bedürfnis seiner Bürgerinnen und Bürger nach Mobilität. Für das Jahr 2028 ist eine Einwohnerzahl von rund 360.000 prognostiziert.

chen mit insgesamt 34 Haltestellen. Die U-Bahnlinie U6 (Garching, Forschungszentrum – Klinikum Großhadern) liegt mit drei Haltestellen im Landkreis und wird von diesem auch finanziell mitgetragen. Die Trambahnlinie 25 (Grünwald – Großhesseloher Brücke – Max-Weber-Platz) verläuft mit fünf Haltestellen auch über Landkreisgebiet.

Verkehrstechnisches Großprojekt

Ein verkehrstechnisches Großprojekt in den nächsten



Die bundesweit ersten Hybridbusse im MVV-Regionalbusverkehr starteten im Landkreis München. □

Von herausragender Bedeutung für den ÖPNV im Landkreis München ist das S-Bahnnetz. Neun S-Bahnlinien (S1, S2, S3, S4, S6, S7, S8, S20 und S27) erschließen derzeit den Landkreis Mün-

chen stellt die Verlängerung der U-Bahnlinie 6 West vom derzeitigen Endhaltepunkt „Klinikum Großhadern“ nach Planegg-Martinsried dar. Damit wird die Technische Universität in Garching über

die Ludwig-Maximilians-Universität in der Innenstadt mit dem Forschungs- und Wissenschaftsstandort in Martinsried verbunden. Für diese



Start frei für zwei neue Hybridbusse: MVV-Geschäftsführer Alexander Freitag, Landrätin Johanna Rumschöttel und Vizelandrat Christoph Göbel. □

Linie findet sich in der Presse bereits die Bezeichnung „Brain Train“.

MVV-Verbundsystem

Eine tragende Säule des MVV-Verbundsystems ist auch im Landkreis München der MVV-Regionalbusverkehr. 57 MVV-Regionalbuslinien sind im Landkreis München unterwegs, 39 davon landkreisübergreifend.

Rund 67.500 Fahrgäste/Werktag nutzen an Schultagen Mo – Fr den Regionalbusverkehr im Landkreis. Die Leistungen im Jahresfahrplan 2012 umfassen im Landkreis München im MVV-Regionalbusverkehr insgesamt rund 8.700.000 Nutzwagenkilometer. Die MVV-Regionalbuslinien übernehmen eine wichtige Zu- und Abbringerfunktion von und zu den S- und U-Bahnhöfen.

Querverbindungen

Zunehmend an Bedeutung gewinnen werden aber auch die Querverbindungen zwischen den einzelnen S-Bahnsträngen, die radial auf die Landeshauptstadt ausgerichtet sind. Gerade zur Entlastung der Schienenverkehre

wird man auf tangentialen Busverbindungen in Zukunft ein besonderes Augenmerk legen müssen.

In enger Zusammenarbeit mit der MVV GmbH wurde im MVV-Regionalbusverkehr 2008 ein neues Kapitel aufgeschlagen und in Zukunftstechnologie investiert. Seit September 2008 befindet

sich im MVV-Regionalbusverkehr bundesweit der erste Hybridbus im Regionalbusverkehr im Einsatz und zwar auf der MVV-Regionalbuslinie 210 (Neuperlach Süd – Ottobrunn – Taufkirchen, Lilienthalstraße) im südlichen Landkreis. Dabei handelt es sich um einen 18-m Hybridgelenkbus. Das ursprünglich bis zum Fahrplanwechsel im Dezember 2011 befristete Pilotprojekt hat der Landkreis München inzwischen bis zum Fahrplanwechsel im Dezember 2015 verlängert.

2010 hat der Landkreis München dem Einsatz weiterer Hybridbusse zugestimmt. Zusätzlich zu dem Hybridgelenkbus auf der Linie 210 verkehren seit 2011 zwei weitere MVV-Regionalbusse mit der zukunftsweisenden Antriebstechnologie im Landkreis und zwar ein weiterer Gelenkbus auf der MVV-Regionalbuslinie 266 (Planegg S – Martinsried – Klinikum Großhadern) sowie ein 12-Meter Hybridbus auf der MVV-Regionalbuslinie 220 (Winning – Unterhaching S – Sankt-Quirin-Platz U – Giesing U/S). Auch die Kosten dieser Pilotbetriebe werden durch den Landkreis München aus Haushaltsmitteln der Energievision getragen. □

EFA – kontinuierlich auf Rekordkurs

Elektronische Fahrplanauskunft des MVV ist „das“ Informationsmedium im MVV

Nach dem Oktoberfest 2011 konnte der MVV wieder mit einem neuen Rekord aufwarten und eine weitere Steigerung der Abfragezahlen bei der elektronischen Fahrplanauskunft (EFA) vorweisen. Und der nächste Höchstwert ist bereits vorprogrammiert.

Seit 25 Jahren betreibt der MVV die elektronische Fahrplanauskunft (EFA) für den öffentlichen Nahverkehr in und um München. Die EFA im Internet und für mobile Medien macht die Nutzung des ÖPNV zum Kinderspiel.

Tür-zu-Tür-Auskunft

Nur durch Eingabe von Haltestelle, Adresse oder wichtigem Punkt (POI) als Start bzw. Ziel ermittelt die EFA die komplette Verbindung mit S-Bahn, U-Bahn, Bus und Tram unter Berücksichtigung von Umstiegen und Wechsel der Verkehrs-

mittel. Die Fußwege vom Startpunkt bis zur Einstiegs- haltestelle und vom Ausstieg bis zum Ziel werden dabei auf einem Stadtplan dargestellt. Für gehandicapte Personen mit Gepäck, Kinderwagen, Rollstuhl etc. können barrierefreie Verbindungen ermittelt werden. Ebenfalls wird das für die Verbindung passende MVV-Ticket angezeigt. Die EFA gibt somit alle erforderlichen Informationen, um eine Fahrt mit dem ÖPNV durchzuführen.

Kein Wunder also, dass die EFA bei den Fahrgästen sehr beliebt ist. Alleine im Monat September 2011 wurden über

die EFA mehr als 18 Millionen Fahrtverbindungen berechnet und abgerufen. Dies bedeutet, dass durchschnittlich über 600.000 Fahrtverbindungen pro Tag gerechnet



werden. Im selben Zeitraum hatte man hier vor einem Jahr noch 12,6 Mio. Fahrtverbindungen gerechnet. Die neuen Zahlen bestätigen dem MVV, dass dieser den Erwartungen der Kunden gerecht wird und sich mit der Entwicklung seiner gesamten Angebotspalette auf dem richtigen Weg befindet.

Zu den genannten Abfragen kommen noch Abrufe für weitere Fahrplanmedien hinzu, wie z. B. den Aushangfahrplan und die Fahr-

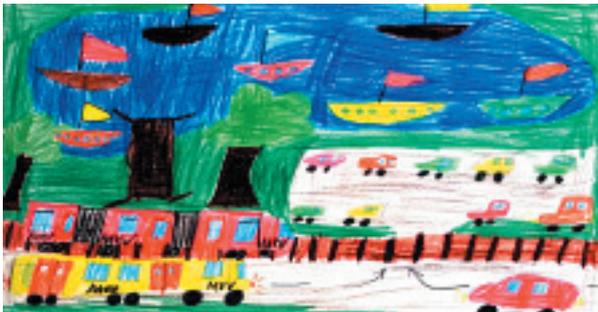
plantabellen oder auch den Abfahrtsmonitor, der auch über die mobilen Endgeräte abgerufen werden kann. Hier belaufen sich die Zahlen auch noch einmal auf rund 7 Mio. Ab- bzw. Aufrufe.

Mobile Dienste auf dem Vormarsch

Neben der EFA im Internet unter www.mvv-muenchen.de kann insbesondere bei den modernen mobilen Diensten ein großer Zuwachs verzeichnet werden. Mit dem MVV-Companion bietet der MVV eine elegante und schnelle Fahrplan-App für das iPhone und für Android-Smartphones an. Auch für Handys mit Browser bietet der MVV eine spezielle EFA. Unter www.efa.mobi kann die EFA speziell angepasst für kleine Bildschirmgrößen aufgerufen werden. Alle drei mobile Dienste bieten weitreichende Funktionen wie die EFA im Internet. Damit kann man sich auch unterwegs überall aktuell über den ÖPNV informieren.

Im September 2011 wurden über die mobilen Dienste bereits rund drei Millionen Fahrplanauskünfte erteilt. Da der MVV-Companion zwischenzeitlich über 153.000 mal auf Smartphones installiert wurde, ist auch bei der Wiesn 2012 wieder mit einem Zugriffsrekord für die EFA zu rechnen. □

Alles Gute zum 40. Geburtstag!



Seit dem Beitritt des Landkreises Starnberg 1982 zum MVV haben wir unser Regionalbusnetz kontinuierlich optimiert. In den letzten zehn Jahren konnte das Fahrtenangebot um zwei Drittel gesteigert werden.

Der gemeinsame Weg wird fortgesetzt! In den nächsten fünf Jahren werden wir in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und dem MVV unser Angebot im regionalen Busnetzsystem verdoppeln. Damit wird Busfahren für die Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Starnberg noch attraktiver und flexibler.

Wir bedanken uns für die gute Zusammenarbeit und wünschen für die Zukunft alles Gute.

Landkreis Starnberg | www.lk-starnberg.de

Weiß-blaues Bonusangebot

Eine Kooperation der Bayerischen Seenschiffahrt GmbH mit dem Münchner Verkehrsverbund (MVV)

Es gibt im Münchner Umland so viel zu sehen und so viel zu erleben: zum Beispiel den Starnberger See, das Freizeit- und Ferienparadies der Münchner oder den bei Naturliebhabern besonders beliebte Ammersee.

Wahre Genießer erkunden die Schönheiten des Starnberger Sees vom Deck eines der modernen Fahrgastschiffe aus, denn dabei hat man die besten Aus- und Einblicke auf die vielen prunkvollen Schlösser und eleganten Villen.

Hersching ist der ideale Ausgangspunkt für Entdeckungsreisen auf dem Ammersee. Hier kann man bei einer Rundfahrt mit einem der historischen Raddampfer

die Seele baumeln lassen.

Beide Seen sind bequem mit der S-Bahn erreichbar. Mit den MVV-Angeboten Single- oder Partner-Tageskarte Gesamtnetz oder Außenraum oder München XXL (nur Starnberger See) sparen Erwachsene auf allen Linienfahrten der Schifffahrt Starnberger See und Ammersee zehn Prozent.

Weitere Informationen: www.seenschiffahrt.de. □

Individuelle Fahrtkombinationen mit dem Ticket-Navigator

Wie findet man das passende Ticket, den günstigsten Fahrpreis? Wie weiß man, ob etwas nicht übersehen wurde? Seit der Fußballweltmeisterschaft 2006 beantwortet der MVV mit Hilfe des Ticket-Navigators diese Fragen.

Der MVV bietet diesen Service zusammen mit der Firma IVU aus Berlin an. Mit dem Ticket-Navigator können für eine oder mehrere Fahrten im Verbundraum des MVV die günstigsten Tarife erfragt werden. Das Beratungstool kann auf Basis individueller Fahrtkombinationen, Fahrtenhäufigkeiten oder Gruppengrößen sowie bereits vorhandenen Fahrkarten das richtige Ticket ermitteln und dabei sicherstellen, dass der günstigste Fahrpreis gefunden wird.

Express und Profi

Der Ticket-Navigator wird zurzeit in zwei Versionen angeboten, dem „Express“ und dem „Profi“.

Mit drei Klicks kann in der Version Express der richtige

Fahrpreis ermittelt werden. Dabei erfolgt die Auswahl der Start- und Zielhaltestellen ganz einfach im Schnellbahnnetzplan.

Unterschiedlichste Kundenwünsche

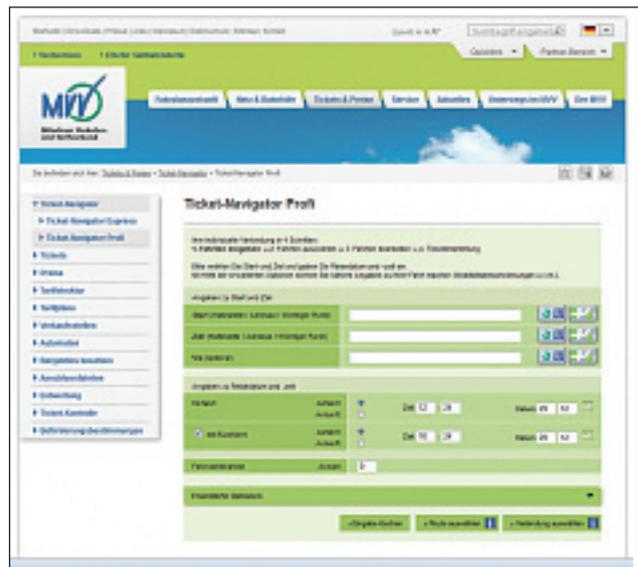
In der Version Profi ist eine weitergehende Beratung für die Kunden möglich. Hier können unterschiedlichste Kundenwünsche in die Beratung miteinbezogen werden. Beispielsweise für Kunden, die mehrere Fahrten mit jeweils unterschiedlicher Personenanzahl mit bereits vorhandenen Tickets an einem Tag machen. Oder auch für Neubürger, die keine Ortskenntnis haben und wissen möchten, wie man am günstigsten täglich zur Arbeit und zurück kommt.

Detaillierte Auskunft

All diese Kriterien können einfach in die Maske des Ticket-Navigators eingegeben werden. Die Ergebnis-seite gibt detailliert Auskunft darüber, was welche Fahrt

kostet, wie viele Personen auf einer Fahrkarte mitgenommen werden können oder wie bereits vorhandene Fahrkarten berücksichtigt werden.

Zukünftig wird es noch einfacher. Der Ticket-Navigator wird optimiert. Beide Versionen werden zu einem Tool vereint, ohne dabei auf die wenigen Klicks zum Ziel verzichten zu müssen. □



MVV-WoMo - Der Wohn- und Mobilitätsrechner des MVV

Wohnt man „draußen“ – außerhalb von München – wirklich immer günstiger? Wie schaut die Bilanz aus, wenn ich Wohn- und Mobilitätskosten addiere? Wie viel Zeit brauche ich am neuen Wohnort für den Weg zur Arbeit und welche Auswirkungen entstehen für die Umwelt? Derartige Fragen beantwortet der Wohn- und Mobilitätsrechner des MVV (MVV-WoMo), um Umzugswilligen und Wohnungssuchenden mehr Transparenz und Sicherheit für die individuelle Wohnortwahl zu geben.

Der MVV-WoMo ist eine kostenlose Online-Anwendung des Verkehrsverbundes, die Privathaushalten die Möglichkeit eröffnet, die Folgen der Entscheidung für eine Wohnung an verschiedenen Standorten in der Region München aufzuzeigen. Mit einbezogen werden unter Zuhilfenahme eines dezidierten Verkehrsmittelvergleichs die täglichen Wege, die von unterschiedlichen Wohnstandorten zurückzulegen sind sowie die Auswirkungen auf die Umwelt. Ermittelt werden standortbezo-

gen Wohn- und Mobilitätskosten, Zeitaufwand sowie CO₂-Effekte, abhängig von der Wohnform und der Verkehrsmittelwahl.

Wohnstandortentscheidung

Die Entscheidung eines Haushalts, wohin er umzieht, ist das Ergebnis einer Abwägung, bei der individuelle Wünsche in Bezug auf Wohnform und Lage ebenso einfließen wie Anforderungen an Größe und Ausstattung der Wohnung. Die mei-

sten Haushalte müssen für ihre Entscheidung vor allem die Kosten berücksichtigen. Empirische Untersuchungen zeigen, dass die am neuen Wohnstandort entstehenden Mobilitätskosten für den einzelnen Haushalt nur schwer zu prognostizieren sind und – bei Umzügen ins Umland – oft unterschätzt werden.

In der Folge werden häufig Standorte mit niedrigem Bodenpreisniveau bevorzugt. Diese vermeintlich kostengünstigen Standorte sind oftmals eher abgelegen und nur mit einem Mindestangebot des ÖV ausgestattet. Die Folgen eines Umzugs sind dann oft die Anschaffung eines zusätzlichen Pkw und weitere Wege. Entsprechend werden die Wohnkostenvorteile an diesen Orten durch andere Mehrkosten erheblich gemindert oder sogar aufgezehrt. Die Kompensationswirkung ist umso stärker, je mehr die Entfernungen oder die Energiepreise ansteigen.

Hier setzt der MVV-WoMo an: Er nutzt die Argumente „Geld“, „Zeit“ und „CO₂“, um die Vorzüge einer Ressourcen- und Klimaschonenden Wohnstandort- und Verkehrsmittelwahl zu kommunizieren. Damit ist auch der Zielgedanke verbunden, dass Zuzugs- und Umzugswillige Haushalte die Folgen der Wohnortentscheidung besser bei der Auswahl berücksichtigen.

Die Nutzung

Neben der Lage werden für die Schätzung der Wohnkosten Daten wie Wohnfläche, Miete oder Eigentum, Neubau oder Bestand sowie der Wohnungstyp (z.B. Einfamilienhaus) berücksichtigt. Für die Verkehrsmittelwahl erhält der Nutzer einen Vergleich der Verbindungsqualität zwischen den gewählten Wohn- und Arbeitsplätzen mit verschiedenen Verkehrsmitteln. Die Übersicht enthält die Reisezeiten mit Pkw, ÖV, Fahrrad, zu Fuß oder die Kombination Park & Ride. Alle Daten zu den Verkehrs-

mitteln werden mit der elektronischen Fahrplanauskunft (EFA) des MVV online abgerufen. Ohne Pflegeaufwand stehen damit aktuelle Daten bereit und ermöglichen es, Angebotsänderungen wie z.B. eine neue Buslinie unmittelbar zu berücksichtigen. Damit kann der Nutzer eine realistische Annahme treffen, welches Verkehrsmittel er vermutlich nutzen würde. Um die Auswirkung auf die Umwelt mindern zu können, zeigt der MVV-WoMo Einsparpotenziale beim Energieverbrauch bzw. die CO₂-Emissionen der gewählten Verkehrsmittel. Als Hilfestellung wird ein Vergleich mit dem Durchschnittswert ähnlicher Haushalte in Deutschland bzw. der Forderung aus dem Kyoto-Protokoll vorgenommen.

Ergebnisse

- Eine zentrale Innovation des MVV-WoMo besteht darin, dass dem Nutzer Folgewirkungen des Wohn- und Mobilitätsverhaltens aller im Haushalt lebenden Personen sichtbar gemacht werden.
- „Je weiter ins Umland, desto günstiger“ kann nicht generalisiert werden: Die Immobilienpreise nehmen ab einer gewissen Entfernung nicht mehr wesentlich ab, die Mobilitätskosten steigen aber weiter.
- Bewirkt ein Umzug längere Wege, wird die Einsparung bei der Miete oft kompensiert. Wer den ÖPNV nutzt, fährt günstiger. Wer ins Grüne zieht, dann aber ein Auto zusätzlich braucht, zahlt unterm Strich sogar mehr.
- Es bleibt den Nutzern überlassen, welche konkreten Schlüsse sie aus den Informationen ziehen, die der MVV-WoMo bietet. Tests haben gezeigt, dass von vornherein weder Umland noch Landeshauptstadt als Wohnorte klar präferiert werden können.

Der MVV-WoMo ging am 4. Mai 2011 online und steht Umzugswilligen unter www.mvv-muenchen.de/wmo kostenlos zur Verfügung. Mittlerweile haben bereits über 5.000 Haushalte den Wohn- und Mobilitätsrechner zu Rate gezogen. □



*Wir gratulieren zum
40-jährigen Jubiläum!*

**Omnibusverkehr
Reisberger**

MVV Vertragspartner seit 1978

Busreisen...
einfach anders

Unser Reiseprogramm finden Sie unter
www.omnibus-reisberger.de

Omnibusverkehr REISBERGER GmbH
Haus 4 • 83553 Frauenneuharting
Tel.: 0 80 92 / 12 79 • info@omnibus-reisberger.de

Regionalverkehr Oberbayern GmbH:

DB Bahn Oberbayernbus ein wichtiger Partner im Regionalbusverkehr des MVV

Die RVO GmbH ist im MVV-Regionalbusverkehr in den Verbundlandkreisen einer der größten Partner mit hoher Verkehrsleistung. Als Garant für Zuverlässigkeit und Innovation hat sich die RVO im MVV-Regionalbusverkehr bewährt. Die Zusammenarbeit zwischen dem MVV und der RVO hat Tradition und geht zurück ins Jahr 1978, als die ersten Landkreise in den Verbund integriert wurden.

Die RVO war damals nur zwei Jahre alt, als sie als Nachfolgeunternehmen des Bahnbus und des Postreisedienstes 1976 ihren Betrieb aufnahm.

Stetiger Wandel und Änderungen des Rechtsrahmens führten besonders in den letzten Jahren zu erheblichen Umwälzungen im Verbund und damit auch im Regionalbusverkehr.

Die RVO hat jedoch die Zeichen der Zeit erkannt und die Herausforderung ange-

nommen. Gemeinsam mit der Verbundgesellschaft und den Verbundlandkreisen wurden sukzessive die neuen einheitlichen Qualitätsstandards bei Haltestellen und Bussen umgesetzt. Attraktive Fahrzeuge und ein gutes Fahrplanangebot tragen zur Kundenzufriedenheit und steigenden Fahrgastzahlen bei.

Zukunftsorientiert bietet die Einführung des ITCS rechnergestützte Betriebsleitsysteme (RBL) interessante Möglichkeiten der



Informationsbeschaffung für Fahrgäste, Betriebssteuerung und Vertriebsaufgaben. RBL ermöglicht die Bereitstellung von nützlichen Daten wie beispielsweise die der Pünktlichkeit des Busses oder passender Anschlussmöglichkeiten in Echtzeit.

Dieses zeitgemäße Infor-

mationsmanagement für unsere Kunden ist ein weiterer Meilenstein für einen attraktiven Nahverkehr.

Die RVO gratuliert dem MVV zum 40-jährigen Jubiläum ganz herzlich und hofft auf eine weiterhin gute zukunftsgerichtete Zusammenarbeit! □






Herzlichen Glückwunsch

zum Jubiläum, lieber **MVV!**



Ein verlässlicher Partner wird 40.

Seit 1972 übernimmt der MVV für den öffentlichen Nahverkehr im Großraum München wichtige Planungs- und Koordinationsaufgaben und ist für das Tarifmanagement zuständig. Wir freuen uns daher, dass wir bereits seit 1976 partnerschaftlich mit dem MVV zusammenarbeiten dürfen, gratulieren ganz herzlich zum 40-jährigen Jubiläum – und wünschen alles Gute für die Zukunft.

Ihre Regionalverkehr Oberbayern GmbH

Die Bahn macht mobil.

Oberbayernbus

Service für Schüler, Studierende und Auszubildende

Online-Bestellung von MVV-Kundenkarten im Ausbildungstarif

Seit November 2011 bieten MVV und S-Bahn München einen neuen Online-Service für Schüler, Studierende und Azubis an. Kundenkarten für den Ausbildungszeitraum können nun auch im Internet bestellt werden.

Der MVV hat den neuen Service zusammen mit dem Dienstleister Firma Condas entwickelt und ab Mai 2011 in einem Pilotversuch getestet. Nachdem diese Testphase sehr erfolgreich war, konnte im November 2011 der Echtbetrieb zusammen mit der S-Bahn München aufgenommen werden.

Keine Wartezeiten

Schüler, Studierende und Azubis können nun direkt von zu Hause aus ihre Kundenkarte für den Ausbildungstarif beantragen, Wartezeiten in den Kunden-

centern, insbesondere zum Schul- und Semesterbeginn, sind nun nicht mehr nötig.

Online-Bestellung

Bei der Online-Bestellung

Vorteile der Online-Bestellung

Um den Service nutzen zu können, benötigt der Kunde einen handelsüblichen PC mit Internetzugang und Scanner.

Die Online-Bestellung bietet folgende Vorteile:

nen, können die Kundenkarte bereits frühzeitig und bequem von zu Hause aus bestellen.

- Langes Warten, vor allem zum Schuljahresbeginn und Semesteranfang in den Kundencentern fällt weg.
- Der Bearbeitungsaufwand für die Ausstellung der Kundenkarte wird reduziert, da die Bestelldaten bereits digital zur Verfügung stehen.

Dieser neue Service wird bereits nach wenigen Monaten erfreulich gut angenommen. Der MVV hat (inclusive Testphase) bereits über 1.900 Kundenkarten ausgestellt.





**Gemeinsam Reisen
macht viel mehr
Spaß!**

**Unsere Busse
können sie mieten**

...chartern Sie unsere komfortablen Busse für Transfers, Betriebs- und Vereinsausflüge sowie für Schülerreisen.

Für jede Gruppe haben wir den passenden Bus: 19 / 32 / 45 / 50 oder 56 Sitzplätze

Busbetrieb Josef Ettenhuber GmbH
Tel.: 08093-90960
info@ettenhuber.de
www.ettenhuber.de

sind Name, Vorname, Geburtsdatum, Wohnort und Ausbildungsrichtung in die Bestellmaske einzugeben sowie die notwendigen Unterlagen (Bescheinigung der Ausbildungsrichtung, Lehrvertrag usw.) sowie ein Lichtbild einzuscannen und dem Bestellvorgang beizugeben.

Kundenkarte

Nach Abschluss der Bestellung erhält der Besteller eine E-Mail mit der Übersicht aller eingegebenen Daten und eine Bestätigung, dass die Bestellung eingegangen ist. Die Kundenkarte wird innerhalb der nächsten Werktage per Post zugesandt.

- Schüler, Auszubildende und Studierende, die sich den Weg zu den Kundencentern sparen wollen oder noch nicht im MVV-Raum woh-

Alle erforderlichen Informationen und die Bestellmasken finden die Kunden unter www.muenchen.de und www.s-bahn-muenchen.de. □

Wintermayr
GmbH

St. Andreas Reisen

Wir bewegen die Region!

Schrobenhausener Str. 11
86571 Langermosen
Tel 08433 - 9419-0, Fax 9419-20
info@wintermayr-reisen.de

* Wir bieten Ihnen Busreisen zu allen Zielen in Europa.
* Wir vermieten Ihnen unsere Busse für Vereins-, Klassen- und Gruppenfahrten.
* Wir verfügen über Busse von 26 bis 80 Fahrgastplätzen mit Klimaanlage, DVD, Toilette, Küche, Anhänger und verstellbarer Reisebeschulung.

Auf die Zukunft eingestellt

Verkehrserhebungen liefern die notwendige Basis für Erlösberechnungen, Nachfrage- und Prognosedaten, Tarifintegrationen, Marktanalysen, Verbunderweiterungen und Ausschreibungen.

Dies können entweder Befragungen oder Zählungen (Ein-/Aussteiger- oder Querschnittszählungen) sein. Zählungen der Fahrgäste von einzelnen Fahrten oder Linien

ergeben nicht unbedingt die Gesamtzahl aller Fahrgäste im Verkehrsnetz eines Raumes und liefern auch keine Aussagen über die Zusammensetzung der Fahrgäste.

Befragungen, die Informationen liefern u.a. über die genutzten Tarife, die Wegeketten (Umstiegspunkte), die Reiseweiten und -zeiten, die Fahrthäufigkeiten und die Fahrtzwecke, ermöglichen damit auch die Einnahmen bzw. Erlöse auf Fahrten, Linien oder Verkehrsunternehmen präzise zu berechnen.

Nicht nur innerhalb des MVV-Verbundraumes, sondern auch bei unterschiedlichen Eisenbahnunternehmen

hat die MVV GmbH als neutraler Gutachter in den Jahren 2008 – 2012 Zählungen und Befragungen vor allem auch zur Ermittlung der Einnahmen (und der gegenseitigen Anerkennung der Tarife) durchgeführt.

Dazu gehören auch Vergleichs- und Kontrollzählungen von technischen Zählsystemen (AFZS) in den Fahrzeugen und die Erstellung eines Testats zum ordnungsgemäßen Funktionieren dieser Systeme.

Der Bereich Verkehrsforschung liefert also laufend Daten für unterschiedlichste Aufgaben, denn fundierte Entscheidungen brauchen eine ausreichende Datengrundlage. Dies gilt intern für den Bereich Regionalbus (Planungsdaten/Qualitätssicherungsmaßnahmen), den Bereich Konzeption (Prognosewerte, P+R/B+R-Nachfragedaten) und den Bereich

Marketing/Tarif (Nutzergruppen, Verkäufe, Einnahmen) sowie auch für die Gesellschafter des MVV, die Verkehrsunternehmen, die Bayerische Eisenbahngesellschaft (BEG), das Planungsreferat der Stadt München und die Gemeinden.

Dazu unterhält der Verbund ein Team mit fast 90 Interviewern/Zählern, die seit 2007 mit modernen Handheld-Computern vor Ort unterwegs sind, um effizient und kostengünstig Erhebungen durchzuführen und die Daten möglichst schnell einer Verarbeitung und Analyse zuzuführen.

Und schließlich werden die Erhebungsdaten auch zur Erstellung einer umfassenden Statistik (u.a. Fahrgäste und Einnahmen im Verbund) genutzt. Verkehrserhebungen erfolgen kostengünstig und aus einer Hand. Dies nutzt sowohl den Aufgabenträgern, den Verkehrsunternehmen und nicht zuletzt auch den Fahrgästen. □



www.geldhauser.de
Geldhauser
 DIE MÜNCHNER BUSREISEN



Ihr qualitätsgeprüfter Partner für



- Linien-, Berufs- u. Schülerverkehr
- Schülerreisen, Gruppenreisen
- Firmen- und Vereinsausflüge
- Hotel, Messe- u. Flughafentransfer
- Reiseplanung von A - Z



*Wir gratulieren zum 40 jährigen Jubiläum
 und wünschen weiterhin viel Erfolg!*

Telefon 0 81 04 / 8 94 54 • www.geldhauser.de

Das MVV-Kundenbarometer

Untersuchungen der Kundenzufriedenheit haben im Münchner Verkehrs- und Tarifverbund (MVV) eine lange Tradition. Zu wissen, was die Kunden wollen, ob und inwieweit sie mit dem Angebot zufrieden sind oder nicht und warum sie das Angebot des Verbundsystems häufig, gelegentlich oder selten nutzen, steht als Aufgabenstellung seit jeher im Fokus der MVV-Marktforschung.

Seit dem Jahr 1996 gibt es hierfür das vom MVV gemeinsam mit TNS Infratest Bielefeld entwickelte spezielle Marktforschungsinstrument zur regelmäßigen Erhebung der Kundenzufriedenheit – das MVV-Kundenbarometer. Das MVV-Kundenbarometer zielt über eine Befragung von ÖPNV-Nutzern im Bereich des MVV auf eine Erfassung der Kundenzufriedenheit und deren Veränderung bezogen auf alle relevanten im MVV erbrachten Leistungen.

Abfrage- und Auswerteverfahren

Durch ein spezielles Abfrage- und Auswerteverfahren ist bei jedem abgefragten Merkmal deutlich erkennbar, ob es für den Kunden auch wirklich wichtig oder eher nebensächlich ist. So kann präzise erkannt werden, ob bei gerin-

ger Kundenzufriedenheit mit einem Merkmal in jedem Fall gegengesteuert werden muss

oder der Handlungsbedarf eher nachrangig ist.

Zum einen lassen sich aus den Ergebnissen der Untersuchungen kurz- und mittelfristige Zielsetzungen für

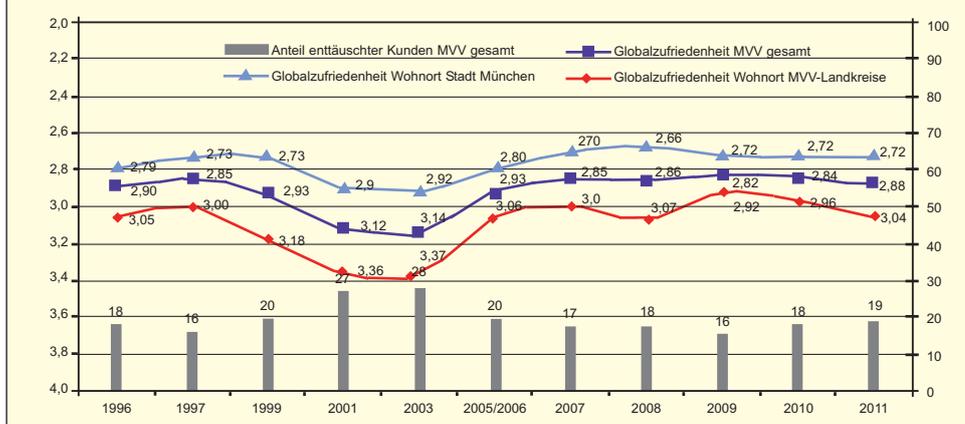
Leistungsverbesserungen und gezielte und effiziente Marketing-Aktivitäten ableiten, zum anderen können – unter Berücksichtigung der Veränderungen in der Beurteilung – Effekte und Auswirkungen von konkreten Maßnahmen und Verbesserungen gemessen werden, so dass Erfolgskontrollen aller Art möglich sind. Die durch das Kundenbarometer gewonnenen Erkenntnisse sind wertvolle Hilfen sowohl für die detaillierte Gestaltung und Weiterentwicklung des

information, des unternehmensübergreifenden Marketings im Verbund und anderer „weicher“ Faktoren.

Monatliche Befragungswellen

Seit Oktober 2005 wird im so genannten Tracking-Verfahren mit monatlichen Befragungswellen erhoben. Die Monats-Stichproben werden zu Halbjahres- und Jahres-Stichproben kumuliert. Damit sind zum einen saisonale Effekte sehr gut abbildbar und zum anderen sind Auswir-

Entwicklung der Kundenzufriedenheit im MVV seit 1996



Leistungsangebots der Verkehrsunternehmen im MVV – also sozusagen die „harten“ Faktoren des Angebots – als auch für die Konzeption des Verbundtarifs, der Fahrgast-

kungen von aktuellen Ereignissen oder von aktuellen Angebotsveränderungen auf die Kundenzufriedenheit und Kundenbindung kurzfristig mess- und darstellbar. □

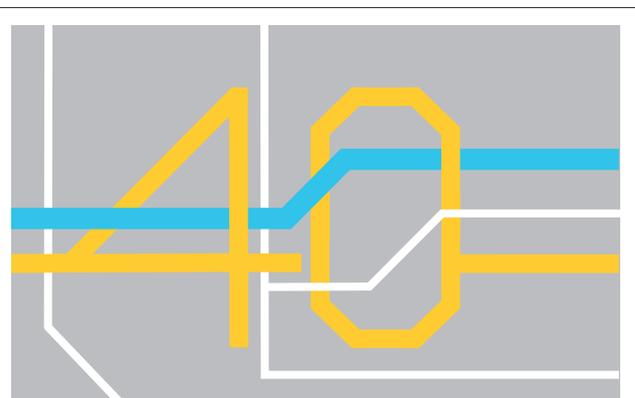


Lächeln
und der
MVV
verbinden
Menschen

Wir gratulieren
zum 40. Jubiläum

Scharf
Dienbus & Reisebüro DKG

Omnibusunternehmen
Klassenstraße 3
D-85447 Maria Thalhain
Tel.: +49 (0) 87 62/ 27 39
www.scharf-reisen.de



40 JAHRE NAHVERKEHR IN UND UM MÜNCHEN

Wir gratulieren dem Münchner Verkehrs- und Tarifverbund recht herzlich zu diesem Jubiläum! Gleichzeitig bedanken wir uns für das entgegengebrachte Vertrauen und die langjährige gute Zusammenarbeit! Auf die nächsten 10 Jahre!

BOOS-BUS GMBH & CO. KG KIENBERGERSTR. 6 85391 ALLERSHAUSEN WWW.BOOS-BUS.COM

EINSTEIGEN. ZURÜCKLEHNEN.

Klassisches CarSharing plus MVV

Eine Mobilitätsalternative
auch in den Landkreisen im MVV

Die Teilnahme am klassischen CarSharing und der Verzicht auf den eigenen Pkw ist auch in den Landkreisen im MVV ohne Mobilitätseinschränkungen möglich, wenn die Teilnahme am CarSharing (CS) mit der MVV-Nutzung gekoppelt wird.

CarSharing-Teilnehmer in den MVV-Landkreisen nutzen den MVV überdurchschnittlich häufig und verwenden hierfür häufig ein MVV-Abo. Ein hoher Anteil der CS-Teilnehmer besitzt kein eigenes Fahrzeug (mehr), hat dies anlässlich der CS-Teilnahme abgeschafft oder auf eine Neu-Anschaffung verzichtet.

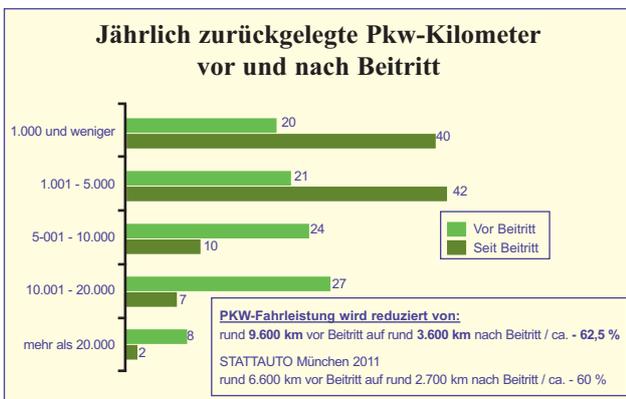
Weniger PKW-Fahrten

Sie reduzieren zudem ihre jährliche Pkw-Fahrleistung um 60 %, von durchschnitt-

lich 9.600 auf nur noch 3.600 jährlich gefahrene Pkw-Kilometer und bleiben trotzdem mobil. Die CS-Teilnehmer leisten so einen persönlich erheblichen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz und tragen zu noch mehr Lebensqualität und Nachhaltigkeit in den MVV-Landkreisen bei.

Hohe Beteiligungsquote

Die Beteiligungsquote an der Befragung von 68 % ist



Die Fragen „Wie viele Kilometer haben Sie schätzungsweise vor Ihrer Teilnahme am Car-Sharing mit Ihrem PKW zurückgelegt und wie ist das, seitdem Sie sich am Car-Sharing beteiligen?“ zeigen ganz klar, dass sich die private Fahrleistung um nahezu zwei Drittel reduziert.

lich 9.600 auf nur noch 3.600 jährlich gefahrene Pkw-Kilometer und bleiben trotzdem mobil. Die CS-Teilnehmer leisten so einen persönlich erheblichen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz und tragen zu noch mehr Lebensqualität und Nachhaltigkeit in den MVV-Landkreisen bei.

Repräsentativbefragung

Dies zeigt eine aktuelle Repräsentativbefragung des MVV bei 565 Teilnehmerin-

nen und Teilnehmern von sieben klassischen CarSharing-Organisationen (CSO) nun erstmalig auch im Umland Münchens. Klassisches CarSharing beinhaltet im Unterschied zu neuen car-sharingähnlichen Angeboten einen Kilometer-Tarif und ein vielfältiges Fahrzeugangebot, das dazu beiträgt, einen eigenen Pkw verzichtbar zu machen.

An der Befragung beteiligt haben sich StadtTeilAuto Freising, Vaterstettener Auto-Teiler, Energiewende Oberland (Wolfratshausen), Grafinger Auto-Teiler, CarSharing-Union Markt Schwaben, Ebersberger Auto-Teiler und Öko-Mobil Pfaffenwinkel. □

Das ADFC-MVV-Faltrad:

Mobilität im Handgepäck

Radfahren ist eine besonders nachhaltige und umweltgerechte Form der Mobilität - so wie das Fahren mit den öffentlichen Verkehrsmitteln im MVV. Was liegt näher, als Rad, Busse und Bahnen noch enger miteinander zu verzahnen?

Daher bietet der ADFC mit Unterstützung des MVV und der Radhauptstadt München ein qualitativ hochwertiges 7-Gang-Faltrad an. Das weiß-orangefarbene Rad lässt sich in nur zehn Sekunden auf- oder zufalten. Dank exzellenter Technik hat es ein ausgezeichnetes Fahrverhalten und kann sogar für Langstrecken genutzt werden. <http://www.mvv-muenchen.de/faltrad>.



Herzlichen Glückwunsch!

40 Jahre MVV

Die BOB gratuliert ganz herzlich zum Jubiläum! Wir wünschen alles Gute und viel Erfolg für die weitere mobile Zukunft!

Ihre Bayerische Oberlandbahn

www.bayerischeoberlandbahn.de

BOB



Wenn wir Ihnen mal ein tolles
Jubiläum auf die Nase binden dürfen.



40 JAHRE MVV.
HUT AB!



40 Jahre MVV: Wir danken allen, die schon
immer auf uns abfahren und es auch morgen tun.

S-Bahn | U-Bahn | Bus | Tram
www.mvv-muenchen.de